



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit:

„Der 24. Bezirk Mödling“

Die Geschichte des Bezirks von der Erweiterung Groß-Wiens
in den Süden in der NS-Zeit bis zur Aufhebung der
Eingemeindung

Verfasserin:

Teresa Galbavy

angestrebter akademischer Grad:

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 190 313 333

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Lehramtsstudium Deutsch + Geschichte, Politische Bildung

Betreuer:

Prof. Dr. Bertrand Perz

Danksagung

Nach einigen Schwierigkeiten gelang es mir doch noch, ein Thema für meine Diplomarbeit zu finden. Besonders geholfen hat mir dabei meine Mutter Ilse, die schlussendlich dann auch den Einfall zu diesem Thema hatte und mich ab dem Zeitpunkt, ab dem ich zu schreiben begann, bestmöglich unterstützte.

Auch meinen Geschwistern und den Kindern meiner Schwester Katharina möchte ich für ihre Themenvorschläge und Hilfestellungen danken. Meiner Schwester gilt noch ein Extradank, da sie meine Arbeit, trotz dem es ihr zu diesem Zeitpunkt zeitlich und gesundheitlich fast nicht möglich war, Korrektur las und mich auf Fehler oder Unstimmigkeiten hinwies.

Da ich oft auch nachts arbeitete, gilt an dieser Stelle mein besonderer Dank meinem Freund Gerd, der diesbezüglich viel Verständnis zeigte und mich auch gleich nach seinem Dienstschluss - kurz bevor die Bibliotheken schlossen - noch schnell nach Wien brachte, weil mir noch Bücher eingefallen waren, die ich zu benötigen glaubte.

Betreut wurde meine Arbeit von Prof. Dr. Perz, mit dessen Hilfe ich schnell eine grobe Struktur des Inhaltes gefunden hatte und der mich mit vielen Literaturtipps versorgte.

I. Vorwort und Einleitung 5

1. Thema und Untersuchungsgegenstand 5

2. Einleitung und Gliederung der Arbeit 6

II. Die Gebietsreformen und die Entstehung Groß-Wiens 9

1. Die Neugliederung Österreichs nach dem „Anschluss“ 9

1.1 Die verschiedenen Pläne zur Neugliederung Österreichs 10

1.2 Sieben Reichsgaue 16

2. Groß-Wien 18

2.1 Die ersten Tage nach dem „Anschluss“ 18

2.2 Hitler und Wien 18

2.3 Die Vorbilder „Groß-Hamburg“ und „Groß-Berlin“ 20

2.3.1 Groß-Berlin

2.3.2 Groß-Hamburg

2.4 Allgemeine Pläne zur Erweiterung Groß-Wiens 25

2.5 Der Wohnbau in Groß-Wien 28

2.6 Die Eingemeindung des Bezirks Mödling 33

III Auswirkungen der Eingemeindung auf den Bezirk Mödling 38

1. Mödling vor der Eingemeindung 39

2. Änderungen nach der Eingemeindung 44

2.1 Neues Verwaltungspersonal in ganz Österreich 44

2.1.1 Änderungen des Personals in Niederösterreich

2.1.2 Neues Personal in Mödling

2.2 Dienststellen 48

2.3 Straßennamen 51

2.4 Verkehrswege - Die Reichsautobahn 52

2.5 Neue Industrie in Niederdonau 55

2.6 Die Kirchen in Mödling 61

2.7 Die „Schul-Stadt“ Mödling 67

IV Gegenbewegungen und Opfer in Mödling 78

1. Widerstand 79

1.1 Revolutionäre Sozialisten 79

1.2 Kommunisten 82

1.3 Betriebe 84

1.4 Das katholisch-konservative Lager 85

1.5 Überparteiliche Widerstandsgruppen 87

1.5.1 Die Gruppe Hubatsch

1.5.2 Die Gruppe „Freies Österreich“

2. Juden in Mödling 89

2.1 Vor 1938 89

2.2 Die Novemberpogrome 92

2.3 Die Enteignung der Juden 94

2.4 Die Vernichtung der jüdischen Gemeinde Mödlings 95

3. Beispiele für Opfer 98

3.1 Helene Kafka 98

3.1.1 Kindheit und Eintritt in den Orden

*3.1.2 Operationsschwester in Mödling und erster Kontakt mit dem
Nationalsozialistischen Regime*

3.1.3 Anzeige, Verhaftung und Gefängnisaufenthalt

3.1.4 Verhandlung und Verurteilung

3.2 Karl Staudacher 101

V. Die Folgen des Krieges 104

1. Das Ende der NS-Herrschaft in Mödling 104

1.1 Die Endphase des Krieges in Niederdonau 104

1.2 Die Kriegstage in Mödling 108

2. Aufhebung der Eingemeindung 113

VI. Zusammenfassung 117

Literaturverzeichnis 119

I. Vorwort und Einleitung

1. Thema und Untersuchungsgegenstand

Da Mödling meine Heimatstadt ist und ich auch hier in Zukunft als Lehrerin arbeiten werde, bot es sich an, ein Thema zu wählen, das direkt mit dieser Stadt zu tun hat. Bei meinen ersten Recherchetätigkeiten entdeckte ich zunächst zwei andere Diplomarbeiten, die Mödling zum Thema haben, aber beide mehr auf das nationalsozialistische Regime als solches eingehen. Diese Werke halfen mir dennoch sehr bei meiner Literaturrecherche.

In den ersten Sitzungen mit meinem Betreuungsprofessor, Dr. Bertrand Perz, schufen wir recht schnell eine grobe Struktur. Er half mir zu überlegen, welche Punkte in der Literatur behandelt sein könnten und bei welchen ich mir wohl eher „die Zähne ausbeißen“ würde.

Natürlich können nicht alle Vorfälle berücksichtigt werden, die die damalige Zeit prägten. Es soll aber hier der Versuch gestartet werden, die Geschehnisse - zwar teilweise auch aus der Sicht Gesamtösterreichs und Niederösterreichs - vor allem aus der Sicht der Stadt und des Bezirkes Mödling zu schildern.

2. Einleitung und Gliederung der Arbeit

Diese Literaturlarbeit soll der Frage nachgehen, ob sich durch die Eingemeindung des Bezirks Mödling in Groß-Wien Änderungen im Alltag, in der Wirtschaft und in der Verwaltung ergeben haben, die nicht entstanden wären, hätte die Stadt ihre kommunale Selbstständigkeit behalten. Es wird das Leben im neu geschaffenen 24. Bezirk dokumentiert und überprüft, ob der Einmarsch der deutschen Truppen und der „Anschluss“ Österreichs an Deutschland alleine für die Änderungen und Neuheiten verantwortlich gemacht werden kann, oder ob diese verstärkt durch die Eingemeindung Mödlings hervorgerufen wurden.

Während der Literaturrecherche zu diesen Fragen stellte sich heraus, dass es zu den Effekten der Eingemeindung leider nur wenige Publikationen gibt. Daher wurden auch einige Werke zitiert, die eher über den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich informieren. Mit Hilfe dieser Bücher und mit Vergleichen zu anderen Städten wurden Rückschlüsse gezogen, ob die Eingemeindung die Veränderungen in Mödling herbeigerufen haben.

Zunächst wird in einem allgemeinen Teil über die Neugliederung Österreichs nach dem „Anschluss“ im März 1938 und die ersten Pläne zur Erweiterung Groß-Wiens gezeigt, welche Überlegungen es diesbezüglich gab und welche der Pläne sich durchsetzen konnten. Dieses Kapitel wurde in erster Linie mit Hilfe der Werke Gerhard Botz' erstellt, dessen Monographien „Nationalsozialismus in Wien“ und „Wien vom ‚Anschluß‘ zum Krieg“ und seine diversen Artikeln in Sammelwerken und Zeitschriften einen guten Überblick zum Thema gewährleisten. Auch das Werk von Helmut Weihsmann „Bauen unterm Hakenkreuz“ und Karl Stadlers Aufsatz „Provinzstadt im Dritten Reich“ flossen in dieses Kapitel ein. Weitere Informationen konnten „Planungen für Wien in der NS-Zeit“ von Klaus Steiner und „Die städtebauliche Entwicklung Wiens bis 1945“ von Wolfgang Mayer entnommen werden. Um die verschiedenen Phasen der Neugliederung bzw. deren Pläne zu illustrieren, wurden verschiedene Karten eingesetzt.

Nach der Eingemeindung erfuhr der Bezirk Mödling, allen voran auch die gleichnamige Stadt, einige Umstrukturierungen und Neuerungen. Dies betraf Straßennamen, Gebäude, Verkehrswege und die Verwaltung.

Mödling ist bis heute als Schulstadt bekannt und in diesem Bereich gab es ebenfalls nennenswerte Änderungen. Weiters blieben die kirchlichen Gemeinschaften von den Wandlungen, die diese Zeit mit sich brachte, nicht verschont.

Einige Teile des Bezirks Mödlings wurden ihrem Ruf nach Industriegebieten gerecht und boten neu errichteten Industriezweigen, wie dem Flugmotorenwerk Ostmark, viel Platz.

In dieses Kapitel flossen Informationen aus Helmut Weihsmanns „Bauen unterm Hakenkreuz“, „Projekt Quarz“ von Bertrand Perz, „Gewalt in der Politik“ von Gerhard Botz, „Biedermannsdorf“ von Karl Stiglbauer, „Gedenken und Mahnen in Niederösterreich“ von Heinz Arnberger und Claudia Kuretsidis-Haider, sowie den Aufsätzen „Die ‚Arisierungsbehörden‘ in Niederdonau“ von Christoph Lind, „Schule in der ‚Ostmark‘“ von Herbert Dachs und „NS-Herrschaft in Wien und Niederösterreich“ von Maren Seliger. Weiters wurden einige zeitgeschichtliche Zeitungsartikel eingearbeitet.

Gegen die NS-Herrschaft zu protestieren oder gegen sie zu arbeiten war ein gefährliches Unterfangen, aber auch in Mödling gab es Widerstandskämpfer, die für diesen - oft leider aussichtslosen oder sogar tödlichen - Kampf bereit waren und gegen das Regime aufstanden. Ihnen ist das Kapitel IV gewidmet.

Hier sollen auch die Änderungen beleuchtet werden, die die jüdische Gemeinde in Mödling betrafen. Sie wurde am Ende komplett ausgelöscht.

Um diese Erkenntnisse zu erlangen, wurden vor allem die Artikel von Franz Stundner („Das katholisch-konservative Lager“), Gertrud Gerhartl („Sozialisten“), Heinz Arnberger („Widerstand in Betrieben“), Wolfgang Neugebauer (Überparteiliche Widerstandsgruppen“) und Winfried Garscha und Robert Streibel („Kommunisten“), die alle im dreiteiligen Sammelwerk des Österreichischen Dokumentationsarchivs zum Thema „Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934-1945“ zu finden sind, sowie das Buch von

Roland Burger, Franz Rinner und Franz Strobl „Ausgelöscht - Vom Leben der Juden in Mödling“, verwendet. Eine große Hilfe war hier auch die Diplomarbeit von Ulrike Schalling, die bereits im Jahr 2002 die Auswirkungen der „NS-Herrschaft in Mödling (1938-1945)“ untersuchte. Im Unterschied zu dieser Arbeit konzentrierte sie sich aber allgemein auf Veränderungen in Mödling zwischen 1938 und 1945 und nicht auf die Auswirkungen durch die Eingemeindung.

Für das Unterkapitel über die Widerstandskämpferin Helene Kafka, die sich als Schwester Restituta einen Namen machte, wurde das Buch von Antonio Sargadoy „Gelegen und ungelegen. Die Lebenshingabe von Sr. Restituta“ zu Rate gezogen.

Das letzte Kapitel schildert das Ende des Krieges in Mödling und dem ehemaligen Niederösterreich und zeigt anschließend noch die Vorgänge auf, die zur Aufhebung der Eingemeindung Mödlings führen sollten.

Hier wurden die Informationen zum Großteil aus den Aufsätzen von Martin Schäffer über „Die Endphase des Zweiten Weltkrieges im südöstlichen Niederösterreich“, „Die Rote Armee in Österreich“ von Stefan Karner und Peter Csendes und Elisabeth Schicht über „Mödling als Randgemeinde Wiens 1938-1954“, sowie dem Aufsatz „Groß- oder Klein-Wien?“ von Maren Seliger genommen.

II. Die Gebietsreformen und die Entstehung Groß-Wiens

Dieses Kapitel soll einen Überblick über die Änderungen im Staatsgebiet Österreichs und den Überlegungen zur Erweiterung Wiens geben. Unter anderem werden die Vorbilder zur Erweiterung der Stadt - Groß-Berlin und Groß-Hamburg beschrieben und die Wohnbaupolitik der Nationalsozialisten in der erweiterten Großstadt erklärt.

Die Darstellungen folgen in erster Linie Gerhard Botz' Werk „Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich“ und Christoph Linds Aufsatz „Die ‚Arisierungsbehörden‘ in Niederdonau von 1938 bis 1945. Weiters wurde Helmut Weihsmanns „Bauen unterm Hakenkreuz“ und der 14. Band der „Österreichischen Historikerkommission“ mit dem Titel „‚Arisierung‘ und Rückstellung von Wohnungen in Wien“ verwendet.

Das im Jahr 2011 erschienene Werk von Ingrid Holzschuh „Wiener Stadtplanung im Nationalsozialismus“ erwies sich für meine Recherche als nicht relevant.

1. Die Neugliederung Österreichs nach dem „Anschluss“

Nach der Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich sollten auch hier die staatlichen Strukturen des nationalsozialistischen Deutschlands eingeführt werden. Die wichtigste Behörde, die dieses Unternehmen durchführte, war die „Zentralstelle zur Durchführung und Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“. Sie unterstand dem Reichsinnenministerium. Der damalige saarpfälzische Gauleiter Josef Bürckel wurde von Hitler zum „Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ ernannt. Gleichzeitig war er auch der Führer der österreichischen NSDAP.

Zunächst sollte laut Artikel II des Wiedervereinigungsgesetzes das österreichische Recht weiter gelten, nach und nach wurde es aber durch die NS-Gesetze ersetzt. Das Wiedervereinigungsgesetz besagte, dass die Kompetenzen des Bundes und der Länder an das Deutsche Reich übertragen werden sollten. Am 15. und 16. März 1938 gingen die Angelegenheiten der

Verwaltung, am 3. Mai 1938 jene der Gesetzgebung aber an die österreichische Landesregierung unter der Führung von Reichsstatthalter Arthur Seyß-Inquart zurück. Sie hatte hier aber keine uneingeschränkte Befugnis, so musste der Reichsstatthalter etwa in Fragen der Gesetzgebung auf die Zustimmung der Reichsminister des Inneren bzw. der Justiz hoffen und die Landeshauptleute konnten nur mit Zustimmung von Seyß-Inquart legislativ tätig werden. Ein umfassendes Weisungsrecht hingegen hatte Reichskommissar Bürckel inne. Dieses bezog sich auf sämtliche Dienststellen von Partei und Staat.

Durch das „Ostmark-Gesetz“, das bereits am 1. Mai 1939 in Kraft trat, aber erst bis zum 31. März 1940 umgesetzt werden konnte, wurde das Land Österreich aufgelöst und in reichsnahe Gaue geteilt. Die so teilweise neu entstandenen Gebiete hatten nun die Kompetenzen des Landes Österreich übernommen und stellten in weiterer Folge Verwaltungsbezirke bzw. Selbstkörperschaften dar, die Berlin direkt unterstanden.¹

1.1 Die verschiedenen Pläne zur Neugliederung Österreichs

Nachdem Bürckel sein Amt als Reichskommissar angetreten hatte, erteilte er der Abteilung VIII B seiner Wiener Dienststelle den Auftrag, sich mit der Gestaltung der Verwaltungsorganisation von Partei und Staat in Österreich zu widmen. Der Leiter dieser Abteilung für Personal war der Kärntner Nationalsozialist Dr. Friedrich Rainer. Die entscheidende Schlüsselposition hatte hingegen sein Vertreter, Christian Opdenhoff, inne. Dieser besaß eine beratende Funktion und war weder Rainer noch Bürckel untergeordnet. Er arbeitete Planstudien für alle möglichen Fälle der Gaueinteilungen Österreichs aus. Die erste dieser Arbeiten wurde bereits mit 26. März 1938 abgelegt und trug einen Randvermerk, dass es ihm - Opdenhoff - so erschien, als gäbe es bei der Neueinteilung Österreichs zwei Möglichkeiten, nämlich einerseits möglichst viele oder andererseits möglichst wenige Gaue zu schaffen.²

¹ vgl. Lind (2007), S. 16-17.

² vgl. Botz: Eingliederung (1976), S. 73.

Gleich nach der Machtübernahme gab es vorübergehend neun Reichsgaue, den ehemaligen Bundesländern entsprechend. Die Einwohnerzahlen dieser Gaue lag weit unter dem Durchschnitt, also schlug Opdenhoff in seinem ersten Beitrag vor, Vorarlberg an den Gau Tirol anzuschließen und das Burgenland zwischen Niederösterreich und der Steiermark aufzuteilen. So würden sieben Reichsgaue entstehen, die zwar eine intensive Erfassung der Bevölkerung durch die kleinen Organisationsgebiete und Unterbringungsmöglichkeiten für viele Gauleiteranwärter bieten, mit der Aufblähung und Zerteilung des Verwaltungsapparates, der finanziellen Schwächung der kleineren Gaue und einer Uneinheitlichkeit der Politik im Gegensatz dazu aber auch negative Punkte mit sich bringen würde. Dementsprechend ersuchte er in einem Schreiben den Hauptamtsleiter im Stab Rudolf Heß', Helmuth Friedrichs, sich für einen anderen Lösungsvorschlag einzusetzen.³

Da es bereits aus dem Jahr 1934 einen Vorschlag zur Reichsreform vom Gauleiter München-Oberbayern, Adolf Wagner, gab, der in seiner Arbeit fast wörtlich mit der von Opdenhoff übereinstimmte, riet er der NS-Führung zu einer Vierteilung Österreichs in Wien, „Donaugau“ (Oberösterreich, Niederösterreich und das nördliche Burgenland), „Südgau“ (Kärnten mit Osttirol, der Steiermark und dem Südburgenland) und Gau Tirol (Vorarlberg, Nordtirol und Salzburg). Bürckel war von diesem Vorschlag begeistert und sollte einer der stärksten Befürworter der „Viererlösung“ werden.

Weitere Zwischenlösungen waren Einteilungsvorschläge in fünf (hier wäre noch eine Trennung Niederösterreichs von Oberösterreich vorgesehen gewesen) bzw. sechs Gaue (zusätzlich zur eben genannten „Fünferlösung“ käme hier noch die Teilung Kärntens von der Steiermark), die eine Kombination der beiden anderen Modelle darstellten.⁴

³ vgl. Botz: Eingliederung (1976), S. 73-74.

⁴ ebd. vgl. S. 75.

Nachdem all diese Ideen vorgestellt, überprüft und diskutiert worden waren, fiel im April eine wichtige Vorentscheidung über die Planstudien Opdenhoffs. Aus den folgenden Wochen gibt es leider wenige Quellen, weswegen nicht gesagt werden kann, wann genau und warum am 29. April 1938 in einem Aktenvermerk bereits die „Siebenerlösung“ feststeht. Bei einer Fahrt durch die westlichen und südlichen österreichischen Bundesländer nahm Opdenhoff die Stimmung der Bevölkerung auf und gab seine Eindrücke in einer Aktennotiz für Bürckel wieder:⁵

„Bei meiner Fahrt durch die verschiedenen Länder konnte ich einheitlich feststellen, in der gesamten Partei und Bevölkerung wird die Liquidation Österreichs begrüßt. Es besteht der einheitliche Wunsch, nun mit dem Begriff Österreich so gründlich wie möglich aufzuräumen. Es freut sich alles auf eine Ausrichtung parteimäßig nach München und staatsmäßig nach Berlin. Es fürchtet aber alles, daß auch jetzt noch weiter Wien in irgendeiner Form Mittelpunkt bleibt.“⁶

Mit dieser Einschätzung traf er auch Hitlers Ansicht sehr gut, der sich noch nachträglich äußerte, es sei für den Bereich der Ostmark das Richtige gewesen, „den Zentralstaat auf Kosten von Wien zu zerschlagen und die Kronländer wiederherzustellen“. Diese Liquidierung des Zentralstaates und die damit verbundene Zusammenlegung kleinerer Verwaltungseinheiten zu größeren Gebilden, verursachte bei einigen Bundesländer-Nationalisten Beunruhigung und Ablehnung. Dies äußerte sich unter anderem darin, dass die Vorarlberger sich statt für einen Anschluss an Tirol für einen an Schwaben aussprachen und die Kärntner lieber mit Salzburg statt mit der Steiermark verbunden werden wollten. Die Salzburger wiederum stellten sich dem Vorschlag des Zusammenschlusses mit Tirol zu einem „Westgau“, der von

⁵ vgl. Botz: Eingliederung (1976), S. 75-76.

⁶ zitiert nach Botz: Eingliederung (1976), S. 76-77: Aktennotiz für Bürckel von Opdenhoff vom 2.4.1938, Slg. Schumacher/304, S. 10.

Innsbruck aus regiert werden würde, entgegen und die Oberösterreicher wollten nicht mit den Niederösterreichern zusammengeführt werden. Wenig ausrichten konnten die ebenfalls sehr empörten Burgenländer gegen die Teilung ihres Landes. Dieser Plan wurde durchgesetzt und Teile des Burgenlandes Niederösterreich und der Steiermark angeschlossen. Auf die sonstigen Äußerungen des „Länderpatriotismus“ musste auf Grund ihrer Stärke anscheinend Rücksicht genommen werden. Anscheinend war es Hitler selbst, der Bürckel in seinem Bestreben, Österreich zu vierteln, bremste als er - einem Brief Seyß-Inquarts an Bürckel nach - zum Reichskommissar sagte, dass eine Vierteilung Österreichs zur Folge hätte, dass sich „die Anschlußfreudigkeit in eine Reichsmüdigkeit verwandeln“ würde.⁷

Am 24. oder 25. April fand ein Gespräch zwischen Bürckel und Hitler statt, bei dem ersterer rückwirkend zum „Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ ernannt wurde und gleichzeitig den Auftrag erhielt, die Liquidierung des Landes Österreich durchzuführen. Der sehr radikale Plan wurde aber eher vorsichtig und pragmatisch ausgeführt, in dem unter anderem die von Bürckel präferierte „Vierlösung“ endgültig gegen die Lösung mit sieben Gauen verlor. Hitler soll bei diesem Gespräch ausdrücklich den Wunsch geäußert haben, „wegen der besonders starken Tradition“ die meisten der Bundesländer inklusive ihrer Hauptstädte zu erhalten. Die nun beschlossene Teilung in sieben Gaue sollte aber keine endgültige, sondern nur eine vorübergehende Lösung sein, die eigentlich nur für die Dauer von zwei Jahren vorgesehen war. Danach sollte die endgültige Verwaltungsorganisation Österreichs mit der Errichtung von „Reichsgauen“ erfolgen. Außer der Stadt Wien sollten das ein „Donaugau“ sein, der durch den Zusammenschluss Ober- und Niederösterreichs entstehen und ein „Südgau“ oder eine „Südmark“, der bzw. die aus der Steiermark und Kärnten gebildet werden sollte. Nach dem Stand der Pläne vom April 1938 sollten die verbleibenden Bundesländer Vorarlberg, Tirol und Salzburg in ein „Alpenland“ und einen „Westgau“ geteilt werden. Völlig geklärt werden konnte dies aber nicht. Eventuell war auch

⁷ vgl. Botz: Eingliederung (1976), S. 77-78.

angedacht, dass Vorarlberg an Schwaben, Württemberg oder Tirol angegliedert wird und Tirol selbst sollte nun anscheinend doch nicht mehr mit Oberbayern vereinigt werden, sondern als eigenes Reichsgau eingerichtet werden. Dessen geringe Bevölkerungszahl sollte demnach durch einen Zusammenschluss mit Salzburg „aufgebessert“ werden.

Während Hitlers Italien Reise, bei der er vom 3. bis zum 9. Mai 1938 Mussolini besuchte, entstand eine Unterbrechung im Entscheidungsprozess. Bürckel schrieb zu dieser Zeit an Heß:⁸

„Nach der Weisung des Führers muß nun mit dem Aufbau der Partei - Bestimmung der Gaue und Bestellung der Gauleiter - bis nach der Rückkehr des Führers von seiner Italienreise zugewartet werden. Ich nutze diese Zeit mit notwendigen Vorbereitungsarbeiten aus.“⁹

Am Nachmittag des 23. Mai 1938 kam im „Führerbau zu München“ Josef Bürckel mit Hitler und dessen Stellvertreter, Rudolf Heß, zusammen. Die Zahl der Gaue, die bereits einen Monat davor beschlossen worden war, wurde mit sieben festgesetzt und Hitler ernannte rückwirkend mit 22. Mai die sieben dazugehörigen Gauleiter. Hier präzisierte er auch seine vorherigen Anordnungen, indem er die Gebietsveränderungen festsetzte, die „sowohl für die parteimäßige wie für die staatliche Gliederung Gültigkeit“ haben würden. In Hitlers Plan vom 23. Mai 1938 standen folgende Details:

- Osttirol sollte an Kärnten und der Lungau an die Steiermark angegliedert werden,
- Teile des Gaus „Niederdonau“, wie das ehemalige Bundesland Niederösterreich nun hieß, wurden an Wien angeschlossen,
- der Gerichtsbezirk Bad Aussee, der vormals der Steiermark angehörte, sollte nun an das Gau „Oberdonau“, also das ehemalige Oberösterreich, angeschlossen werden,

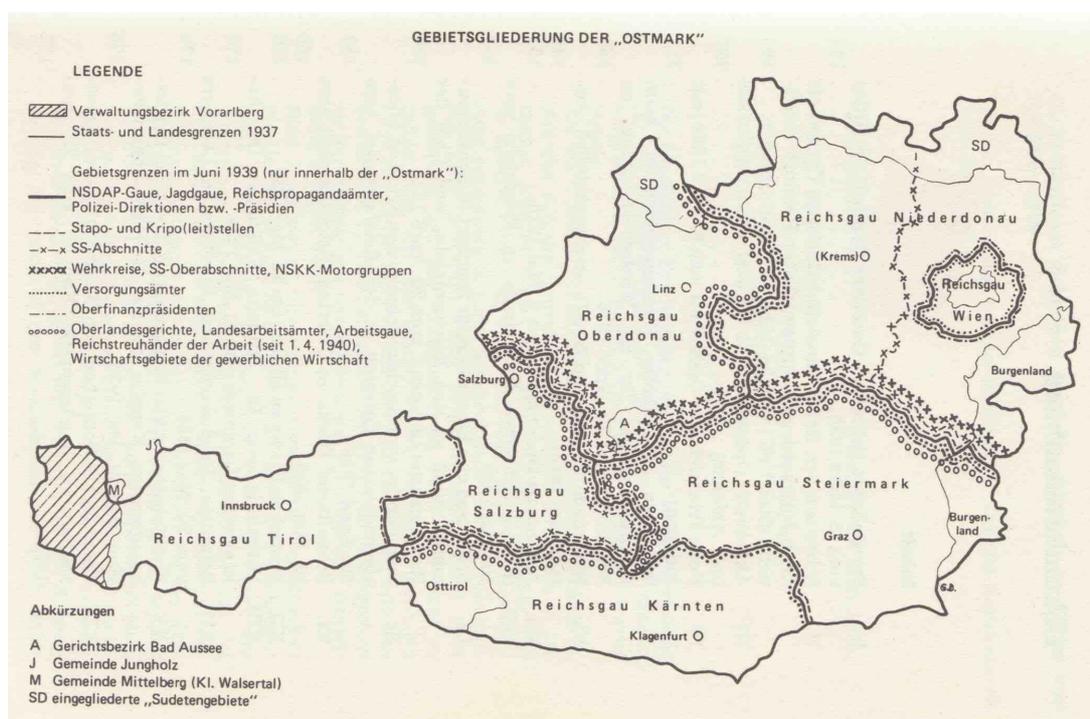
⁸ vgl. Botz: Eingliederung (1976), S. 78-81.

⁹ zitiert nach Botz: Eingliederung (1976), S. 81: Kessings Archiv der Gegenwart, Wien 1938, 10.5.1938, S. 3549f.

- das gesamte Burgenland gehörte dem Plan nach zum Gau Steiermark, welches noch zusätzlich durch die südöstlichen Teile von Niederösterreich ergänzt wurde (es sollten genauer die Bezirkshauptmannschaften Wiener Neustadt und Neunkirchen gesamt, Bruck an der Leitha teilweise angeschlossen werden).¹⁰

Auffällig ist hierbei eine Verschiebung des ehemaligen Niederösterreichs - jetzt „Niederdonau“ - nach Westen, was auf den Plan hindeutet, dass es später doch noch mit „Oberdonau“, also dem ehemaligen Oberösterreich verbunden werden sollte. An diesem Plan und Hitlers Ernennungen fällt weiters auf, dass nur die Gaue Kärnten, Salzburg, Oberdonau und Steiermark einen stellvertretenden Gauleiter zugewiesen bekamen. Dies könnte ein Indiz dafür sein, dass als Endziel sehr wohl noch die „Viererlösung“ geplant war.

Die folgende Karte zeigt außerdem, dass Himmler wohl bei der Grenzziehung der Polizeibezirke und SS-Abschnitte ebenfalls noch an die Aufteilung



Botz: Eingliederung (1976), S. 125.

¹⁰ vgl. Botz: Eingliederung (1976), S. 82-84.

Niederösterreichs an Oberdonau, ein vergrößertes Wien oder einen größeren „Südgau“ mit dem Burgenland zusammen gedacht hat.¹¹

Da über den Verbleib Vorarlbergs noch keine Entscheidung getroffen war, verfügte Hitler, dass es vorerst als Landeshauptmannschaft bestehen bleiben, parteimäßig aber an den Gau Tirol angegliedert werde sollte. Nun stand also ein Plan zur Verfügung, dieser konnte aber in seiner Form nicht durchgeführt werden. Die österreichischen Nationalsozialisten reagierten sehr aufgebracht auf die vorgelegten Pläne und auch die Reichsressorts wussten einige Einwände gegen diesen Vorschlag aufzuzählen. Dies lässt den Anschein entstehen, dass weder Hitler, noch der Stab um Heß und auch nicht Bürckel auf die Sachzwänge, denen eine staatliche Verwaltung unterliegt, Rücksicht genommen hatten. Eines der Hauptprobleme hierbei war, dass es für die Finanzverwaltung des Reiches nicht in dieser kurzen Zeit machbar war, die Aufgaben der bisher selbstständigen Bundesländern zu übernehmen. Dies sollte aber in sehr kurzer Zeit geschehen, weiters waren die sofortige Auflösung der Landeshauptmannschaften und die Einrichtung einer neuen Verwaltung angedacht gewesen.¹²

1.2 Sieben Reichsgaue

Nachdem der Reichsinnenminister mit seinen Staatssekretären Hans Pfundtner und Wilhelm Stuckart am 29. Mai 1938 nach Wien gereist waren, um vor Ort mit Bürckel über die entstandenen Pläne zu diskutieren, wurden die Gebiets-einteilungen zumindest im Osten Österreichs wieder komplett umgeworfen. Nun sollte das Burgenland, entlang einer Grenze zwischen den Bezirken Oberpullendorf und Oberwart, zwischen Niederdonau und der Steiermark aufgeteilt werden. Die Pläne für Wien und Osttirol blieben vorerst nach dem Entwurf, den Hitler mit Bürckel ausgearbeitet hatte, bestehen. Der große Unterschied zu seinem ursprünglichen Plan bestand nun aber darin, dass die

¹¹ vgl. Botz: Eingliederung (1976), S. 84-88.

¹² ebd. vgl. S. 88-89.

Neugliederungen von Partei und Staat nicht mehr parallel, sondern jene des staatlichen Sektors erst bis Oktober 1938 erfolgen sollte. Das Endziel der Zusammenlegung der österreichischen Verwaltungseinheiten und deren Reduktion auf nur noch drei oder vier blieb anscheinend bestehen, ohne dass es noch einmal ausdrücklich bestätigt wurde.

Nach weiteren, aber nur noch geringfügigen, Änderungen wurde diese Verwaltungsgliederung dann auch realisiert. In groben Zügen entsprach auch der Aufbau der Verwaltung bereits den 1939 und 1940 eingeführten Reichsgauverfassungen. Am 31. Mai wurde Hitler der neue Plan von Bürckel und Stuckart vorgetragen und erhielt von ihm eine generelle Zustimmung. Für einige Gebiete behielt sich Hitler aber noch eine endgültige Entscheidung vor. Dies betraf vor allem jene Teile des Planes, bei denen seinen früheren Verfügungen nicht oder in abgeänderter Form berücksichtigt wurden. Sein Entscheidungsprozess dürfte aber schon sehr weit fortgeschritten gewesen sein, wenn er nicht ohnehin bereits abgeschlossen war, da Hitler die Anweisung an das Reichsinnenministerium gab, Einzelfragen mit den anderen Reichsministern zu klären und als Vorbereitung Kartenentwürfe, Gesetzesvorschläge und mögliche Verordnungen zu erstellen.¹³

¹³ vgl. Botz: Eingliederung (1976), S. 89-91.

2. Groß-Wien

2.1 Die ersten Tage nach dem „Anschluss“

An dem Tag, an dem das Bundesverfassungsgesetz zur Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich in Kraft trat, am 13. März 1938, setzte Arthur Seyß-Inquart den damaligen Direktor der Gemeinnützigen Siedlungs- und Bau AG (=GESIBA), Hermann Neubacher, zum Oberbürgermeister Wiens ein. Die österreichische Bundesregierung wurde mit diesem Tag zur Landesregierung und Hitler ernannte Seyß-Inquart zum Reichsstatthalter in Wien. Die Stadt wurde zeitgleich zur Gauhauptstadt erhoben und der erste Gauleiter Wiens, Odilo Globočnik, der bereits am 1. Februar 1939 von Josef Bürckel abgelöst wurde, bestellte mit Franz Richter, Thomas Kozich und Hanns Blaschke drei Wiener als Stellvertreter. Letztgenannter wurde später noch (am 30. Dezember 1943) von Heinrich Himmler zum kommissarischen Bürgermeister von Wien ernannt.

Die Machtübernahme in Österreich wurde von den bereits in Kapitel 2 erwähnten, großzügigen Bauplänen begleitet. Neben den Umstrukturierungen des Landes selbst, wollte man die berechtigten Ängste der Stadtverwaltung zerstreuen, die für Wien große wirtschaftliche und politische Verluste im Vergleich zum restlichen Gesamtdeutschen Reich vorhersagte. Um diesen möglichen Imageverlust der ehemaligen Residenzstadt zu vermeiden, plante die NS-Herrschaft ein großes Aufbauprogramm mit diversen Arbeitsbeschaffungsprogrammen, die sie im Rahmen einer sehr großzügig angelegten Kampagne für die Volksabstimmung am 10. April 1938 bewarb.¹⁴

2.2 Hitler und Wien

Hitler kam im Mai 1906 als Tourist zum ersten Mal nach Wien. Seine Begeisterung für die Architektur der Ringstraße ist auch in „Mein Kampf“ zu finden, wo er über die fesselnden Bauten und die Wirkung der gesamten Ringstraße „wie ein Zauber aus Tausendundeiner Nacht“ schrieb. Insgesamt

¹⁴ vgl. Weihsmann (1998), S. 1021.

blieb er zwei Wochen hier und besuchte auch einige Aufführungen von Wagnerstücken in der Hofoper. Nach seiner Rückkehr nach Linz, schwärmte er auch immer wieder vor Bekannten und Freunden von der Hauptstadt der Doppelmonarchie. Nach dem Tod der Mutter im Dezember 1907 zog er endgültig nach Wien, um dort Kunst zu studieren und „ein großer Künstler“ zu werden. Die Aufnahme an die k.k. Akademie der Bildenden Künste blieb ihm aber verwehrt. Durch eine Bekannte aus Linz, erhielt er einen Brief von Professor Alfred Roller, der damalige Bühnenbildner der Wiener Hofoper unter Gustav Mahler, der bereit war sich seine künstlerischen Arbeiten anzusehen. Am Weg zu ihm verließ Hitler aber der Mut und er vernichtete den Brief. Immer wieder versuchte er doch noch einen Platz an der Akademie der Bildenden Künste zu erhalten, scheiterte aber jedes Mal erneut.¹⁵

Insgesamt rühmte Hitler Wien immer wieder der Ausstrahlung der Stadt wegen. Dies bezog er aber nicht auf die Hauptstadt der Donaumonarchie, sondern vielmehr auf die Vergangenheit als jahrhundertelange Residenz der römisch-deutschen Kaiser. Er wusste um das durch die Geschichte gewachsene Selbstbewusstsein der Stadt und wollte eine Rivalität zwischen zwei Reichshauptstädten verhindern, indem er Berlin zur einzigen Hauptstadt des „Großdeutschen Reiches“ machte und es mit allen Mitteln auszubauen versuchte. Die Schwierigkeit dieser Aufgabe war ihm anscheinend auch 1942 noch bewusst:¹⁶

„Man könne es dem heute nach Berlin kommenden Wiener nicht verargen, wenn er im Hinblick auf das grandiose Stadtbild seiner eigenen Heimatstadt von Berlin enttäuscht sei. Sogar ihm gegenüber hätten Wiener einmal erklärt, Berlin sei doch keine Hauptstadt; denn kulturell sei ihm Wien sowieso überlegen, und in seinem Stadtbild könne es doch auch nicht an Wien heran. An dieser Bemerkung sei

¹⁵ vgl. Hamann (1996), S. 42-87.

¹⁶ ebd. vgl. S. 125.

insofern viel daran, als kaum eine andere Stadt in Deutschland über so zahlreiche kulturelle Schätze verfüge wie Wien. [...] eine der wichtigsten Aufgaben des Dritten Reiches sei, in Berlin eine wirklich repräsentative Hauptstadt zu schaffen. Schon der Bahnhof und die Zufahrt der Reichsautobahn müsse so sein, daß selbst der Wiener überwältigt sei von dem Gefühl: das ist unsere Hauptstadt!“¹⁷

Im Unterschied zum Aufbau Berlins wurde Wien aber eher geplündert. Goebbels zitierte Hitler, indem er sagte, es gäbe keine besonderen Pläne für Wien, das Gegenteil sei der Fall: Wien habe zu viel und es könnte ihm eher etwas abgenommen werden. Eine der wenigen „Sanierungs-Maßnahmen“, die auch in Wien durchgeführt wurden, war die „Säuberung“ der national gemischten Bevölkerung nach „völkischen“ Kriterien.¹⁸

2.3 Die Vorbilder „Groß-Hamburg“ und „Groß-Berlin“

Im Dritten Reich genossen die Architektur und der Städtebau einen sehr hohen Stellenwert und galten als besonders ernste, kunstwürdige und denkmalhafte Angelegenheiten. Die neu geschaffenen Bauwerke sollten „nicht gedacht sein für das Jahr 1940, auch nicht für das Jahr 2000, sondern hineinragen gleich den Domen unserer Vergangenheit in die Jahrtausende der Zukunft“. Die von den Nationalsozialisten durchgeführten und ihren Vorstellungen entsprechenden Sanierungen der Städte sollten den Stellenwert einer „Arbeitsschlacht“ haben, ähnlich wie es der Bau der Reichsautobahn war. Dafür zuständig war zunächst das Reichsarbeitsministerium. Es sollte aber weniger eine Verbesserung der Wohnbedingungen und der damit einhergehenden Wohnqualität erreicht, sondern vielmehr eine ideologische Aufwertung der deutschen Altstädte gewährleistet werden. In erster Linie wurden die Städte in

¹⁷ zitiert nach: Hamann (1996), S. 125-126; Picker, 339, 39.5.1942.

¹⁸ vgl. Hamann (1996), S. 126-127.

Hinblick auf die Kriegspläne modernisiert, um so verkehrspolitisch, wirtschaftlich und wehrstrategisch leistungsfähiger zu werden.¹⁹

Schon in der ersten Phase der Sanierungen stand die Voll- bzw. „Volksmotorisierung“ im verkehrspolitischen Sinn, sowie eine Auflösung der Städte hin zu Siedlungsgemeinschaften im wehrpolitischen Sinn - dies geschah aus Gründen des Luftschutzes - im Vordergrund. Die zweite Phase, die ab 1937 begann, wurde vom „Abwracken“ der alten Bausubstanz der Städte geprägt und verlief im Rahmen des „Führererlasses“ zur „Neugestaltung deutscher Städte“ vom 4. Oktober 1937. Das Ziel der Umgestaltungsmaßnahmen war ein „zeitloses Herrschaftssymbol“ zu schaffen. Um dies zu erreichen, sollten sich die NS-Bauten „von der Wirklichkeit der banalen und ephemeren Tageserscheinungen in fast ‚auratischer‘ Weise abheben“.²⁰

Die Architektur und Stadtbaukunst, sowie der Denkmalschutz wurden im Dritten Reich zu einem propagandistischen Massenmedium geformt und von Hitler immer wieder als überzeugendes Werbemittel des nationalsozialistischen Gedankengutes genutzt. Die bombastischen Monumente, die gebaut oder zumindest geplant wurden, waren nicht selten von Hitler selbst mitgestaltet worden. Durch seinen Aufenthalt in Wien geprägt, vermischten viele seiner geplanten Bauten die in der ehemaligen Monarchiehauptstadt - und hier vor allem auf der Ringstraße - vorkommenden Stile, wie den (neo-) barocken und (neo-) klassizistischen Baustil.

Hitlers Pläne für München und Nürnberg, die zusammen mit seinem damals bevorzugten Architekten Paul Ludwig Troost - er war auch der erste „Reichsarchitekt“ - entstanden waren, wurden im gesamten Dritten Reich immer wieder nachgeahmt.²¹

¹⁹ vgl. Weihsmann (1998), S. 19-20.

²⁰ ebd. vgl. S. 20.

²¹ ebd. vgl. S. 20-21.

Die erste Phase der städtebaulichen Großplanungen begann am 30. Jänner 1937, als Hitler vor dem Reichstag den planmäßigen Ausbau „einiger großer Städte des Reichs“ als „äußeres Zeichen für diese große Epoche der Wiederauferstehung unseres Volkes“ ankündigte.²²

2.3.1 Groß-Berlin

Berlin als Reichshauptstadt sollte zu einem gigantischen Zentrum der Weltherrschaft ausgebaut werden um „einem tausendjährigen Volke mit tausendjähriger geschichtlicher und kultureller Vergangenheit für die vor ihm liegende unabsehbare Zukunft eine ebenbürtige tausendjährige Stadt zu bauen“. Hitler hatte sich, den Aussagen Speers zufolge schon Jahre vor der Machtergreifung mit der Umgestaltung Berlins beschäftigt und als wichtigsten ersten Schritt die große Nord-Süd-Achse geplant. Um seine Pläne umsetzen zu können, hatte er sogar eine eigene Behörde geschaffen, der der „Generalbauinspektor für die Neugestaltung der Reichshauptstadt“, Albert Speer vorstand. Dieser entwarf die gewünschte Nord-Süd-Achse, mit dem signifikanten Achsenkreuz am Brandenburger Tor. Dort sollte die größte Versammlungshalle der Menschheit entstehen, die laut Plan etwa 200.000 Personen fassen würde. Insgesamt sollte diese mehr als 4 km lange Achse Prachtstraßen wie die Champs-Élysées in Paris und auch die Wiener Ringstraße in den Schatten stellen.²³

Neben Gebäuden wurden auch die Verkehrswege neu überdacht und umgeplant. Das gesamte Berliner Bahn-Netz wurde völlig neu geordnet, damit unter anderem später je ein riesiger Nord- und Südbahnhof entstehen konnten. Das städtische Schnellbahnnetz, das teilweise im Untergrund verlaufen sollte, wurde geplant und sogar die Spree, der Berlin querende Fluss, sollte verlegt werden. So hätten die 1.000 Tonnen-Kähne des Mittellandkanals auch hier freie

²² vgl. Weihsmann (1998), S. 21-22.

²³ ebd. vgl. S. 273-274, 277.

Durchfahrt. Für den Automobilverkehr wurden umfangreiche Tunnelanlagen geplant, die den verstärkt erwarteten Verkehr bewältigen können sollten.²⁴

Die ursprünglichen großstadtfeindlichen Pläne, die vor allem in der frühen Phase des Städte- und Siedlungsbaus der Nationalsozialisten vorherrschten, mussten durchgehend großstädtischen Ideen Platz machen. So wurden mehrstöckige Gebäude geplant, die bis zu den neuen Trabantenstädten im Norden und den äußeren Bezirken immer niedriger werden sollten.

An der Peripherie entstanden einige „Mustersiedlungen“, wie „Spekte“ im Bezirk Spandau, die bereits 1933 als Unterkunft der Betriebsangehörigen der Firma Siemens gebaut wurde, oder „Dreipuhl“ in Zehlendorf. Weiters entstanden die „Gefolgschaftssiedlungen“ der „Frontkämpfer“ und der „Dankopfer“, sowie die „Elite-Siedlungen“ für Angehörige der SS bzw. der Leibstandarte des „Führers“. Diese lagen ebenfalls in Zehlendorf und Lichtenfeld.

In fabriksnahen dörflichen Gebieten wurden immer wieder Siedlungen für Facharbeiter errichtet, wie jene der Daimler-Benz-Niederlassung in Marienfelde. Für Charlottenburg-Nord gab es einen Plan über fünfgeschossige Wohnblocks mit Kleinwohnungen, der aber kriegsbedingt nicht mehr durchgesetzt werden konnte.²⁵

2.3.2 Groß-Hamburg

Am 26. Jänner 1937 wurde das „Groß-Hamburg“ Gesetz verabschiedet. Der Hansestadt wurde ab diesem Zeitpunkt eine „bedeutende Rolle“ in der Rüstungswirtschaft eingeräumt. Ab Oktober 1940 war neben den geplanten Siedlungsbauten die Planung für die Nachkriegszeit ein Hauptschwerpunkt. In diesem Zusammenhang wurden im Rahmen des „Wettbewerb Wohnungstypen 1940“ Wohnungen mit drei bis fünf Zimmern entwickelt. Teile dieser Pläne wurden bereits ab November 1940 umgesetzt.²⁶

²⁴ vgl. Weihsmann (1998), S. 275.

²⁵ ebd. vgl. S. 275-283.

²⁶ ebd. vgl. S. 485-487.

Die Hansestadt sollte „entsprechend der Bedeutung Hamburgs als größter deutsche Seehafenstadt würdig ausgestaltet und die damit in Verbindung stehende Umgestaltung des Hafens und der Verkehrsanlagen“ durchgeführt werden. Auch hier wurde eine Nord-Süd-Achse geplant, auf der ein Gauhochhaus, etwa in Höhe des heutigen Bahnhofs Altona, stehen sollte. Der Raum wurde sehr geordnet in 5 charakteristische Abschnitte geteilt: Neustadt, Wallanlagen, Elbhochstraße, Verwaltungsforum und Elbparkgelände.

Die zukünftige Bedeutung Hamburgs für die Rüstung und das neue Kolonialimperium, sollte mit der Elbhochbrücke, den Gemeinschaftsanlagen auf den beiden Uferseiten der Elbe und dem Gauhochhaus unterstrichen werden.²⁷

Im Jahr 1940 ergaben Berechnungen, dass etwa 40.000 Wohnungen in Hamburg fehlen würden. Nicht berücksichtigt bei dieser Schätzung waren allerdings „heranziehende Bauarbeiter“ und „Ersatz abbruchreifer“ Stadtteile. Um dieses Fehlen auszugleichen, wurden Ersatzwohnungen in Finkenwerder, in Horn und nördlich von Altona geplant. Zunächst sollten etwa 2.000 Wohnungen pro Jahr fertiggestellt werden, nach Kriegsende sollten die Zahlen auf 20.000 im ersten Nachkriegsjahr steigen und danach zwischen 25.000 bis 30.000 Wohnungen im Jahr erreichen. Die diesbezüglichen Gesamtkosten wurden auf 1,6 Milliarden Reichsmark geschätzt - im Vergleich dazu wurde das Zentrum der Neugestaltungsmaßnahmen in Berlin mit etwa 5 Milliarden Reichsmark bedacht.

Nach Beginn des Luftkrieges stellte Konstanty Gutschow, der den Titel „Der Reichsstatthalter in Hamburg. Der Architekt des Elbufers“ führte, bei einem Vortrag über „Großstadt und Luftkrieg“:²⁸

*„Nun ist die Großstadt in ihrer Existenz angeschlagen, angebombt.
Die erste Forderung des Luftkrieges an den Städtebau heißt:*

²⁷ vgl. Weihsmann (1998), S. 475.

²⁸ ebd., S. 479-480.

Aufgliederung des Stadtkörpers der Großstadt in ein Gesamtgefüge selbständiger und doch zusammenhängender Siedlungsgebilde. ... Die Aufgliederung der Stadtmasse in Siedlungszellen mit Eigenleben macht die Großstadt nicht unvergleichlich viel ‚lufthärter‘, sondern gibt ihr erst im nationalsozialistischen Reich Daseinsberechtigung, da sie die Voraussetzung für das Werden eines örtlich bodengebundenen Gemeinschaftsgefühls schafft.“²⁹

Die Großstadt sollte im Rahmen der Generalbebauungspläne in Kreise mit je 150.000 Einwohnern geteilt werden. Gutschows Vorschlag sah dabei neun (Trabanten-) bzw. zehn (Sektoren-) Kreise vor. Diese Kreise sollten dann erneut aufgeteilt werden. Nachdem in Hamburg im Juli 1943 durch die Luftangriffe fast die Hälfte des Wohnungsbestandes zerstört wurde, mussten in der Stadtplanung neue Prioritäten gesetzt werden. Dazu äußerte sich Gutschow wie folgt: „Im Rahmen der jetzigen Wiederaufbauplanung erscheint zunächst die städtebauliche Durchplanung dieses Raumes als wenig dringlich, ja unzeitgemäß.“³⁰

2.4 Allgemeine Pläne zur Erweiterung Groß-Wiens

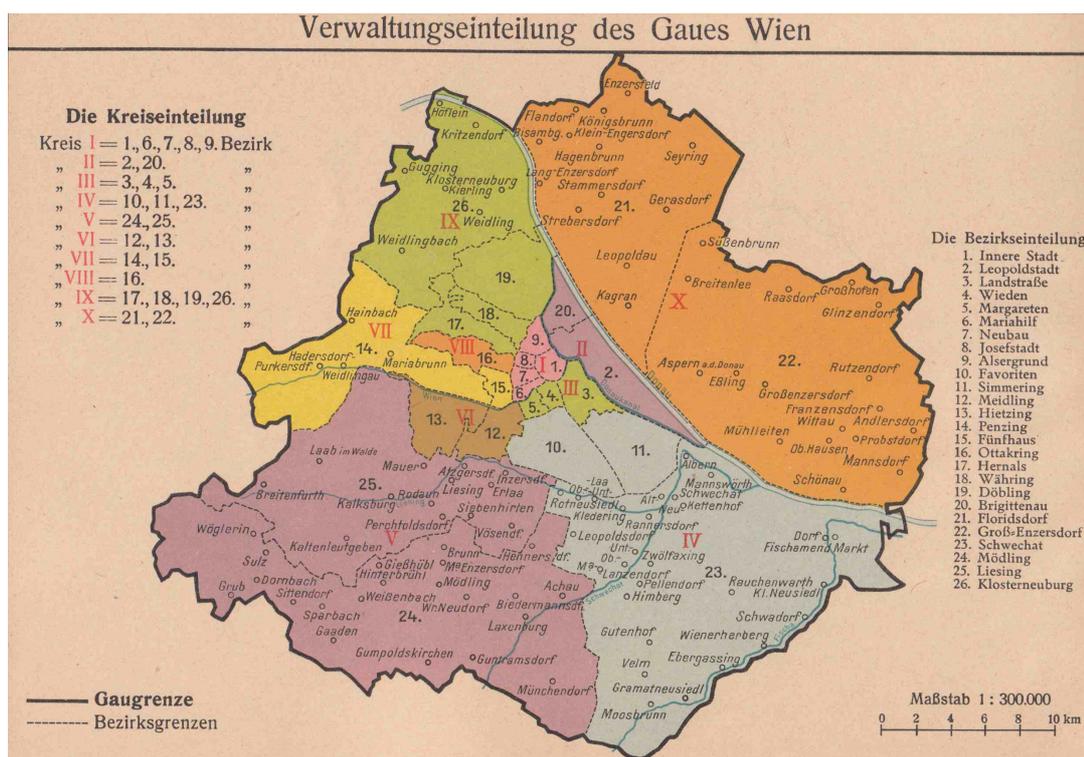
Nachdem Hitler am 9. April 1938 dem Wiener Rathaus einen Besuch abgestattet hatte, begannen die Planungen für eine große Erweiterung der Stadt nach dem Vorbild „Groß-Hamburgs“. Ursprünglich sollte das Wiener Stadtgebiet um einen Ring erweitert werden, der Tulln, St. Pölten, Wiener Neustadt, Schwechat, Deutsch-Wagram und Korneuburg miteinbezogen hätte. Die - leider schlecht überlieferten - Verhandlungen dauerten drei Monate bevor am 21. Juli 1938 die Eingemeindung von 97 Gemeinden in Niederösterreich beschlossen wurde. Das diesbezügliche „Reichsgesetz über die Gebietsveränderung im Land Niederösterreich“ trat am 15. Oktober 1938 in Kraft und reicherte Wien um ein Gebiet von nahezu 94.000 ha an.

²⁹ zitiert nach: Weihsmann (1998), S. 480: In: Nachrichten für unsere Kameraden im Felde, AKG/StA HH 31, S. 6.

³⁰ vgl. Weihsmann (1998), S. 480-482.

Mit dem Bevölkerungszuwachs von etwa 213.000 Menschen wurde Wien nach Berlin, an der Bevölkerungsdichte gemessen, die zweitgrößte Stadt des Reiches und die sechstgrößte der Welt.³¹

„Die Stadt ist in meinen Augen eine Perle! Ich werde sie in jene Fassung bringen, die dieser Perle würdig ist!“³²



Deutscher Schulatlas (1942), S.4.

Seine bekannte Ansprache zur Erweiterung wurde zunächst von der NS-Propaganda aufgegriffen und gepflegt, bald aber schon verlor diese immer mehr an Leuchtkraft. Dies geschah insofern, als die Wiener mit ihren Gauleitern keine Freude hatten und sich vor allem die alten österreichischen Nationalsozialisten sehr bald enttäuscht zeigten, da die Kämpfer des „Altreichs“ ihnen immer wieder vorgezogen wurden. Wien konnte zwar mit Groß-Hamburg

³¹ vgl. Weihsman (1998), S. 1021-1022.

³² zitiert nach: Weihsman (1998), S. 1022: Wiener Ausgabe des „Völkischen Beobachters“ vom 10.4.1938.

gleichziehen, das war aber als Genugtuung zu wenig. So blieb Hitler anscheinend für Wien ebenso ein Problem wie die Stadt für ihn.³³

Seine Aussage, Wien sei eine Perle und er würde für die entsprechende Fassung sorgen, wurde von seiner Gefolgschaft so gedeutet, dass gleich nach dem Einmarsch in Österreich mit den Umbauten und Ausgestaltungen begonnen werden würde. Zunächst war davon jedoch nichts zu sehen. Die nationalsozialistische Führung quartierte sich mit diversen Dienststellen in den neu arisierten Großwohnung und beschlagnahmten Palais ein und begann erst einmal mit den Planungen. Die ersten Ideen waren eher phantastisch, denn realistisch. So schuf ein gewisser Ing. Pöcher, der im Gefolge der einmarschierenden deutschen Truppen nach Wien gekommen war und im Privatbüro Albert Speers gearbeitet hatte, den Plan für einen am Donauufer gelegenen 350 m hohen steinernen Kuppelbau im Stil des Speer-Doms in Berlin, der mit seinem Fassungsvermögen von etwa 100.000 Menschen für Großkundgebungen der Partei geeignet war. Über dem Vorort Grinzing plante er riesige Viaduktbögen, die mehr als 100 m hoch sein sollten und von der Votivkirche über den Gaußplatz in der Brigittenau bis auf den Kahlenberg hätten reichen sollen. Diese „via triumphalis“ sollte dann zu einem Plateau und Ehrenmal führen und hätte damit die Weinhänge von Sievering und Grinzing überspannt.³⁴

Dieser erste Plan erweckte eine rege Planungsaktivität und führte zu mehr und mehr abstrusen Ideen. Der Reichsstatthalter und spätere Gauleiter Josef Bürckel hatte aber viel mehr auf dem Plan - und damit stimmte er mit der Parteizentrale überein - Wien eher zu „konservieren“, es also vernachlässigen bzw. sogar reduzieren zu wollen. Von offizieller Seite hieß es dazu, dass

³³ vgl. Weihsmann (1998), S. 1021.

³⁴ ebd. vgl. S. 1021.

Planungen im Stil von Berlin oder München der Ausstrahlung Wiens nicht guttun würden.³⁵

Odilo Globočnik, der erste Gauleiter Wiens von 1938 bis 1939, vertrat den Standpunkt, dass er sich nicht um Anordnungen des Reichsschatzmeisters Franz Xaver Schwarz zu kümmern habe, sondern selbst die Finanzhoheit „seines“ Gaus inne hatte. Eine Buchprüfung Anfang September enthüllte seinen leichtfertigen Umgang mit Geld - so hatte er beispielsweise Häuser deutlich unter ihrem tatsächlichen Wert verkauft und großzügige Geldmittel für viele Ideen zur Neugestaltung Wiens bereitgestellt. Der Wohnungsnot, die neben der hohen Arbeitslosigkeit im Jahr 1938 die größte Sorge in Wien war, trat Globočnik mit eigenen Methoden der Arisierung entgegen, indem er verfügte, dass bei der Vergabe der „frei gewordenen“ Wohnungen zuerst verdiente Parteigenossen berücksichtigt werden sollten. Auch für das Mobiliar der Wohnung hatte er einen Vorschlag:

„...zur Behebung der Wohnungsnot [...] all jene Einrichtungsgegenstände, die in der Wohnung eines geflüchteten Juden stehen, zu beschlagnahmen und zu überprüfen.“

Sollten in der Wohnung Kunstschätze gefunden werden, so sollten diese den Museen übergeben werden, der Rest sollte

„versteigert und einem eigenen Konto zugeführt werden, über dessen Verwendung nach Durchführung des Verfahrens gegen den Geflüchteten entschieden“ [werden sollte.]³⁶

2.5 Der Wohnbau in Groß-Wien

Schon zu Beginn des Jahrhunderts zeigte sich in Wien eine katastrophale Wohnungssituation. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges waren die meisten Wohnungen deutlich überbelegt, hygienisch nahezu untragbar und durch die WC Anlagen und Wasserhähne am Gang sehr schlecht ausgestattet. Noch

³⁵ vgl. Weihsmann (1998), S. 1021-1025.

³⁶ vgl. Pucher (1997): S. 57-64.

dazu bestand ein Großteil der Unterkünfte aus Klein- und Kleinstwohnungen mit etwa 15-25 m². Durch ein freies Kündigungsrecht der Vermieter gab es besonders häufige Wohnungswechsel. Zusätzlich verschärft wurde diese Situation noch durch den verstärkten Zuzug aus Gebieten der ehemaligen Monarchie im Zuge der Industrialisierung Wiens und der kriegsbedingten Inflation.

Um dies in den Griff zu bekommen, wurden mehrere Maßnahmen gesetzt, wie die Einführung des Mieterschutzes durch Kaiser Karl I im Jahr 1917, eine Wohnraumlentkung durch das Wohnanforderungsgesetz und die Einführung einer Wohnbausteuer, die die öffentliche Bautätigkeit unterstützen sollte und mit deren Hilfe bis 1934 etwa 66.000 Wohnungen und 2.100 Geschäftslokale erbaut wurden.³⁷

Im Jahr 1938 stellte das NS-Wohnungs- und Siedlungsamt einen dringenden Bedarf von 100.000 Wohneinheiten fest. Die NS-Medien priesen die daraufhin vorgestellten Pläne des „Volkswohnbaus“ naturgemäß stark an, bis zum Ende der Bautätigkeit 1942 entstanden davon aber lediglich 3.000 Wohnungen. Neben Neubauten im Stadtgebiet Wiens selbst, sollten auch in den bestehenden Stadtrandsiedlungen Ausbauten stattfinden, die gleichzeitig eine großzügige Ringerweiterung vorsahen und so zur Stadtvergrößerung „Groß-Wien“ führen würde. Die geplanten Mustersiedlungen sollten demnach einen Ring um die Stadt bilden und mit einer radikalen Boden- und Wohnbaureform verwirklicht werden. Für die Umgebung waren die folgenden Ausbauten geplant:

- Laaerberg: 10.000 Wohneinheiten,
- Triesterstraße - Troststraße: 8.000 Wohneinheiten,
- Alte Donau - Kagran: 8.000 Wohneinheiten,
- Stammersdorf: 7.000 Wohneinheiten,
- Guntramsdorf: 5.000 Wohneinheiten,
- Mauer - Mödling: 5.000 Wohneinheiten,
- Wienerfeld: 4.000 Wohneinheiten,

³⁷ vgl. Bailer-Galander/Bliminger/Kowarc (2004), S. 98-100.

- Leberberg: 3.000 Wohneinheiten,
- Aspern, Großenzersdorf: 3.000 Wohneinheiten,
- Liesing, Schwechat: 2.500 Wohneinheiten,
- Krottenbachtal: 1.500 Wohneinheiten,
- westliche Randbezirke: 1.500 Wohneinheiten,
- Jedlesee: 1.000 Wohneinheiten,
- Baumgartner Höhe: 1.000 Wohneinheiten.³⁸

Einer Ankündigung Görings zu folge, sollte Österreich „sofort“ 26 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt werden. 8 Millionen davon sollten für Kleinsiedlungen, 10 Millionen für Volkswohnungen und der Rest für die Beseitigung von „Elendsquartieren“ und für die Instandsetzung ausgegeben werden:

„Alles in allem wird die Siedlungs- und Wohnbautätigkeit schon im laufenden Jahre in einem in Österreich bisher völlig unbekanntem Ausmaße in Gang gesetzt werden, zumal auch [...] auf dem Kapitalsmarkt die nötigen Maßnahmen getroffen sind, damit Hypotheken zu tragbaren Zinsen von den Sparkassen, Pfandbriefinstituten usw. [...] zu tragbaren Bedingungen hergeben werden können. Dadurch wird nicht nur für tausende und abertausende von Bauarbeitern Arbeit und Brot geschaffen; es wird auch der Wohnungsnot und dem Wohnungselend endlich nach Jahrzehnten des Verfalls energisch zu Leibe gerückt werden.“³⁹

Da dem Bau von Rüstungs- und Militärbauten absolute Priorität eingeräumt und dafür rücksichtslos auf sämtliche Ressourcen zurückgegriffen wurde, war innerhalb von fünf Monaten neben dem Fehlen von Arbeitskräften - hier vor allem Facharbeiter - eine Baustoff- und Materialknappheit zum Hauptproblem geworden. Aber auch rechtliche Bestimmungen des Reichs erschwerten die

³⁸ vgl. Weihsmann (1998), S. 1029-1030.

³⁹ vgl. Weinberger (2010), S. 127-128.

Bautätigkeit. So wurde gesetzlich beispielsweise 1.000 m² Landzulage für jede Siedlerstelle verlangt, damit so „dem deutschen Arbeiter eine nachhaltige Verbesserung seiner Lebenserhaltung durch Gartenwirtschaft und Kleintierhaltung“ gewährleistet wäre.⁴⁰

Im Norden Wiens entstand das erste eigenständige Wohnbauhaben der „Ostmark“ - eine Erweiterung der Nordrandsiedlung um 47 Siedlerstellen für die „alten Kämpfer“ der NSDAP.

Diese „Wohnstadt Nord“, die im Rahmen der Aktion „Neugestaltung Wien“ unter der Führung von Baureferent Hanns Dustmann, der auch als „Reichsarchitekt“ in die Geschichte eingegangen ist, ausgearbeitet wurde, sollte von der Alten Donau aus auf einem Gebiet von etwa 3,5 km² errichtet werden. Weiters war geplant, die unmittelbare Umgebung - bis zur Großfeldsiedlung und Hirschstetten - durch die Errichtung künstlicher Gewässer und Grünflächen, sowie einer Anordnung dörflicher Strukturen umzugestalten.

Insgesamt sollte dieses Gebiet etwa zu einem Viertel Freiflächen für Monumentalplätze, Achsen und ähnlichem und zu drei Viertel für meist vierstöckige Gebäude Platz bieten. So sollte die „Wohnstadt Nord“ bis zu 140.000 Menschen Unterkunft bieten.⁴¹

Auch in Guntramsdorf sollten im Rahmen des „Wohnbauprogramms“ neue Unterkünfte entstehen. Die sogenannte „Großfeldsiedlung am Eichkogel“ oder auch „Holzwebersiedlung“ - benannt nach Franz Holzweber, der 1934 nach der Teilnahme am Putschversuch der Nationalsozialisten hingerichtet worden war, sollte Platz für etwa 20.000 Einwohner in 5.000 Wohnungen bieten.⁴²

Die meisten der großspurigen Siedlungspläne wurden - wenn überhaupt - nur bruchstückhaft verwirklicht, beispielsweise das Wienerfeld. Teile der Projekte

⁴⁰ vgl. Weinberger (2010), S. 517-519.

⁴¹ vgl. Steiner (1988), S. 435.

⁴² ebd. vgl. S. 441-442.

entstanden erst im Rahmen der Nachkriegsplanung, wie die Per-Albin-Hansson-Siedlung, und solche in Jedlesee, Stadlau und auf der Baumgartner Höhe. Auch in der heutigen Stadterweiterung wurden einige der Siedlungsprojekte, die im Auftrag Bürckels entstanden waren, umgesetzt. Diese findet man beispielsweise am Wienerberg, in Stammersdorf und in Kagran.⁴³

Nördlich der Donau sollte unter dem Baureferenten Hanns Dustmann und seinen Mitarbeitern Karl Schartelmüller und Anton Valentin die „Wohnstadt Nord“ entstehen, die etwa 140.000 Menschen Unterkunft bieten sollte. Die Wohnhausanlage „Gartenstadt Jedlesee“, die Gemeindefriedhofanlage „Am Freihof“ in Kagran und weitere Randsiedlungen wären in dem Projekt zusammengefasst und erweitert worden.

Als Pendant dazu war auch im Süden eine Erweiterung angedacht. Die „Wohnstadt Süd“ sollte bis zu 80.000 Einwohnern Platz bieten und sich vom Eisenstädterplatz bis zum Laaerberg ausdehnen und sollte dabei das Wienerfeld an der Laxenburgerstraße, das von der heutigen „Per-Albin-Hansson-Siedlung“ an der Favoritenstraße bis zur „Siedlung Eichkogel“ in Neuguntramsdorf und der „Südtiroler-Siedlung“ in Mödling hätte reichen sollen, miteinschließen.

Mitten im Stadtkern waren ebenfalls Dutzende Geschoßwohnprojekte geplant. Unter anderem stellte der Leiter des Stadtplanungsamtes, Hubert Itzinger, am 20. Dezember 1939 ein Projekt vor, das 60.000 bis 100.000 Wohnungen alleine in Wien versprach. Dieser Plan entpuppte sich aber, wie so viele andere auch, zu Kriegsbeginn als utopisch und nicht finanzierbar. Er wurde daher zunächst auf 12.000, im Winter 1940/41 sogar auf 2.000 Wohnungen reduziert. Auch von dieser schon sehr verkleinerten Anzahl wurden allerdings nur wenige gebaut. Nach Kriegsende wurden die Pläne oft sehr unkritisch betrachtet und unverändert übernommen. Einige Projekte wurden daher während des Wiederaufbaus doch noch umgesetzt.⁴⁴

⁴³ vgl. Weihsmann (1998), S. 1030.

⁴⁴ ebd. vgl. S. 1030-1031.

2.6 Die Eingemeindung des Bezirks Mödling

Für den Abstimmungsvorgang am 10. April gab der Reichspropagandaleiter Joseph Goebbels bereits zwei Wochen vor der Wahl, am 28. März 1938, Richtlinien aus, die unbedingt einzuhalten waren: ⁴⁵

„[...] Für den Wahlsonntag wird morgens 7 Uhr großes Wecken angeordnet. Das Wecken wird durchgeführt durch den Einsatz sämtlicher Gliederungen und angeschlossenen Verbände, deren Spielmanns- und Musikzüge zu diesem Zweck durch die Propagandaleitung eingesetzt werden.

[...] Um allen Kriegsbeschädigten, Invaliden, Kranken und sonst körperlich Behinderten Gelegenheit zu geben, ihrer Wahlpflicht nachzukommen, ist vom Wahldienst der Gaue, Kreise bzw. Ortsgruppen und Stützpunkte ein entsprechender Automobildienst zu organisieren. Diesem sind in entsprechender Anzahl die Mannschaften der Sanitätsstürme der SA und die Mitglieder des Roten Kreuzes beizugeben.

[...] Unmittelbar nach 13 Uhr müssen von der Leitung des Schlepperdienstes alle bis dahin nicht erschienen Volksgenossen festgestellt und zum erstenmal durch Überreichung der schriftlichen Mahnung gemahnt werden, ihrer Wahlpflicht zu genügen.

[...] Ab 13 Uhr ziehen HJ und Jungvolkabteilungen singend bzw. unter Einsatz ihrer Musikzüge durch die einzelnen Orte. In Zwischenpausen mahnen ihre Sprechchöre mit folgenden Texten: 'Ein Volk - Ein Reich - Ein Führer! Auf zur Wahl!' oder 'Geht zur Wahl. Tut Eure Pflicht!' oder 'Euer Ja - Unsere Zukunft!'

Die zweite Mahnung erfolgt um 15 Uhr, um dann halbstündig wiederholt zu werden.“⁴⁶

⁴⁵ vgl. Arnberger/Garscha/Miterrutzner (1988), S. 517.

⁴⁶ zitiert nach: Arnberger/Garscha/Miterrutzner (1988), S. 517-519: AVA, Bürckel-Akten, 1300, DÖW E 20.530.

Von den 41 Gemeinden des Bezirks Mödlings stimmten in 19 100% der Bevölkerung mit „Ja“ ab. Diese waren: Achau, Au an der Leitha, Biedermansdorf, Deutsch-Brodersdorf, Gaaden, Grub, Hennersdorf, Hinterbrühl, Hof an der Leitha, Oberwaltersdorf, Reisenberg, Seibersdorf, Sittendorf, Sparbach, Sulz im Wienerwald, Velm, Wampersdorf und Wiener Neudorf. In Mödling stimmten 12.654 Bürger mit „Ja“ und 27 mit „Nein“ ab.⁴⁷

Die Presse - hier ein Bericht des „Kleinen Blatts“ vom 11. April 1938 - stellte die Wahlvorgänge durchwegs einseitig dar:⁴⁸

„[...] Die Leute weigern sich, die Wahlzelle zu betreten, haben rasch einen Bleistift zur Hand, zeichnen blitzartig ihr Kreuz in den Kreis unter dem Ja, und schon reichen sie dem Vorsitzenden den Umschlag mit dem ausgefüllten Wahlzettel um ihn in die Urne werfen zu lassen. [...] 'Ist ja ganz schön, die Zellen', sagt vorwurfsvoll ein Chauffeur der Wiener Molkerei, 'aber fünf Jahre haben wir jetzt kuschen müssen, sich ducken, nit rühren und nix reden, und jetzt endlich einmal kann man zagn, wia man denkt. Dazu brauch i ka Wahlzellan!' Sagte es, macht ein Kreuz in dem Ja-Kreis, übergab den Umschlag und steckte sich stolz die Hitler-Plakette auf die blaue Arbeitsbluse. Und die anderen haben es halt ebenso gemacht, und es war längst zwölf Uhr, ehe es dem Vorsitzenden zum ersten Male gelungen war, einen Wähler zu bewegen, die Wahlzelle aufzusuchen. 'Bei mir macht's nichts', sagte dieser, 'bei mir weiß der ganze Bezirk, daß i Ja sag!'“⁴⁹

⁴⁷ vgl. Amtsblatt der BH Mödling (11/1938), S. 1-2.

⁴⁸ vgl. Arnberger/Garscha/Miterrutzner (1988), S. 520.

⁴⁹ zitiert nach: Arnberger/Garscha/Miterrutzner (1988), S. 520: Das Kleine Blatt, 11.4.1938.

Als Vergleich noch ein Beispiel aus dem „Völkischen Beobachter“ (Wiener Ausgabe) vom 11. April 1938: ⁵⁰

„[...] Im Gegensatz zu den äußeren Bezirken hat sich auf der Stubenbastei im ersten Bezirk schon vor 7 Uhr eine dichte Kolonne von Menschen angesammelt und wartet mit Ungeduld, bis sie ihr 'Ja' abgeben darf.

[...] Im dritten Stockwerk der Kaserne ist ein feines Wahllokal eingerichtet. Eintausendfünzig Mann gehen hier den Weg zu Großdeutschland, sie marschieren eigentlich und stehen stramm davor. Sie alle haben 'Ja' gesagt, freudig, selbstbewußt.

[...] Da braust auch schon ein geschmückter Zug heran, dampft und pustet. Die Auslandsdeutschen kommen an. Erhobene Arme, ein einziger Willkommenschrei begrüßt die Weitgefahrenen.

Sie steigen aus dem Wagen, Freundschaften werden geschlossen, Unbekannte sind Freunde geworden. Alle sind wir nun Deutsche, Bruder, Schwester. Wer fragt da nach Name und Stand? Wer will wissen, von wo sie kommen? Sie sind da!“⁵¹

Nachdem ursprünglich der Ring der Eingemeindung im Süden bis Wiener Neustadt hätte gezogen werden sollen, wurden am 1. Oktober 1938 die endgültigen Grenzen Groß-Wiens vom Reichsstatthalter Odilo Globočnik im „Gebietsveränderungsgesetz“ festgelegt. Aus Niederösterreich wurden 97 Gemeinden an Groß-Wien angeschlossen, darunter auch jene des Bezirks Mödling. Der neugeschaffene 24. Bezirk musste aber von Anfang an unter der nicht restlos durchdachten Eingemeindung leiden. Vor allem die deutlichen Unterschiede der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen - der Bezirk Mödling bestand immer schon aus einigen Industriegemeinden, aber auch solchen, die

⁵⁰ vgl. Arnberger/Garscha/Miterrutzner (1988), S. 521.

⁵¹ zitiert nach: Arnberger/Garscha/Miterrutzner (1988), S. 521: Völkischer Beobachter, Wiener Ausgabe, 11.4.1938.

eher land- und forstwirtschaftlich ausgerichtet waren - ließen kein geschlossenes Bild zu.⁵²

Mit dem Stichtag 15. Oktober 1938 hörte Mödling auf zu existieren und wurde mit 20 weiteren Orten als 24. Bezirk „Wien-Mödling“ eingemeindet.

Folgende Gemeinden zählten ab diesem Zeitpunkt zu Wien:

Achau	Gumpoldskirchen	Münchendorf
Biedermannsdorf	Guntramsdorf	Sittendorf
Brunn am Gebirge	Hennersdorf	Sparbach
Dornbach	Hinterbrühl	Sulz im Wienerwald
Gaaden	Laxenburg	Weissenbach
Giesshübl	Maria Enzersdorf	Wiener Neudorf
Grub	Mödling	Wöglerin

Die Randgemeinden wurden nun in einem „Landbezirk“ zusammengefasst und unter die Verwaltung einer „Hauptabteilung“ gestellt.

Neben der Überführung der Sparkasse Mödling in die Zentralsparkasse der Stadt Wien, wurden auch einige Schulen, wie die Mödlinger Musikschule, von städtischen Institutionen übernommen (siehe hierzu auch: Kapitel „III 3.4 Gleichschaltung im Schulsektor“).

Mödling gehörte innerhalb der Parteiorganisation zum Kreis V innerhalb der Gauleitung Wien. Der Standort der Kreisleitung war ebenfalls hier. Weiters gab es in Mödling drei Ortsgruppen und die Dienststellen der verschiedenen Parteiformationen. Wie die anderen Randgemeinden auch, wurde Mödling von der nationalsozialistischen Führung in Wien eher stiefmütterlich behandelt. Positive Auswirkungen - seien es auch nur kleine wie der einheitliche Tarif der Straßenbahn - wurden in den Medien aufgebauscht und gefeiert.⁵³

⁵² vgl. Csendes/Schicht (1975), S. 181-182.

⁵³ ebd. vgl. S. 182.

Auch in Biedermannsdorf, einer Gemeinde im östlichen Teil des Bezirks Mödling, waren viele Menschen von Beginn der Herrschaft der Nationalsozialisten an mit Begeisterung dabei. Immer mehr erkannten aber bald, dass die Hoffnungen auf Frieden und materielle Sicherheit innerhalb der großen „Volksgemeinschaft“ nicht erfüllt würden.⁵⁴

Der „Anschluss“ wurde in Biedermannsdorf zunächst ähnlich begeistert gefeiert, wie an vielen anderen Orten in Österreich auch.

Die Bewohnerin Maria Porec, eine damals begeisterte Anhängerin Hitlers, die im „Anschluss“ die Erfüllung ihres politischen Einsatzes über viele Jahre sah, verfasste über diese Vorgänge eine mehrseitige Darstellung. Sie beschrieb darin, wie zunächst am Gemeindeamt eine Hakenkreuzfahne durch den Frontsoldaten Franz Gehberger, der 1934 auf Grund seiner zu der Zeit illegalen Betätigungen von der Gendarmerie gesucht worden war, aufgezogen wurde und daraufhin „immer zahlreicher und zuversichtlicher“ die Sympathisanten aus ihren Häusern strömten. Franz Gehberger wurde später zum Ortsgruppenleiter der NSDAP erhoben.

In vielen Häusern in Biedermannsdorf wurden nach dem „Anschluss“ Waffen und Munition der Heimwehr beschlagnahmt. Diese Aktion war für den Fall des bewaffneten Widerstandes gedacht, aber überflüssig, da bereits in der Nacht vom 13. auf den 14. März 1938 eine Schwadron des 3. Husarenregimentes „von Ziethen“ eintraf und von der Bevölkerung freundlich empfangen und in den eigenen Häusern untergebracht wurde.⁵⁵

⁵⁴ vgl. Stiglbauer (2004), S. 289.

⁵⁵ ebd. vgl. S. 291-293.

III Auswirkungen der Eingemeindung auf den Bezirk

Mödling

Nun folgt eine Darstellung der Änderungen, die sich nach der Eingemeindung in Mödling ergeben haben. Ob diese im selben Ausmaß geschehen wären, wenn Mödling nicht an Wien angeschlossen worden wäre, kann an Hand der vorhandenen Literatur nicht eindeutig festgestellt werden. Wahrscheinlich hatte die Eingemeindung aber nur direkte Auswirkungen auf die verstärkte Industrialisierung des Bezirks, da sich die Randgebiete von Großstädten durch ihre meist guten Verkehrsverbindungen und das Vorhandensein von Arbeitskräften, gleichzeitig noch verstärktem Platzangebot für diese Zwecke sehr gut eignen.

Bei anderen Vorgängen, die beispielsweise die Kirche oder die Schulen im Bezirk und in der Stadt betrafen, kann davon ausgegangen werden, dass sie so oder in ähnlichem Ausmaß auch in anderen Städten in Österreich passierten und daher kein direkter Effekt der Eingemeindung waren. Vor allem die Schulen stellten im Nationalsozialismus ein ideologisches Instrument dar und wurden daher natürlich im gesamten Deutschen Reich benutzt um die Kinder und Jugendlichen zu erreichen.

Auch das teilweise neu eingesetzte Verwaltungspersonal und die Umbenennungen von Plätzen und Straßen waren Vorgänge, die im ganzen „Dritten Reich“ stattfanden. Daher kann auch dies nicht alleine der Eingemeindung zugesprochen werden.

Das Unterkapitel 2.2.2 „Die Rüstungskommission in Mödling“ berichtet von einer neu eingesetzten Kommission, die die allgemeine Industrie nach und nach zur Rüstungsindustrie umwandeln, diese Vorgänge überwachen und die Produktionsergebnisse überprüfen sollte. Diese Dienststelle wurde in Mödling errichtet und betreute Niederdonau, obwohl Mödling zu diesem Zeitpunkt bereits zu Groß-Wien gehörte. Dieser Vorgang kann leider durch die Literatur nicht erklärt werden. Hier findet sich lediglich der Hinweis, dass vor der Ernennung Mödlings auch die nahe gelegene Stadt Baden zur Wahl stand.

Warum die Entscheidung dann für Mödling fiel, wird nicht erklärt. Wahrscheinlich ist aber, dass dies auf die damals schon große industrielle Konzentration in der Stadt zurückzuführen ist.

1. Mödling vor der Eingemeindung

Die in diesem Kapitel genannten Daten und Informationen gelten für die Stadt Mödling und für Biedermannsdorf, da Karl Stiglbauer über diese Gemeinde im Bezirk Mödling ein eigenes Werk verfasst hat, in dem er den „Wandel eines Bauerndorfes zur Stadtrandgemeinde von Wien“ sehr detailliert beschreibt.

Die Stadt Mödling umfasste im Jahr 1933 ein Gebiet von etwa 994,70 Hektar. Davon waren nur etwa 83,63 Hektar Baufläche, der Rest teilte sich in Äcker, Wiesen, (Wein-) Gärten, Weiden und Waldungen. Dementsprechend waren zu dieser Zeit etwa 12% der Stadt verbaut, in vielen anderen Gemeinden Niederösterreichs erreichten die Zahlen allerdings nur etwa 7%. Die relativ starke Bebauung lässt sich auf die hohe Fabriksansiedlung zurückführen. Auch der große Bevölkerungsanstieg - von 2710 Einwohnern im Jahr 1831 auf 18680 Einwohner im Jahr 1923 - wird der Industrialisierung der Stadt, neben der im ganzen Land beginnenden Großstadtflucht, angerechnet.⁵⁶

Die ersten Spuren fabrikmäßiger Erzeugungen gehen in Mödling auf das Ende des 18. Jahrhunderts zurück: Im Jahr 1786 entstand in der Klostergasse 2 die Fabrik des Schweizer Seidenfabrikanten Giacomo Cagliano. Dreißig Jahre später gab es in der Stadt bereits sechs Fabriken.

In der Schillerstraße 79 siedelte sich das Baugeschäft und Sägewerk Schleußner an, das auch heute noch Bestand hat und in der Zwischenkriegszeit bereits auf eine erfolgreiche Firmengeschichte über drei Generationen verfügte. Neben dem Sägewerk wurde 1889 die mit 119 Arbeiterwohnungen ausgestattete größte Wohnhausanlage der Ersten Republik

⁵⁶ vgl. Schürff (1933), S. 52-53.

errichtet, die auch schon über eine eigene Wasserleitung und elektrische Beleuchtung verfügte.⁵⁷

Neben der Stadt Mödling breitete sich die Industrie ebenfalls weiter aus. So entstand im Jahr 1875 das Mödlinger Gaswerk in Maria Enzersdorf, einer Nachbargemeinde Mödlings. Dieses versorgte wenige Jahre später auch Maria Enzersdorf, Brunn am Gebirge, die Hinterbrühl und Gießhübl mit Gas. Am Ende der Zwischenkriegszeit zählte es - nach mehrmaligem Besitzerwechsel und der Umbenennung in „Mödlinger Gaswerke AG“ - zu einem der modernsten Gaswerke Österreichs.⁵⁸

Mödling galt schon in der Zwischenkriegszeit als Schul-Stadt und wurde diesem Ruf in der ersten Republik mit zehn Pflichtschulen, fünf öffentlichen Volksschulen, zwei öffentlichen Hauptschulen, zwei privaten, gemischt-geschlechtlichen Volksschulen und einer privaten Hauptschule, sowie einer Kinderkrippe und drei Kindergärten auch gerecht.⁵⁹

Von 1934 bis zur Machtübernahme Hitlers war Josef Lowatschek Bürgermeister in Mödling. Die Stadt war in seiner Amtszeit von schweren wirtschaftlichen Problemen gekennzeichnet. Verschiedene Aktionen zur Linderung der Not der Bevölkerung, wie die „Winterhilfe“, die im Winter 1934/1935 3085 Haushalten teilweise finanzielle Unterstützungen, teilweise auch Naturalspenden brachte, die durch Sammlungen im Bezirk und Zuteilungen aus dem Landeskomitee Niederösterreich bereitgestellt worden waren, wurden eingeführt.⁶⁰

Am 28. April 1935 nahmen etwa 25.000-30.000 Menschen an der Landestagung der Vaterländischen Front teil, bei der unter anderem auch

⁵⁷ vgl. Besler (1933), S. 218-221.

⁵⁸ ebd. vgl. S. 223.

⁵⁹ vgl. Stürzenbaum (1933), S.151.

⁶⁰ vgl. Györgyfalvay (1994), S. 82.

Bundeskanzler Kurt Schuschnigg, Vizekanzler und Bundesführer der Vaterländischen Front, Ernst Rüdiger Fürst Starhemberg, und der Niederösterreichische Landeshauptmann Josef Reither anwesend waren.⁶¹

Auf ganz Österreich verteilt gab es zwischen 1919 und März 1933 sogenannte „heiße Böden“, wobei Mödling dabei wohl der „heißeste“ war. Hier fanden nicht weniger als sechs Zusammenstöße statt. Die Kontrahenten hierbei waren die Nationalsozialisten und Deutschnationalen auf der einen Seite und die Marxisten - meistens Sozialdemokraten - und die Heimwehr auf der anderen Seite.⁶²

Warum es diese Aufteilung über das Land hinweg gab, kann nicht genau eruiert werden. Botz nimmt in seinem Werk „Gewalt in der Politik“ an, dass „im Zusammenhang mit der Entwicklung der Heimwehrebewegung die blutigen Zusammenstöße immer näher gegen die ‘roten‘ Hochburgen Wien, Wiener Neustadt und Graz heranrückten [...]“. Er sieht aber auch einen Zusammenhang der verstärkten Gewaltbereitschaft in Orten mit (historischer) Eisenindustrie. Als besonders gewaltfördernd scheint ihm die „räumliche Nähe von geschlossenen Gebieten mit meist eisenbearbeitenden und -erzeugenden Industrien und agrarischen Gebieten“ zu sein. Eine richtige Erklärung diesbezüglich kann aber nie definitiv festgestellt werden.

Bei diesen Zusammenstößen gab es immer Verletzte, manchmal sogar Tote. So kämpften am 20./21. Mai 1925 Anhänger einer völkisch-nationalen Wehrorganisation gegen sozialdemokratische Arbeiter. Dabei wurde der Sozialdemokrat Leopold Müller getötet und der Nationalsozialist Roland Steingruber schwer verletzt.

An den folgenden zwei Tagen, dem 22. und 23. Mai 1925 wurde der nationalsozialistische Josef Schulz von zwei sozialdemokratischen Arbeitern

⁶¹ vgl. Györgyfalvai (1994), S. 85-86.

⁶² vgl. Botz: Gewalt (1976), S. 247-248.

überfallen und schwer verletzt, sowie der Student Walter Schüller, der irrtümlich für einen Nationalsozialisten gehalten wurde, niedergeschlagen und ebenfalls schwer verletzt.

Am 24. März 1929 erfolgte ein Zusammenstoß von einer Abteilung der Heimwehr mit linksradikalen Arbeitern. Dabei wurde der Bürgermeister von Maria Enzersdorf, der gleichzeitig Heimwehrlführer war, schwer verletzt. Drei seiner Kameraden erlitten leichte Verletzungen.

Der nächste Vorfall ereignete sich zu Fronleichnam, am 2. Juni 1929 beim Umzug der „Kinderfreunde“. Hier wurden 3 Heimwehrlleute von sozialdemokratischen Ordnern verprügelt und ihr Kreisführer, Max Mandorf, schwer verletzt.

Auch im Bezirk Mödling kam es zu Zusammenstößen. So wurde am 19. August 1929 in Vösendorf drei Heimwehrlleute von sozialdemokratischen Arbeitern überfallen. Einer der Heimwehrlleute, Franz Janisch, der auch gleichzeitig Mitglied der NSDAP war, wurde durch Messerstiche tödlich verletzt und galt damit als erster „Blutzeuge“ der NSDAP.

Bei einem Überfall der Nationalsozialisten auf ein Vereinslokal der Sozialdemokraten in Mödling wurde am 3. November 1929 der Tischlergeselle Johann Piplits, Sozialdemokrat, schwer verletzt.

Erneut in Vösendorf geschah am 21. September 1930 ein Zusammenstoß von aufmarschierenden Heimwehrlleuten und sozialdemokratischen Ziegeleiarbeitern. Bei diversen Überfällen auf Häuser der Heimwehr, wurde ein Bewohner schwer, sechs weitere leicht verletzt.⁶³

Am 9. November 1930 stimmten bei der letzten freien Nationalratswahl in Biedermannsdorf 50,8% für den Wahlblock „Christlichsoziale und Heimwehr“. 39,6% der Stimmen gingen an die Sozialdemokraten. Die bei der Wahl zugelassenen Nationalsozialisten („Hitler-Partei“) erhielten hingegen nur 9 Stimmen und demnach kein Mandat im Nationalrat.

Zwei Jahre später, am 24. April 1932 erreichten die Nationalsozialisten in Biedermannsdorf hingegen schon 60 Stimmen, was bei 585 gültigen Stimmen

⁶³ vgl. Botz: Gewalt (1976), S. 263-269.

10,3% sind. Bei derselben Wahl erreichten die Christlichsozialen 47,2%, die Sozialdemokraten 35,9% und die Großdeutsche Volkspartei 3,8% der Stimmen. Diese Wahl zeigt sehr gut, die damalige politische Struktur Biedermannsdorfs. Das Ergebnis der Nationalsozialisten spiegelte auch deren Gesamterfolg in Niederösterreich wider und so zog die Partei mit acht Mandaten in den Landtag ein und besetzte sogar den Posten eines Landesrates.

1933 wurden dann nacheinander der Republikanische Schutzbund, die Kommunistische Partei und die Partei der Nationalsozialisten verboten. 1934 geschah dies auch mit der Sozialdemokratischen Partei und die Christlichsoziale Partei ging in der „Vaterländischen Front“ auf.⁶⁴

⁶⁴ vgl. Stiglbauer (2004), S. 231.

2. Änderungen nach der Eingemeindung

2.1 Neues Verwaltungspersonal in ganz Österreich

In ganz Österreich standen an der Spitze der neuen Reichsgaue jeweils Reichsstatthalter. Diese waren gleichzeitig Gauleiter der jeweiligen NSDAP-Organisation und unterstanden den Reichsministern. Sie übten im Gau die staatliche Verwaltung aus, besaßen aber gegenüber Post, Finanz, Justiz und Bahn ein eingeschränktes Weisungsrecht. Die Wehrmacht war der Befugnis des Reichsstatthalters komplett entzogen. Statt der ursprünglichen Bezirkshauptleute und Bürgermeister in den Statuarstädten, waren hier nun Landräte und Oberbürgermeister im Dienst.⁶⁵

2.1.1 Änderungen des Personals in Niederösterreich

Zu Personalrochaden in Niederösterreich kam es bereits im März 1938. Der neue niederösterreichische Landeshauptmann und Gauleiter Dr. Roman Jäger ersetzte die ursprünglichen Mitglieder der Landesregierung durch Nationalsozialisten. So wurden beispielsweise die obersten Beamtenposten, die Präsidialabteilung und die Stellen der Regierungsdirektoren von Personen übernommen, die bereits vor dem „Anschluss“ dort tätig gewesen waren und als „alte Kämpfer“ oder ehemals „illegale Nationalsozialisten“ galten. Der erste Spitzenbeamte, der ersetzt wurde, war der Sicherheitsdirektor von Niederösterreich, der seinen Platz bereits am 11. März 1938 einem Parteimitglied der NSDAP frei machen musste.

Bereits ab Herbst 1938 gehörten etwa zwei Drittel der leitenden Referenten in den Landesämtern der NSDAP an und insgesamt waren Dreiviertel der leitenden Positionen der Verwaltung neu besetzt worden.⁶⁶

⁶⁵ vgl. Lind (2007), S. 17.

⁶⁶ vgl. Seliger (2000), S. 250-253.

Auch Dr. Jäger wurde durch Dr. Hugo Jury ersetzt, der ursprünglich Lungenfacharzt in St. Pölten gewesen war. Er blieb als Gauleiter und Landeshauptmann, später Reichsstatthalter, bis 1945 im Amt in Niederösterreich.⁶⁷

2.1.2 Neues Personal in Mödling

Wie im übrigen Niederösterreich, wurden natürlich auch im Bezirk Mödling die Politiker nach und nach von Nationalsozialisten verdrängt. Ein Bericht der Mödlinger Nachrichten zeigt auf, wer seinen Platz räumen sollte. So wurde dem Bezirksleiter Dr. Pischhof und dem Hauptgruppenleiter der Vaterländischen Front geraten „sich zur Verfügung zu stellen“. Es ist aus der Literatur aber nicht herauszulesen, ob diese „nur“ von ihren Posten verdrängt wurden, oder auch verhaftet bzw. in Konzentrationslager eingewiesen wurden.

An der folgenden Tabelle erkennt man sehr gut, dass fast alle Bürgermeister ausgetauscht wurden:⁶⁸

Ortsgemeinde	Bisheriger Bürgermeister	Neuer Bürgermeister
Achau	Lorenz Stummer	Johann Traumüller
Biedermannsdorf	Hans Thornton	Gustav Thornton
Brunn am Gebirge	Adolf Sterz	Heinrich Rery
Dornbach	Heinrich Geyer	Heinrich Geyer
Gaaden	Michael Rankl	Karl Dorner
Gießhübl	Fritz Birchner	Karl Och
Grub	Franz Macher	Josef Bernhard
Gumpoldskirchen	Rudolf Rasser	Friedrich Taufrazthofer
Guntramsdorf	Ludwig Gansterer	Karl Kasper

⁶⁷ vgl. Lind (2007), S.16.

⁶⁸ vgl. Schalling (2002), S. 10: Mödlinger Nachrichten (12/1938), S. 2.

Ortsgemeinde	Bisheriger Bürgermeister	Neuer Bürgermeister
Hennersdorf	Franz Täufer	Josef Petzelberger
Hinterbrühl	Hans Sittner	Alfred Rückershäuser
Maria Enzersdorf	Karl Huber	Josef Feistauer
Mödling	Josef Lowatschek	Gustav Hartmann
Sittendorf	Georg Sulzer	Georg Sulzer
Sulz im Wienerwald	Dir. Alois Kutsam	Hans Kriegelstein
Wiener Neudorf	Karl Brudl	Johann Straub
Wöglerin	Georg Röger	Rudolf Eder

Auch der Bürgermeister Mödlings wurde ersetzt. Über Gustav Hartmann, der am 25. April seinen 43. Geburtstag feierte, konnte man in einem Artikel in der „Wienerwald Post“, der anlässlich seines Ehrentages gedruckt wurde, nur Gutes lesen:

„Sein Wirken in Mödling ist der breiten Massen noch zu bekannt, als daß diese zu erfassen möchte, was dieser Mann in unermüdlicher Arbeitsleistung für sie schafft. Aber alle, die schon die Gelegenheit gehabt haben, mit diesem vornehmen, jeder Bevorzugung und Sonderstellung abholden, grundgütigen Menschen, der nichts sein will als ein Diener an der Gemeinschaft und ein Soldat seines Landes, in Berührung zu kommen, wissen, daß hier der rechte Mann am rechten Platze steht. Seine vorbildliche und überaus liebenswürdige Art, die es versteht, auch das Unvermeidbare mit dem Mantel zutiefst verankerter Menschlichkeit zu umkleiden und seine wertvollen Fähigkeiten, die ihm helfen alles an Schwierigkeiten zu einem guten Ende zu bringen [...]“⁶⁹

⁶⁹ zitiert nach Schalling (2002), S. 11: Wienerwald Post (19) 1938. S. 6.

Diese „Lobeshymne“ kann als eine Art Propagandatext verstanden werden, da bereits durch die Einführung der Vorzensur am 7. März 1933 die Pressefreiheit in Österreich quasi nicht mehr vorhanden war. Bereits kurz nach dem „Anschluss“ waren viele Journalisten in Schutzhaft genommen, aber nur wenige Zeitungen komplett eingestellt worden.⁷⁰

Leider konnte der Literatur nicht entnommen werden, wie Hartmanns Leben nach 1945 weiterging.

⁷⁰ vgl. Hausjell (2000), S. 627.

2.2 Dienststellen

2.2.1 Die Arisierungsbehörde

Die in Wien stationierte Vermögensverkehrsstelle verwaltete zunächst die ersten Arisierungen jüdischen Besitzes, die durch amtliche und bürokratische Verfahren diesen „Vorgängen“ einen Anschein von Legalität verliehen. Wurde eine Wohnung oder ein Geschäftslokal einem Juden „abgekauft“, natürlich weit unter Wert, so geschah das über eben diese Stelle, die einen Großteil des Geldes als Steuern oder Abgaben abführte und wenn überhaupt nur einen sehr geringen Teil an den ehemaligen Inhaber auszahlte. War dieser bereits ins Ausland geflohen, so wurde dessen Vermögen beschlagnahmt, er ausgebürgert und zu Gunsten des Staates enteignet. An dieser Stelle soll aber festgehalten werden, dass die Arisierungen nicht nur die jüdische Bevölkerung betrafen. Auch Menschen anderer Konfessionen wurden im Dritten Reich verfolgt, meist auf Basis der „Nürnberger Gesetze“.

Wurde nun ein Unternehmen arisiert, so wurde dieses von einer nichtjüdischen Firma oder Person weitergeführt. Dem gegenüber standen die liquidierten Betriebe, die geschlossen wurden. Der in der Literatur oft verwendete Begriff der „freiwilligen Arisierung“ muss mit Vorsicht betrachtet werden. Von Jänner 1933 bis November 1938 erfolgten viele „Verkäufe“ von jüdischem Eigentum, aber natürlich nicht in dem Sinn, dass ein Geschäft in einer freien Gesellschaft getätigt wird. Jüdische Besitzer standen auch in dieser Zeit unter massivem Druck, hatten aber - im Vergleich zur Zeit nach November 1938 - noch eine Art Handlungsspielraum. Mit potenziellen „Ariseuren“, wie etwa Nachbarn, Freunden oder Bekannten konnten hin und wieder Absprachen getroffen werden, die in den Zeiten der Zwangsarisierung sicher nicht mehr passierten. In der Zeit nach November 1938 durften Juden nicht mehr an den „Verkaufsverhandlungen“ teilnehmen, da ihre Rechte nicht mehr wahrgenommen wurden.⁷¹

Kurz nach dem „Anschluss“ setzten auch „wilde Arisierungen“ ein, bei denen sich Nationalsozialisten ohne „Kaufverträge“ in jüdischen Betrieben als

⁷¹ vgl. Lind (2007), S. 17-18.

Verwalter einsetzten oder von diversen Dienststellen dort eingesetzt wurden. Dem wurde mit der Erfassung von „beschlagnahmtem“ Vermögen im Sommer 1938 ein Ende gesetzt, da man weitere willkürliche Einziehungen verhindern wollte. Durch die Einführung der „Zwangsarisierungen“ wurde der „Entjudungsprozess“ beschleunigt, der von den zuständigen Ministerien ungeduldig erwartet wurde. Nun konnten Fristen gesetzt werden um die Arisierungen planmäßig abwickeln zu können. Allerdings gab es diesbezüglich gröbere Auffassungsunterschiede innerhalb der Partei, die einen standen auf Seiten der Kleinunternehmer, aber mit Hermann Göring, der auf Seiten der Großindustrie stand, hatten sie einen starken Gegner.

Diese Phase der Zwangsenteignungen startete mit einer Verordnung des Innenministeriums, das zur Anmeldung von jüdischem Vermögen aufforderte. Dafür verantwortlich zeigte sich in Österreich Reichskommissar Bürckel. Aus Niederösterreich wurden RM 83.193.000.- gemeldet, die mit Ausnahme von Wien, die höchste Summe Österreichs ausmachte.⁷²

Die „Vermögensverkehrsstelle“ im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit wurde vom „Staatskommissar in der Privatwirtschaft“ und Gauwirtschaftsberater der Wiener NSDAP, Dipl. Ing. Walter Rafelsberger geleitet. In der Landeshauptmannschaft Niederdonau gab es eine „Dienststelle für den Vermögensverkehr“, die zur Aufgabe hatte, „Arisierungsansuchen“ vorzubereiten, die Liegenschaften, Gewerbe- und Handelsbetriebe betrafen. Weiters wurden von hier aus gesammelte Akten nach Wien transportiert. Die bereits erwähnte Erfassung jüdischen Eigentums, wurde auch hier bearbeitet. Die Beamten der Magistrate oder Bezirkshauptmannschaften sollten dafür Listen über sämtliche jüdische Gewerbebetriebe erstellen. Da diese Listen unter großem Zeitdruck entstanden, kam es immer wieder zu Fehlern. Daher sind sie auch oft nicht vollständig. Trotzdem bieten sie einen guten Einblick und vielfach Hinweise auf die Schicksale der jüdischen Bewohner der Bezirke Niederösterreichs.⁷³

⁷² vgl. Lind (2007), S. 18-20.

⁷³ ebd., S. 25-27.

2.2.2 Die Rüstungskommission in Mödling

Das österreichische Bundesheer wurde nach dem Einrücken der deutschen 8. Armee der deutschen Wehrmacht eingliedert, so auch das ehemalige im Bundesministerium für Landesverteidigung untergebrachte „Kriegswirtschaftsamt“. Zunächst umbenannt in „Wehrwirtschaftsstab Zweigstelle Wien“, sollte sie „brauchbare“ Offiziere in die neuen deutschen Wehrwirtschaftsdienststellen übergeben, die laut einem Befehl des Oberkommando der Wehrmacht (=OKW) vom 17. März 1938 zu bilden waren. Dem Befehl zufolge wurde die Wehrwirtschaftsinspektion XVII mit den Wehrwirtschaftsstellen Linz, Wien I und Wien II befohlen, von denen Wien II schließlich in Mödling untergebracht wurde. Am 1. April 1938 nahm diese ihre Tätigkeit auf. Die Hauptaufgaben dieser Inspektionen waren die Mithilfe bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, der Nutzbarmachung der gesamten Wirtschaft für die Wehraufgaben und die Erkundung geeigneter Rüstungsbetriebe und deren Belegschaft. Industrie, die von den Wehrwirtschaftsstellen betreut wurde, begann demnach ständig steigend für die deutsche Rüstung zu arbeiten.⁷⁴

Geleitet wurde diese Kommission vom 1. Jänner 1938 bis zum 1. Jänner 1940 von Major Mathias und vom 2. Jänner 1940 bis zum 31. Oktober 1943 von Oberstleutnant Freiherr von Schrötter, der am 1. September 1940 zum Oberst ernannt wurde. Danach übernahm Oberst Herrosé den Dienst.

Die gesamte Rüstungsorganisation war von 1939 bis 1943 in vier Abteilungen der Rüstungsinspektion (Heer, Luftwaffe, Marine, Verwaltung) und zwei Gruppen (Heer, Luftwaffe) und eine Zentralgruppe (Sicherung der Arbeitskräfte, Arbeitseinsatz, Technische Nothilfe, Verkehr, Treibstoff, Auskämm-Kommission, Kriegswirtschaftliche Fragen) des Rüstungskommandos geteilt.

Ab 1943 gab es in der Rüstungsinspektion fünf Abteilungen (Heer, Marine, Luftwaffe, Verwaltung, Technische Betriebsbereitschaft) und eine Gliederung in Adjutantur und die Zentralabteilung (hier folgende Gruppen: Organisation, Arbeitseinsatz, Abwehrfragen, Transport und Verkehr, Mineralöl, Zulieferung)

⁷⁴ vgl. Schausberger (1970), S. 29-30.

und im Rüstungskommando neben der unveränderten Zentralgruppe ebenfalls eine Adjutantur und nun sieben Gruppen (Heer, Marine, Luftwaffe, Verwaltung, Endfertigung, Zulieferungsindustrie, Technische Betriebsbereitschaft).⁷⁵

2.3 Straßennamen

Neben der Umbenennung einer Straße - die „Dr. Seipelgasse“ hieß ab sofort „Anton-Weber Gasse“ - wurden auch die Namen von zwei Plätzen geändert: der ehemaligen „Dr.-Dollfuß-Platz“ wurde wieder zum „Schrannenplatz“ und auch der „Franz-Josefs-Platz“ erhielt einen neuen Namen. Das folgende Telegramm erschien am 20. März 1938 in der Zeitung „Wienerwald Post“. Darin richten sich der neu eingesetzte Bürgermeister Gustav Hartmann und dessen Stellvertreter Thomas Tamussino an ihren „Führer“ Adolf Hitler:

„An den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler, Wien.

Die Stadtgemeinde Mödling begrüßt in schwerster Kampfzeit als einzige Stadt Oesterreichs nach der Machtübernahme im Reiche die deutschen Minister Kerrl und Frank. Am Tage der Erfüllung unser sehnlichsten Wünsche in Oesterreich grüßt die Stadtgemeinde den Führer des deutschen Volkes und veranlaßt unter Einem, daß zur immerwährenden Erinnerung an die große Stunde Mödlings größter Platz den Namen Adolf-Hitler-Platz erhält. Wir bitten um Kenntnisnahmen. Heil Hitler Hartmann, Tamussino“⁷⁶

Die darin erwähnten „Minister Kerrl und Frank“ sind Hans Kerrl, der damalige Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten, der unter anderem für die Gleichschaltung der Kirchen im Deutschen Reich verantwortlich war, und Hans Frank, der als höchster Jurist im Dritten Reich die Gleichschaltung der Justiz

⁷⁵ vgl. Schausberger (1970), S. 188-189.

⁷⁶ Wienerwald Post (1938), S. 2.

organisierte und später als Generalgouverneur des besetzten Polens eingesetzt war.⁷⁷

Neben diesen Umbenennungen im Stadtbild Mödlings konnten keine weiteren Änderungen von Straßen oder Plätzen festgestellt werden. Auch über mögliche Entfernungen von Denkmälern, etc. wurde in der Literatur nichts gefunden.

Zu den heutigen Gedenkstätten im Bezirk Mödling empfiehlt es sich das Buch von Heinz Arnberger und Claudia Kuretsidis-Haider „Gedenken und Mahnen in Niederösterreich“ anzusehen.

2.4 Verkehrswege - Die Reichsautobahn

Die bedeutendsten Bauvorhaben im Dritten Reich waren wohl die Rüstungsanlagen, die Militäreinrichtungen und die Reichsautobahn. Letztere zählte zu dem ehrgeizigen Projekt, ein Netz aus leistungsfähigen Schnellstraßen im ganzen Reich zu errichten. Innerhalb von nur 5 Jahren wurden 3.000 Straßenkilometer gebaut. Damit wurde das Projekt im Gegensatz zu vielen anderen Plänen der nationalsozialistischen Regierung, zumindest größtenteils umgesetzt. Bis heute zählen die „Straßen des Führers“ noch unter vielen Zeitzeugen als das „gute Werk“ Hitlers.⁷⁸

Der erste Spatenstich erfolgte am 23. September 1933 bei Frankfurt am Main und Hitler grub hier tatsächlich selbst vor laufenden Kameras die ersten Erdhaufen aus. Die Bedeutung der Reichsautobahn erreichte in der Selbstdarstellung des Dritten Reiches heroische, fast mystische Dimensionen und im In- und Ausland galt sie als Wundermittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Führung der Nationalsozialisten war sich natürlich des psychologischen Wirkungswertes des Autobahnprogrammes bewusst, baute diesen systematisch weiter aus und stellte ihn als Beweis für die gesellschaftliche Wirkungskraft des Nationalsozialismus in den Vordergrund.

⁷⁷ vgl. Klee (2011), S. 160, 305.

⁷⁸ vgl. Weihsmann (1998), S. 124.

Natürlich war der Plan zum Bau der Autobahn aber nicht nur aus verkehrstechnischen oder werbewirksamen und populistischen Gründen ausgearbeitet worden, man hatte vielmehr die Belebung der Bau- und Automobilindustrie aus wirtschaftlicher und die Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten aus propagandistischer Sicht in den Vordergrund gestellt.⁷⁹

Adolf Hitler hatte der Reichsautobahn schon sehr früh eine große politische Bedeutung zugestanden. Neben dem zukünftig ausgebauten Schienennetz sollten so auch größere Distanzen im ganzen Reich relativ schnell zurück gelegt werden können. Bereits im Jahr 1933 wurde im Deutschen Reich eine eigene Organisation für den Autobahnbau eingerichtet. So standen Ende 1938 bereits etwa 3.000 km Autobahn im Deutschen Reich zur Verfügung.⁸⁰

Nach dem „Anschluss“ Österreichs glaubte die Bevölkerung, dass auch hier bald der Bau der großen Autobahn beginnen würde. Hitler nahm dann auch am Walsertal, also an der heutigen deutsch-österreichischen Grenze, am 7. April 1938 die feierliche Grundsteinlegung vor und kündigte gleichzeitig die verkehrsmäßigen Anbindung an das reichsdeutsche Autobahnnetz für den April 1941 an. Dementsprechend sollten die drei neuen Strecken Salzburg (bzw. Schärding) - Linz - Wien, Wien - Wiener Neustadt - Radstadt - Salzburg (mit Stichbahn nach Graz) und Kufstein - Schwaz - Innsbruck - Brenner (mit Anschluss an Italien und an die Reichsautobahn München - Rosenheim - Salzburg), insgesamt etwa 1100km, in den folgenden drei Jahren fertiggestellt werden. Begonnen wurde mit dem ersten Teilstück von der Anschlussstelle Walsertal nach Salzburg.⁸¹

In Österreich war von Anfang an, im Gegensatz zum zweispurigen Autobahnbau in Deutschland, eine dreispurige Fahrbahn geplant worden.

⁷⁹ vgl. Weihsmann (1998), S. 124-125.

⁸⁰ vgl. Stiglbauer (2004), S. 317.

⁸¹ vgl. Weihsmann (2004), S. 142.

An vielen Stellen, an denen die neue Autobahn entstehen sollte, wurden große Bautafeln angebracht und im Wiener Rathaus fand im April 1938 eine Propaganda-Ausstellung zum Thema „Die Straßen Adolf Hitlers“ statt. Demnach sollte neben den drei neuen Hauptstrecken auch eine Verlängerung der „Deutschen Alpenstraße“ von Berchtesgarden nach Salzburg mit Autobahnanschlussstelle bei Gröding und Bad Reichenhall, damit die Verbindung Salzburg - Linz - Wien und die Linienführung Salzburg - Klagenfurt - Graz - Wien hergestellt werden könnte, gebaut werden. Weiters sollte im „Salzburger Dreieck“ bei Gois eine Streckenverteilung entstehen, damit über Golling und Radstadt ins Ennstal, über den Katschberg nach Klagenfurt und in Liezen an die Linie Graz - Pyhrnpass - Linz Straßen angeschlossen werden konnten. Eine weitere Strecke wurde über Linz (mit Anschluss an Passau) nach Wien geplant, die sich in Melk, auf Straßen nach Krems über Pöchlarn und Melk und nach Vösendorf (Anschlussstelle an die Hauptstrecke Wien - Graz) über Alland, Heiligenkreuz, Sittendorf und Mödling, teilen sollte. Auch am Knotenpunkt Salzburg sollten mehrere Anschlussstellen erbaut werden, dies hätte aber eine Zerstörung der Kulturlandschaft zur Folge gehabt. Proteste von Seiten der Anrainer, Bauern und Grundstücksbesitzer gegen die Landenteignungen und Bauvorhaben um Salzburg, wurden zwar von der hiesigen Gauleitung unterstützt, blieben aber ohne Erfolg. Der Krieg brachte das Vorhaben dann aber ohnehin zu Fall.⁸²

Bei Mödling - genauer bei Wien-Vösendorf - sollte die Schnittstelle zwischen der Reichsautobahn aus dem Wiener Raum über das „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“ nach Breslau (heute Wrocław in Polen) und weiter nach Berlin, der Reichsautobahn von München über Salzburg nach Wien und jener von Wien Richtung Italien und Jugoslawien entstehen. An diesem Autobahnknoten sollte eine Drehscheibe von europäischer Bedeutung entstehen.

⁸² vgl. Weihsmann (1998), S. 142.

Die Westautobahn sollte der ursprünglichen Planung nach über Alland - Heiligenkreuz - Gießhübl ebenfalls im Knoten Vösendorf münden. Heute ist dieser Streckenabschnitt als A21 - die Wiener Außenringautobahn - bekannt.

Die geplante Reichsautobahn nach Süden sollte die Gemeinde Biedermansdorf durchschneiden. Hier begannen schon im Sommer 1938 die ersten Bauarbeiten, diese wurden aber bald wieder unterbrochen. Jahrelang zeugten so nur große Abtragungen des Erdreichs vom Plan der Autobahn. Nachdem Ende der fünfziger Jahre die Bauarbeiten wieder aufgenommen worden waren, wurde der erste Teilabschnitt Vösendorf - Leobersdorf am 26. Mai 1962 feierlich eröffnet.⁸³

2.5 Neue Industrie in Niederdonau

Die Thematik dieses Unterkapitels wird in der Literatur zwar sehr gut aufgearbeitet, ein möglicher Zusammenhang zwischen der verstärkten Ansiedelung der Industrie und der Eingemeindung kann aber ebenfalls nicht eindeutig geklärt werden. Allerdings liegt es gerade bei diesem Thema nahe, dass die Eingemeindung sehr wohl eine Rolle gespielt hat. Die durch die Eingemeindung für Wien gewonnenen Großflächen konnten wahrscheinlich sehr einfach als Industriestandorte genutzt werden, da die nahe Großstadt über eine Vielzahl an Arbeitskräften verfügte und die neuen Fabriken und Werkstätten schnell an die bereits vorhandene Infrastruktur angeschlossen werden konnten.

2.5.1 Die Flugmotorenwerke Ostmark und das KZ Wiener Neudorf

Im Nachbarort Mödlings, Wiener Neudorf, wurde im Jahr 1941 mit dem Bau eines gigantischen Industriekomplexes begonnen: den Flugmotorenwerken Ostmark. Hier sollten mit Hilfe der modernsten Fließbandproduktion 1000 Flugzeugmotoren pro Monat hergestellt werden. Ursprünglich hätte das Werk in Straßburg errichtet werden sollen, durch die Interventionen des österreichischen Konstrukteurs Ferdinand Brandner, der den Flugmotor, der nun hergestellt werden sollte, entworfen hatte, wurde es aber nach Wiener

⁸³ vgl. Stiglbauer (2004), S. 317-320.

Neudorf verlegt um außerhalb der Reichweite der alliierten Bomberverbände zu liegen - diese operierten damals von England aus. Die Errichtung des Werkes wurde von der deutschen Luftfahrt finanziert, die Kosten für den Bau und Betrieb trug die Firma Junkers Flugzeug- und Motorenwerk AG, die auch den Motor konstruiert hatte. Der hier gebaute Motor sollte bei den neuen Langstreckenbomben „Ju-288“ eingesetzt werden, die für Angriffe auf England vorgesehen waren. Das neue Werk sollte nicht nur das größte und modernste Flugmotorenwerk der Welt sein, der Aufbau alleine erfolgte in Rekordzeit. Bevor es noch fertig war, wurden schon die ursprünglich geplanten Produktionskapazitäten erhöht. Dies geschah auf Grund der bekanntgewordenen Produktionszahlen aus Amerika und England. Die Entscheidung, die erste Ausbaustufe, bei der 500 Motoren produziert werden sollten, zu überspringen und gleich bei einer 1000-Motorenproduktion einzusteigen, würde sich noch als große Schwierigkeit beim Beginn der Herstellung herausstellen.

Zum Bau eines so großen Werkes, mit dem der „Baustab Speer“ beauftragt wurde, benutzte man - als technische Neuheit der damaligen Zeit - Betonfertigteile. Trotzdem sollte der Bau „in sparsamster und primitivster Bauart“ durchgeführt werden.⁸⁴

Bald stellte sich aber heraus, dass der neue Motor nicht zur vorgegebenen Zeit Serienreife erlangen würde. Da auch die Geschäftsführung der Firma Junkers nur vage Zeitangaben präsentieren konnte, wurde der Bau einstweilig durch das Reichsluftfahrtministerium gestoppt. Ab September 1941 sollten stattdessen die neuen Daimler-Benz Motoren DB-603 hergestellt werden. So gelangte das Werk in den Einflussbereich des Daimler-Benz-Konzerns. Da auch dieser neue Motor noch nicht für die Serienproduktion geeignet war, liegt die Vermutung nahe, dass weniger technische, als vielmehr industriepolitische Motive zu diesem Wechsel führten. Dieser Umstand sollte noch größere Schwierigkeiten für das Flugmotorenwerk Ostmark mit sich bringen.⁸⁵

⁸⁴ vgl. Perz (1990), S. 105-107.

⁸⁵ ebd. vgl. (1990), S. 108-109.

Das Richtfest des Werkes fand im Oktober 1941 statt. Trotz der Produktionsumstellung, die eine zeitliche Verzögerung mit sich gebracht hatte, bestand das Reichsluftfahrtministerium auf der Einhaltung des ursprünglichen Zeitplanes. Darüber hinaus sollte die Produktion auf 1.200 Stück der Motoren ausgeweitet werden. Zwar stimmte das Management dieser Erhöhung noch zu, da der Bau der Daimler-Benz Motoren weniger Werkzeugmaschinen benötigte, als jener der Junkers Motoren, der weitere Aufbau und schließlich auch die Inbetriebnahme erwiesen sich aber noch als überaus schwierig.

Der kriegsbedingte Aufwand an Ressourcen und Menschen für das Militär war durch das Scheitern des „Blitzkrieges“ und die damit verbundene Umstellung der Kriegsführung deutlich in die Höhe geschneilt. Durch die Verlegung der west- und norddeutschen Rüstungsbetriebe in den „luftsichereren“ Südostrum des Landes, wurden diese Entwicklungen zusätzlich verstärkt.

Die Bauarbeiten am Werk, die zu einem Großteil von ausländischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen geleistet wurden, gerieten immer wieder ins Stocken. Trotz massiver Strafandrohungen bei Arbeitsniederlegungen kam es auf Grund der schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen unter den Arbeitern immer wieder zu Verweigerungen.

Sehr häufig wies das Reichsluftfahrtministerium auf „die kriegsentscheidende“ Bedeutung des Werkes hin und verlangte einen „beschleunigten Anlauf“ der Produktion. Bis Anfang 1943 konnte das Werk zu 90% fertiggestellt werden.⁸⁶

Nachdem es dem Management, das wie bereits erwähnt aus Mitarbeitern des Daimler-Benz Konzerns bestand, bis 1943 nicht gelungen war einen einzigen kompletten Motor zu produzieren, wurde der Generaldirektor der Steyr-Daimler-Puch AG, Dr. Georg Meindl als kommissarischer Leiter der Flugwerke Ostmark von Reichsluftfahrtminister Hermann Göring bestellt. Meindl verfügte über enge Kontakte zur SS und nutzte diese in einem Schreiben an Reichsführer SS Heinrich Himmler, in dem er um Bereitstellung von 2.000 Häftlingen und die Erbauung eines Konzentrationslagers bat. Sein Wunsch wurde erfüllt - nur zwei Wochen nach seinem Brief, am 2. August 1943, wurde ein „Aufbaukommando“

⁸⁶ vgl. Perz, S. 110-112.

mit 203 Häftlingen des Konzentrationslagers Mauthausen bereitgestellt. Nach weiteren Transporten aus Mauthausen befanden sich am Ende des Monats bereits über 1.000 Häftlinge im KZ Wiener Neudorf. Am 20. Oktober 1944 erreichten diese Zahlen mit 2.956 Häftlingen ihren Höchststand. In der Zeit bis zur Auflösung des Konzentrationslagers starben mindestens 207 Häftlinge oder wurden getötet, 39 gelang die Flucht.

Nachdem die 15. US-Luftflotte am 26. Juli 1944 bei einem großangelegten Luftangriff das Konzentrationslager schwer beschädigt hatte, musste es in den Nordosten des Werks in das Betriebsarbeitslager III verlegt werden.⁸⁷

Bereits nach den Luftangriffen vom November 1943 war der Auftrag erteilt worden, eine Verlegung ihrer Produktionen in bombensichere Unterkünfte zu organisieren. Unter Einsatz von KZ-Häftlingen wurde in der Nähe von Melk eine große Stollenanlage gebaut, die die Produktion nun beherbergen sollte. Ursprünglich sollten Teile der Flugwerke Ostmark vorübergehend in einer unterirdischen Anlage in Dubnica, in der Slowakei, untergebracht werden, im Sommer 1944 wurde dieser Ort jedoch als endgültiger Verlagerungsort bestimmt.⁸⁸

Im Lager gab es eine große Durchmischung an Nationalitäten, die größten Gruppen kamen aus Jugoslawien, Polen, der Sowjetunion und aus Deutschland. Auch einige Österreicher waren unter den Insassen.

Die Überlebensrate war in diesem KZ größer als in vielen anderen. Dies ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass der größte Teil der Häftlinge in Fabrikhallen arbeitete und so vor schlechten Witterungsbedingungen geschützt war. Manche Häftlinge waren durch ihre Qualifikation für die Firma besonders wertvoll und nur schlecht zu ersetzen. Zunächst arbeiteten sie in erster Linie an der Errichtung des großen Werkbunkers, später auch in der Produktion.⁸⁹

⁸⁷ vgl. Perz (2006), S.461- 462.

⁸⁸ vgl. Perz (1988), S. 114-115.

⁸⁹ vgl. Perz (2006), S. 462.

Die Leitung des KZ hatte SS-Obersturmführer (bzw. ab 9. November 1944 SS-Hauptsturmführer) Kurt Schmutzler inne. SS-Unterscharführer Rudolf Lamm war als Rapportführer eingeteilt. Die Bewachung oblag zunächst der 2. Kompanie des SS-Wachsturmbannes Mauthausen, nach deren Verlegung in das KZ Ebensee, übernahmen Soldaten der Luftwaffe die Wachmannschaften. Unter ihnen gab es eine Hundestaffel, die aus acht bis zwölf SS-Hundeführern zusammengesetzt war und teils zur Absicherung des Werkes oder einzelner Arbeitskommandos, teils zur Suche flüchtiger Häftlinge eingesetzt wurden. Nachdem die sowjetische Truppen am 2. April 1945 bis auf wenige Kilometer an das Lager herangekommen waren, wurde dieses evakuiert. Die Häftlinge wurden auf einen Marsch geschickt, der zunächst nach Kirchbichl in Tirol führen sollte, da die Flugmotorenwerke Ostmark Teile ihrer Arbeitsstätten im Frühjahr 1945 dorthin verlegt hatten. Während des Marsches wurde das Ziel aber auf Grund der Kriegsentwicklungen in das KZ Mauthausen abgeändert und mit Tagesdistanzen von bis zu 30 Kilometern am 13. April erreicht. Mehr als 50 Häftlinge konnten flüchten, weit mehr wurden auf Grund ihrer Erschöpfung erschossen.⁹⁰

2.5.2 Die Seegrotte in der Hinterbrühl und das Außenlager

Wien-Floridsdorf

Das ehemalige Gipswerk „Seegrotte“ in der Hinterbrühl bei Mödling wurde bereits im August 1943 vom Wehrwissenschaftlichen Institut für Karst- und Höhlenforschung als unterirdische Produktionsstätte für die Rüstungsindustrie als geeignet eingestuft. Im Februar 1944 begannen dort genauere bautechnische und betriebliche Untersuchungen, die vom Arbeitsstab U, also dem Arbeitsstab für Unterirdische Verlagerung, unter Prof. Rimpl geleitet wurde. Zunächst wurde geplant, die Grotte der Firma Telefunken zur Verfügung zu stellen, für den Bau elektronischer Geräte entpuppte sie sich aber bald als zu feucht. Daher wurde Ende Mai die Höhle der Firma Heinkel zugesprochen und ab Juni 1944 zunächst ausgepumpt und nach und nach für die Produktion adaptiert. Die

⁹⁰ ebd. vgl. S. 462-463.

Produktionsstätte lief unter dem Tarnnamen „Languste“. Ende September 1944 waren etwa 12.000 m² Fertigungsfläche in der unterirdischen Fabrik fertig.⁹¹

Das Konzentrationslager Mauthausen hatte unter anderem ein Außenlager in Wien-Schwechat. Dieses bestand vom 30. August 1943 bis zum 13. Juli 1944. Gleich daneben befand sich das Werk der Firma Ernst Heinkel AG.

Das Hauptwerk der Firma Heinkel hatte wegen der drohenden Luftangriffe Teile des Unternehmens nach Wien verlegt. In Wien-Schwechat wurde der ehemalige Fliegerhorst Schwechat-Heidfeld adaptiert. Zunächst fanden hier die Endmontagen des Bombers He-177 und des Versuchsmusters der He-277 statt. Später war das Werk in Schwechat für die Produktion eines Nachtjägers, des He-219 vorgesehen.

Ein großer Arbeitskräftemangel wurde vom Werk durch den Einsatz von Häftlingen aus Konzentrationslagern ausgeglichen. Der erste dazu bereitgestellte Transport aus Mauthausen kam am 30. August 1943 mit 92 Menschen an. Bis zum Ende des Jahres 1943 befanden sich etwa 2.000 Häftlinge im Lager Wien-Schwechat und Mitte April des Folgejahres erreichten die Zahlen mit 2.639 Gefangenen den Höchststand.

Am 23. April 1944 wurden beim ersten Luftangriff auf das Lager 46 Häftlinge und 16 SS- bzw. Luftwaffenangehörige getötet. Unter ihnen war auch der Kommandoführer Erich Engelhardt. Wenige Wochen später - am 26. Juni 1944 erfolgte ein zweiter Angriff, nachdem ein Totalausfall des Werkes durch die Firma Heinkel gemeldet wurde. Bei diesem Angriff starben mindestens 128 Häftlinge. Vorbereitungen zur Verlagerung des Werkes hatten bereits nach dem ersten Luftangriff begonnen, nach der zweiten Attacke wurden sie umgesetzt. Bereits seit Mai 1944 war dem Werk die Seegrotte in der Hinterbrühl bei Mödling als unterirdische Produktionsstätte zugesprochen worden. Da sie zum Zeitpunkt der geplanten Verlegung aber noch nicht fertig für die Produktion adaptiert war, wurde diese zunächst auf mehrere Brauereikeller in Wien

⁹¹ vgl. Perz (2006), S. 449-450.

aufgeteilt. Nachdem nun das Werk verlegt worden war, wurde auch das Außenlager Wien-Schwechat nach Wien-Floridsdorf umgesiedelt.⁹²

Die dort gefangenen Häftlinge wurden auf fünf Arbeitskommandos aufgeteilt, bei denen sie auch außerhalb der Arbeitszeiten verblieben.⁹³

Da die Häftlinge vor Ort verbleiben, und nicht jeden Tag von Floridsdorf nach Mödling-Hinterbrühl gebracht werden sollten, wurde gegenüber in der Johannesgasse ein Barackenlager errichtet, indem nach der Fertigstellung die Mehrzahl der Häftlinge aus Floridsdorf untergebracht waren.

Die Serienproduktion der He-162, eines Kleinstjägers mit Stahltriebwerk, startete am 1. Jänner 1945. Die monatliche Sollleistung von 50 Stück wurde aber nie erreicht.

Ende März standen die sowjetischen Truppen schon sehr nahe an Groß-Wien, weswegen auch die Heinkel-Produktionsstätten evakuiert wurden. Am 1. April 1945 sollten daher 1.884 Häftlinge aus den Unterkommandos Mödling-Hinterbrühl und Wien-Schwechat Richtung Westen abmarschieren. Noch im Lager in der Hinterbrühl wurden aber etwa 50 kranke Menschen getötet. Mindestens 150 weitere erschossen die SS-Wachmannschaften während des Marsches, etwas mehr über 50 wurden als geflüchtet oder vermisst verzeichnet.⁹⁴

2.6 Die Kirchen in Mödling

2.6.1 Die katholische Kirche

Bevor die Nationalsozialisten die Macht übernommen hatten, waren der christliche Ständestaat und die katholische Kirche sehr eng verbunden. Dies kam noch in den letzten Wochen des Ständestaats dadurch zum Ausdruck, dass beispielsweise der Abt des Wiener Schottenstiftes als Staatsrat in

⁹² vgl. Perz (2006), S. 457-460.

⁹³ ebd. vgl. S. 448-449.

⁹⁴ ebd. vgl. S. 450-451.

Erscheinung trat. Auch auf Pfarrebene gab es Verflechtungen von Kirche und Politik, so wurde etwa am 11. Feber 1938 in der Pfarre Breitenfeld ein Vortrag über Schuschniggs Buch „Dreimal Österreich“ gehalten und am 23. Feber fand eine Messe im Stephansdom statt, „welche für das Vaterland und Kanzler Schuschnigg aufgeopfert“ wurde.⁹⁵

Zur Zeit der NS-Herrschaft war die katholische Kirche - im Gegensatz zu anderen Institutionen - nicht verboten. Es wurden aber eine Reihe Gesetze verabschiedet, die sich - manchmal auch indirekt - gegen die Kirche richteten. Die katholische Kirche hatte bereits vor der Übernahme der Herrschaft in Österreich durch die Nationalsozialisten vor diesen gewarnt, unter anderem in einem Hirtenbrief des Linzer Bischofs Dr. Johannes Maria Gföllner im Jänner 1933, aber der von der Kirche verbreitete Antisemitismus (oder auch Antijudaismus), erleichterte den Nationalsozialisten das Eindringen in weite Kreise der katholischen Bevölkerung.

Die österreichischen Bischöfe, und ihnen voran der Erzbischof von Wien, begrüßten am 18. März 1938 in einer offiziellen Erklärung die Annexion Österreichs durch das Deutsche Reich. Nachdem aber viele Versprechungen und Verträge von Seiten der Nationalsozialisten nicht eingehalten worden waren, standen sie in Österreich immer mehr misstrauischen katholischen Persönlichkeiten gegenüber. Durch die Nicht-Anerkennung des österreichischen Konkordats von 1933 und die Infragestellung desselben für die „Ostmark“, sollte die katholische Kirche wohl ohne Schutz und Recht dastehen und mit Schikanen regelrecht „durchlöchert“ werden.

Der größte Angriff auf die Kirche durch die Nationalsozialisten fand auf das Kirchenvermögen und die Klöster statt. Letztere sollten diffamiert werden, um aufgehoben werden zu können. Aber auch das Erziehungswesen der Kirche in den Schulen und einige katholische Vereine wurden in Mitleidenschaft gezogen. Einige staatliche Leistungen an die Kirche wurden eingestellt und Kirchenbeiträgen wurden eingeführt um die Zahlen der Austritte zu erhöhen. Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Kirche waren Vorladungen von

⁹⁵ vgl. Weinziert (1988), S. 41.

Klerikern durch die Gestapo und Verbote von Pfarrblättern. Da die seelsorgerischen Tätigkeiten ebenfalls eingeschränkt wurden, sahen sich viele Seelsorger gezwungen, sich über diese Verbote hinwegzusetzen und kamen so mit den diversen amtlichen Stellen in Konflikt. Sogar Bibelstunden und katholische Kinder- und Jugendgruppen galten als illegal. In Gebieten Österreichs, die als streng katholisch galten - vor allem eher ländliche Gemeinden sind damit gemeint - wagten die Nationalsozialisten meistens keine schroffen Vorgehensweisen. Dadurch sollte eine offene Opposition verhindert werden. So waren in ganz „Niederdonau“ die Vorgehensweisen gegen die Kirche, im Vergleich zu anderen Gauen, eher verhalten.⁹⁶

Seit dem 15. September 1935 war Adalbert Kowatschitsch der Pfarrer der Stadt Mödling. Bereits am 22. Jänner 1939 suchte er allerdings um Versetzung nach Chile an, da er in dieser Zeit vermehrt Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten in der Pfarre sah. Dementsprechend wollte er diese auch nicht komplett verlassen, sondern sich beurlauben lassen. Eine Neubesetzung hätte, seines Erachtens nach, mit denselben Problemen zu kämpfen gehabt. Mit Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten sind natürlich die bereits erwähnten Verbote und Unterdrückungen von Seiten der NS-Führung gemeint.

Seinem Urlaubsansuchen wurde nicht stattgegeben. Später versuchte er noch einmal Urlaub zu nehmen, indem er auf seine schon schwache Sehkraft hinwies, wegen der er die anstrengenden Schreibarbeiten und sonstigen Kanzleitätigkeiten nicht mehr ausführen konnte. Er führt in einem Schreiben an das erzbischöfliche Ordinariat vom 12.12.1939 an, dass er:

„[...] als Halbblinder weder dem Bischof hier noch auch dem christl. Volke hier viel werde nützen können - werde ich doch einer neuerlichen Einladung nach Argentinien folgen - um dort als Seelsorger in den weiten Ebenen meistens im Freien (u. mit wenig Schreibarbeiten) zu wirken. [...] Für die Erteilung des Ausreisevermerkes von der Polizei benötige ich nun ein Schreiben von meiner kirchlichen Behörde etwa beiliegenden Inhaltes.“

⁹⁶ vgl. Loidl/Arnberger (1987), S. 100-102.

Damit die Kanzlei der Erzdiözese mit seinem Ansuchen möglichst wenig Arbeit haben würde, fügte er dem Brief auch einen Entwurf des notwendigen Schreibens bei, aber auch diesem Ansuchen wurde nicht stattgegeben.

Nachdem Mödling an Groß-Wien angeschlossen worden war, stand es unter der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien. Dies erschuf neue Probleme, wie beispielsweise Einschränkungen der Bittprozessionen, sodass diese „de facto unmöglich“ waren. Gemeint sind hiermit unter anderem das Verbot von Prozessionen außerhalb des Pfarrgebietes, da sie dann als Wallfahrten gelten würden. Innerhalb des Pfarrgebietes waren diese Prozessionen jedoch aus platztechnischen Gründen nicht möglich.⁹⁷

2.6.2 Die evangelische Kirche

In der Zeit um den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich, gab es in der evangelischen Kirche eine große Zerrissenheit, da man sich einerseits dem Staat gegenüber ergeben zeigen wollte, um rechtlich anerkannt zu werden, andererseits aber dem Diktat der „Vaterländischen Front“ nicht unterwerfen wollte und konnte, da diese katholisch beherrscht war. Die Euphorie, die nach dem Rücktritt Schuschniggs herrschte - die Mehrheit der Bevölkerung war davon überzeugt, dass es nun bald wieder Arbeitsplätze geben würde und so die Chance bestand aus der wirtschaftlichen Misere herauszukommen - wurde jedoch bald wieder gebremst. Nach der ersten positiven Wertung der totalen Organisation durch die Nationalsozialisten - zu dieser Stimmung hatte die Unsicherheit der letzten Jahre geführt - erkannten die meisten viel zu spät, dass diese enge Verknüpfung von Verwaltung und Partei zu einer immer stärker werdenden Kontrolle über die Menschen führen würde. Das Ausmaß der bevorstehenden Katastrophe war für viele Mödlinger auch nach dem Brand der Synagoge am 9. November 1938 noch nicht absehbar. Das Vertrauen der Bevölkerung war größtenteils gegeben, auch wenn einige lokale Vereine wie

⁹⁷ vgl. Punz (2003), S. 49-63.

der „Evangelische Bund“ und der „Gustav Adolf Verein“ in „Gau-Vereine“ umfunktioniert wurden.⁹⁸

Auch der Umstand, dass der Pfarrer nicht mehr an den Schulen Religion unterrichten durfte, schmälerte das Vertrauen in die neue Führung noch nicht. An seiner Stelle unterrichtete nun die Gemeindeschwester Anny Scheer in Mödling den neu gegründeten „Konfessionsunterricht“. Dieser fand aber nur noch sehr selten statt, da die Schülerinnen und Schüler dafür von ihren Eltern extra angemeldet werden mussten, die Mindestschülerzahl auf 20 angehoben und ab dem Jahr 1940 für die Dauer des Krieges der Unterricht „aus Einsparungsgründen“ für Oberschulen überhaupt gestrichen wurde.

Auch die bis dahin noch regelmäßig geführten Bibelrunden und andere Abendveranstaltungen mussten wegen der drohenden Fliegerangriffe gestrichen werden - durch die Verdunkelungsordnung hatten die Fenster ja so abgeschirmt zu werden, dass von außen kein Licht sichtbar war und machten Betätigungen in geschlossenen Räumen daher fast unmöglich.

Im Jahr 1940 wurde die Kirche der Gemeinde renoviert. Trotz der Kriegswirren, konnte diese Projekt positiv abgeschlossen werden und bald erstrahlte die evangelische Kirche mit neuen Fenstern mit Glasmalerei und neu gemalten Wänden und Decken. Auch die Bänke, der Altar und der Treppenaufgang konnten durch den hohen Spendeneingang renoviert werden. Kurz vor Weihnachten 1941 wurde jedoch die Glocke der Kirche beschlagnahmt und abtransportiert.⁹⁹

Wenige Tage vor Kriegsende explodierten unmittelbar vor der evangelischen Kirche einige Bomben. Hierbei kamen zwar keine Menschen zu Schaden, schlimme Risse an Mauern und Dach und die Zerstörung der meisten Fenster machten aber die Kirche unbenutzbar und setzten sie den Witterungsbedingungen aus. Vor allem die Orgel, die zusätzlich noch von einigen

⁹⁸ vgl. Foelsche (2000), S. 66-67

⁹⁹ ebd. vgl. S. 67-70.

Bombensplittern getroffen worden war, wurde so schwer beschädigt. Den Gottesdienst feierte die Gemeinde daher ab diesem Zeitpunkt im viel zu kleinen Pfarrhaus.¹⁰⁰

¹⁰⁰ vgl. Foelsche (2000), S. 70-72.

2.7 Die „Schul-Stadt“ Mödling

2.7.1 Allgemeines zum Schulwesen vor 1938 in Österreich

Ab dem Frühjahr 1933 wurden die Schulen in Österreich verstärkt als politisch-administrative Kontrolle über Schüler und Schülerinnen sowie Lehrkräfte genutzt. Um dies zu erreichen wurden ab 1934 kontinuierlich die Lehrpläne, Unterrichtsbehelfe und Schulbücher den neuen Zielen angepasst. Diese Ziele wurden als „religiös-sittlich“, „vaterländisch“ und „sozial-volkstreu“ umschrieben. Es sollte damit eine stark vaterländische Erziehung gewährleistet und gleichzeitig ein Schwerpunkt auf den deutschen Charakter Österreichs gelegt werden. Neben diesen Grundhaltungen in der Erziehung, die in allen Unterrichtsgegenständen zum Tragen kommen sollten, wurde auch bereits auf vormilitärische Ausbildung Wert gelegt. Damit zielte die Schulausbildung auf eine Hingabe an ein christliches, deutsches und freies Österreich ab und wurde durch willige Einordnung und Pflichterfüllung ergänzt.¹⁰¹

Diese Änderungen im Unterricht wurden von den meisten katholischen Lehrern stark unterstützt und vorbehaltlos übernommen. Die sozialdemokratischen Lehrkräfte, die sich diesbezüglich vorerst reserviert verhielten, stellten allerdings lediglich in Wien eine nennenswerte Menge dar. Dem gegenüber standen die bereits nationalsozialistisch eingestellten Lehrer, die zwar einerseits durch behördliche Verbote und teilweise Verfolgung in ihren Aktivitäten zumindest behindert wurden, andererseits gelang es ihnen aber - oft in halb legaler Form, in dem sie sich verschiedenen Organisationen wie dem „Kampfbund für deutsche Kultur“ oder der „Vereinigung deutschvölkischer Mittelschullehrer“ anschlossen - eine gewisse Kontinuität zu wahren oder sogar neue Mitglieder hinzuzugewinnen. Die Gruppe des „Nationalsozialistischen Lehrerbundes“ (=NSLB) war nach dem März 1938 besonders stolz darauf, dass die Organisation in der „Ostmark“ schon vor 1933 existiert hatte und ihr damals

¹⁰¹ vgl. Dachs (2000), S.448.

bereits mehr Lehrer angehört hatten als der Schwesternorganisation im Altreich.¹⁰²

Trotzdem sie sich damals noch in der Illegalität befanden, gelang es der Gruppe des deutschnationalen Lagers in der Lehrerschaft, einen nationalsozialistischen Ton zu einer Art Leitmotiv werden zu lassen. So wurden verbotene Bücher eingeschleust, die Kontakte zum Altreich gepflegt und getarnte Schulungslager abgehalten. Insgesamt lässt sich also sagen, dass das Parteiverbot der nationalsozialistischen Lehrerschaft zwar einige Rückschläge verpasste, diese aber sehr gut kompensiert werden konnten.

Nach 1936 wurde im Unterricht zunehmend gegen die offiziellen Unterrichtsziele gearbeitet. Auch Schülerinnen und Schüler betätigten sich vermehrt illegal für den Nationalsozialismus. Viele von ihnen wurden dabei von den gesinnungsnahen Lehrern unterstützt und ermuntert.¹⁰³

2.7.2 Szenen aus dem ehemaligen Staats-Realgymnasium

Im „31. Jahresbericht des Staats-Realgymnasiums in Mödling bei Wien 1937-1938“ findet man ruhmreiche Worte über Professoren und Schüler, die sich illegal für den Nationalsozialismus betätigt hatten. So wird auf einen Professor namens Dr. Max Langer verwiesen, der bereits im Schuljahr 1934/35 nicht unterrichten durfte. Ihm wird vom Verfasser des Berichts, Dr. Arthur Lünemann - ab 1938 auch Direktor der Schule, folgendes gewidmet:

„Ich sage nur dies: Glückliche Jugend, die unter der Leitung dieses lauterer Mannes erzogen wird.“

Ein weiterer Lehrer wurde wegen seiner „unzerbrechlich nationalsozialistischer Gesinnung“ von Disziplinaruntersuchungen „heimgesucht“.¹⁰⁴

¹⁰² ebd. vgl. S. 449.

¹⁰³ vgl. Dachs (2000), S.449-450.

¹⁰⁴ zitiert nach: Schalling (2002), S. 31: 31. Jahresbericht des Staats-Realgymnasiums in Mödling bei Wien 1937-1938, S. 5f.

2.7.3 Konsequenzen in der Schule nach dem „Anschluss“

In Österreich griffen die Nationalsozialisten sehr schnell auf die Schulen über und nutzten sie als ein Instrument der politischen Führung des Volkes. Nachdem viele jüdische Lehrer und Schüler „aussortiert“ worden waren, wollten die Nationalsozialisten die Schule an sich entkonfessionalisieren. Dies wollte man versuchen, um den Einfluss der katholischen Kirche auszuschalten. Daher betraf kurz nach dem 12. März 1938 auch die katholischen Lehrer und Professoren eine Säuberungsaktion, bei der zunächst profilierte Personen vom Schulleiter aufwärts das Ziel waren. Meistens wurden die als „politisch untragbar“ geltenden Schulleiter vom jeweiligen Kreisleiter sofort ihres Dienstes enthoben und statt ihnen kommissarische Leiter eingesetzt. Dies geschah in Niederösterreich an fast allen Höheren Schulen. Nach dieser ersten „Säuberungswelle“, bei der zunächst die Schulleiter und Angestellten in der Schulbürokratie das Ziel waren, wurde nach wenigen Wochen nun auch die restliche Lehrerschaft durchsucht und (aus-)sortiert. Waren die Bemühungen um die „gesinnungsgemäße Gleichschaltung“ der Lehrer und Schulen zunächst ohne gesetzliche Basis abgelaufen, so konnten sich diese Maßnahmen ab Ende Mai 1938 auf die „Verordnung über die Neuordnung des österreichischen Beamtentums“ berufen. Alle, die „gegen die nationalsozialistische Bewegung und ihre Anhänger gehässig aufgetreten oder ihre dienstliche Stellung dazu missbraucht haben, um völkisch gesinnte Volksgenossen zu verfolgen...“, sowie jüdische, jüdisch versippte und sonstige „politisch unzuverlässige“ Lehrer wurden in den (vorzeitigen) Ruhestand versetzt.¹⁰⁵

In Mödling berichtet wieder einmal der „31. Jahresbericht des Staats-Realgymnasiums in Mödling bei Wien“ von einigen Änderungen des Personals:

Der bisherige Leiter der Anstalt, Hofrat Dr. Adalbert Domaschko, wurde am 14. März 1938 von der Kreisleitung Mödling der NSDAP seines Amtes enthoben [...] und ab Ende Juni 1938 in den zeitigen

¹⁰⁵ vgl. Dachs (2000), S. 451-452.

Ruhestand versetzt [...] Zum kommissarischen Leiter wurde am 17. März 1938 Pg. Studienrat Dr. Arthur Lünemann bestellt [...].“¹⁰⁶

Auch viele Versetzungen, die oft als Grund nur „im dienstlichen Interesse“ anführten, wurden als Strafe oder um politische Kontakte zu erschweren oder unterbinden eingesetzt. Diese findet man ebenfalls zahlreich im Jahresbericht - wie die von Dr. Josef Hornung, Professor Dr. Karl Baschiera und Regierungsrat Josef Karthäuser, die Schulen in Wien zugeteilt wurden, Professor Erich Kromp, der nach Klosterneuburg und Richard Bammer, der an die „Höhere Staats- und Gewerbeschule Mödling“ versetzt wurde - daneben auch weitere Ruhestände. Auch der damalige Rabbiner der israelitischen Kultusgemeinde in Mödling, Dr. Albert Schweiger, musste im Herbst 1938 seinen Dienst als Religionslehrer quittieren. Im „31. Jahrbuch“ wird er zwar noch als Lehrer geführt, dies aber nur aus dem Grund, da er erst mit dem darauffolgenden Semester gekündigt wurde. Im Jahresbericht findet sich auch die Versetzung einer sehr bekannten Persönlichkeit:¹⁰⁷

„Professor Dr. Viktor Frankl wurde am 14. März 1938 wegen seiner jüdischen Abstammung von der Kreisleitung Mödling der NSDAP seines Dienstes enthoben.“¹⁰⁸

Aber nicht nur Lehrer waren von den Maßnahmen betroffen. Der ehemaligen Direktorin des Bundesrealgymnasiums Keimgasse (=das ehemalige Staats-Realgymnasium), HR Dir. Mag. Dr. Margarete Zelfel ist es zu verdanken, dass auch die Jugendlichen, die nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten die Schule in der Keimgasse verlassen mussten, namentlich genannt werden können:

¹⁰⁶ zitiert nach: Schalling (2002), S. 33: 31. Jahresbericht des Staats-Realgymnasiums in Mödling bei Wien 1937-1938, S. 11.

¹⁰⁷ zitiert nach: Schalling (2002), S. 35: vgl. 31. Jahresbericht des Staats-Realgymnasiums in Mödling bei Wien 1937-1938, S. 11-15.

¹⁰⁸ zitiert nach: Schalling (2002), S. 35: 31. Jahresbericht des Staats-Realgymnasiums in Mödling bei Wien 1937-1938, S. 11.

- Hans Blum (*17.2.1927) - Austritt am 15.3.1938
- Alex Frischwasser (*3.1.1927) - Austritt am 12.3.1938
- Peter Hilfreich (*18.11.1924) - Abgangsklausel vom 2.7.1938
- Friedrich Hochinger (7.11.1927) - Austritt am 23.3.1938
- Paul Eduard Holub (23.10.1925) - Abmeldung durch Mutter am 7.9.1938
- Alois Jokl (16.3.1924) - Abmeldung am 21.9.1938
- Viktor Georg Mahler (17.7.1920) - Austritt am 27.5.1938
- Paul Moser (3.6.1923) - Austritt am 5.5.1938
- Hans Nichtenhauser (25.4.1923) - Abmeldung am 3.5.1938
- Heinrich Rosenhek (12.10.1925) - Abmeldung am 21.11.1938
- Hans Schidof (9.7.1922) - Abmeldung am 25.11.1938
- Alfred Singer (10.7.1927) - Austritt am 21.4.1938 ¹⁰⁹

Wie an dieser Liste zu erkennen ist, war die Zahl der jüdischen Schüler im Schuljahr 1937/38 bereits dezimiert. Im Schuljahr 1932/33 hatten noch 30 jüdische Schüler das Gymnasium in Mödling besucht.

Die verbliebenen Schüler verbrachten die nächste Zeit nach den Ereignissen im März mit viel Abwechslung und einigen außerplanmäßigen freien Tagen. Neben der politischen Hektik und den dazugehörigen Spannungen, die auch vor den Schulen keinen Halt machten, waren viele Schüler und Lehrer im Dienst der NSDAP mit anderen Aufträgen oder Funktionen beschäftigt. Die Schulberichte der Jahre nach 1938 sind dementsprechend knapp formuliert, bieten damit aber ein gutes Bild von der großen Aufbruchstimmung und der starken Erregung, die zu der Zeit an den Schulen vorherrschte.¹¹⁰

Durch die vielen Ablenkungen, Störungen und Unterbrechungen des Unterrichts, verordnete das Unterrichtsministerium Ausnahmeregelungen, da schwächere Leistungen bei den bevorstehenden Reifeprüfungen befürchtet

¹⁰⁹ Zelfel (2001), S. 10-11.

¹¹⁰ vgl. Dachs (2000), S. 452-453.

wurden: Sollte bei der schriftlichen Prüfung ein positives Ergebnis erzielt worden sein, so musste wegen der „starken Inanspruchnahme der Schüler im Dienste der nationalen Erhebung“ keine mündliche Prüfung mehr abgelegt werden. Diejenigen, die dazu noch bereits vor März 1938 Mitglied der NSDAP gewesen waren, ersparten sich eines der vier Fächer, die normalerweise geprüft wurden und mussten dementsprechend nur dreimal schriftlich antreten. Auch bei den Themen der Prüfung wurde der Einfluss der Nationalsozialisten sichtbar. So mussten Schüler bei der Deutschmatura beispielsweise einen Aufsatz zum Thema „Der Unterschied zwischen den Begriffen Mitbürger und Volksgenosse“, „Wie ich die Heimkehr Österreichs erlebte“, „Mitschüler und Kamerad“, „Die Schönheit des deutschen Landes“, „Weltpolitische Wandlung seit 1914“, „Adolf Hitler: Es ist nicht notwendig, dass einer von uns lebt, aber es ist notwendig, dass Deutschland lebt“, „Die Erneuerung Deutschlands durch den Nationalsozialismus“ oder „Inwiefern beeinflusst der „Anschluss“ Österreichs die wehrpolitische Lage Großdeutschlands?“ schreiben.¹¹¹

Einigen Schülern wurde eine besondere und ehrende Stellung in der Schule angedacht, nämlich jenen, die bereits vor der Machtergreifung illegal tätig gewesen waren. Ihre Namen wurden in den Jahresberichten der Schulen extra angeführt und sie gingen bei Schulaufmärschen in einem eigenen Block.

Da natürlich der Austausch der Schulbücher nicht so schnell von Statten gehen konnte, wie es die Nationalsozialisten gerne gesehen hätten, wurden an die Schulen Listen verteilt, welche Bücher nicht mehr verwendet werden durften, welche Stellen in anderen Büchern zu streichen waren und welche Positionen anstelle der Streichungen zu vertreten wären.¹¹²

In den Mödlinger Nachrichten kam es im September 1938 zu einem Aufruf, dass die Schüler noch keine Bücher bestellen sollten, da die Entscheidung

¹¹¹ vgl. Dachs (2000), S. 453.

¹¹² ebd. vgl. S. 453-454.

noch nicht gefallen wäre, welche Bücher im kommenden Schuljahr zu verwenden wären.¹¹³

Kurz nachdem die Änderungen an der Lehrerschaft durchgeführt worden waren, wurden nun intensive Umerziehungs- und Schulungskampagnen gestartet. In vielen größeren Städten fanden zur Zeit um den 20. März 1938 herum größere Veranstaltungen statt, bei denen die Lehrer ihren Eid auf Adolf Hitler ablegten. Danach folgten viele Appelle, Vorträge, Kundgebungen, Treuegelöbnisse, Kurse und lagerähnliche Schulungen, die die Ideologien der Nationalsozialisten vermitteln sollten. Diese fanden in ganz Österreich statt. Den wenigen Teilnehmer, die die Inhalte und Sichtweise nicht positiv aufnahmen oder diese nicht akzeptierten, wurde klargemacht, dass sie bei Zuwiderhandeln mit Sanktionen zu rechnen hätten und auf der Strecke bleiben würden. All diese Aktionen wurden vom bereits erwähnten Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) getragen.¹¹⁴

2.7.4 Gleichschaltung im Schulsektor

Als weitere Maßnahme, die die Nationalsozialisten im Bereich des Schulwesens trafen, ist die Bemühung nach Gleichschaltung mit dem Altreich zu nennen. Ab dem Herbst 1938 sollte es nur noch den Typus der achtklassigen Oberschule geben, der für Buben und Mädchen getrennt geführt wurde. Dies hatte natürlich besonders starke Folgen für den Sekundarschulbereich. Selten durften Gymnasien weiterbestehen, wenn es dort vorher schon eine Oberschule gegeben hatte. Dadurch wurden die bisher bestehenden 52 humanistischen Gymnasien auf 17 reduziert.¹¹⁵

¹¹³ zitiert nach: Schalling (2002), S. 37: vgl. Bartalsky, Susanne: Mödling von 1938 bis 1945. S. 26.

¹¹⁴ vgl. Dachs (2000), S. 452-454.

¹¹⁵ ebd., S. 455.

Da diese Maßnahmen im gesamten „Deutschen Reich“ eingeführt wurden, kann auch hier kaum von einer Besonderheit durch die Eingemeindung gesprochen werden.

Am Beispiel Mödling zeigt sich, dass das ehemalige „Mädchen-Realgymnasium“ nun nach deutschem Muster als „Oberschule für Mädchen“ geführt wurde. Die „Höhere Bundes-Gewerbeschule (Zentralanstalt) in Mödling“ wurde zunächst in „Höhere Staats-Gewerbeschule (Zentralanstalt) Mödling“ und nach der Eingemeindung im Oktober 1938 in „Höhere Staats-Gewerbeschule (Zentralanstalt) (in) Wien XXIV - Mödling.“¹¹⁶

Ein Jahr später, am 13. Feber 1939 wurde in Mödling eine neue Schule gegründet: die „Luftschutzhauptschule“, die einen Sonderlehrgang für Blockwarte als besonderes Ausbildungsziel anbot.¹¹⁷

Die Konzentration der Aktionen Schulen gegenüber lag im gesamten Deutschen Reich bei sechs Punkten:

- das Schulsystem sollte radikal vereinheitlicht werden, gleichzeitig sollten neue Schultypen geschaffen werden,
- die Lehrerbildung sollte unter Kontrolle gebracht werden,
- es sollten neue Lehrpläne eingeführt werden, die andere Erziehungsinhalte vorschrieben,
- die Stundenpläne sollten revidiert werden,
- die Pluralität der Bildungsmächte sollte eingeschränkt werden und
- Rassismus und Antisemitismus sollten in die Schule verstärkt eingebracht und gefördert werden.

Die andere wichtige Richtung, in die die Nationalsozialisten das Schulsystem bringen wollten, war die Ausschaltung der konfessionellen Schulen und jeglicher Art des religiösen Unterrichts. Die totalitäre Bewegung wollte keine

¹¹⁶ vgl. 75 Jahre Höhere Technische Bundes- Lehr und Versuchsanstalt Mödling, S. 244-246.

¹¹⁷ zitiert nach Schalling (2002), S. 39: vgl. Mödliner Nachrichten (7) 1939.

andere Erziehungsmacht neben sich gelten lassen. Im Herbst 1938 wurden alle bis dato existierenden konfessionellen Schulen und Internate aufgehoben und meistens von Staat oder Gemeinde übernommen. Um den Religionsunterricht möglichst an den Rand zu drängen, arbeiteten die Nationalsozialisten mit einer Reihe von Repressalien, bürokratischen Hürden und Verordnungen, später wurde er in ein Freifach gewandelt, den Klerikern wurde der Unterricht verboten, Schüler mussten sich explizit anmelden und die Unterrichtszeiten wurden möglichst ungünstig angesetzt. Damit sollte das Fach Religion Bedeutungslosigkeit erlangen. Dies wurde vor allem in den urbanen Bereichen der „Ostmark“ sehr schnell auch erreicht. Dem gegenüber standen viele ländliche Gebiete, in denen es bald als Geste des Widerstandes galt, den Religionsunterricht zu besuchen.¹¹⁸

Die Chronik der evangelischen Gemeinde Mödling berichtet zu den Vorgängen dem konfessionellen Schulwesen gegenüber folgendes:

„Am Tag nach Schuschniggs Resignation war der [evangelische] Religionslehrer Schacht zur Gangaufsicht im Mädchengymnasium Eisentorgasse eingeteilt. Plötzlich hörte er aus dem gegenüberliegenden Bubengymnasium Keimgasse ein großes Geschrei und sah, wie Bilder der bisherigen Machthaber gefolgt von den Kruzifixen in den Hof flogen und dort als Scheiterhaufen in Flammen aufgingen. Tief betroffen bat Schacht die Schulwartin des Mädchengymnasiums umgehend unauffällig Bilder und Kruzifixe in allen Klassen abzunehmen. Als kurze Zeit später junge Burschen herüber kamen um auch hier ‚Ordnung zu schaffen‘, konnte er sie beruhigen: ‚Alles erledigt, es ist nichts mehr da!‘. - Acht Jahre später berichtete ihm die Schulwartin: ‚Herr Vikar, die Kruzifixe hängen alle

¹¹⁸ vgl. Dachs (2000), S. 454-456.

wieder in den Klassen!'. Sie hatte sie während des Krieges auf dem Dachboden versteckt.“¹¹⁹

Neben den aufgehobenen Schulen wurden manche, vor allem einige sehr traditionsreiche, in nationalsozialistische Sonderschulen umgewandelt. Dies geschah beispielsweise in Göttweig, Seckau und dem Theresianum in Wien, in denen nationalpolitischen Erziehungsanstalten (=NPEA oder auch NAPOLA) errichtet wurden. In Melk, Seitenstetten, Kremsmünster, Admont und Kreuzberg bei Bischofshofen wurden u.a. Deutsche Heimschulen installiert.

Alles in allem wurden die Änderungen im Schulsystem in Österreich deutlich schneller und mit weit größerer Rücksichtslosigkeit durchgesetzt, als dies im Altreich passierte. Vor allem die Säuberung der Schulen von jüdischen Schülern und Lehrern war „mit einem weit über dem gesetzlichen Auftrag liegenden Engagement“ exekutiert worden. Die österreichischen „Schulmänner“, die sich dafür verantwortlich zeigten, wurden für diesen verstärkten Einsatz ausdrücklich gelobt. Zu Grunde lag dem wohl die bereits Jahre vor der Machtergreifung unter einem Großteil der Lehrerschaft vermehrt herrschende deutschnationale Grundhaltung, tief sitzende antiklerikale Affekte und das Erleben des Schulsystems durch die Lehrer als autoritär grundiert und instrumentalisiert. Rückblickend wird in NS-Lehrerzeitungen die seit März geleistete Arbeit dann „als gigantisch“ bezeichnet und die Erfolge aufgelistet:¹²⁰

„[...] Die radikale Umbesetzung fast aller mit besonderer Verantwortung verbundenen Posten, die gleich nach dem Umbruch und später erfolgte, die schlagartige Entjudung vom 28. April, ohne die eine wirklich nationalsozialistische Unterrichtsführung auf Wiener Boden überhaupt nicht möglich gewesen wäre, auf die Reinigung der Lehrkörper von jenen Elementen, die das Recht auf weitere Belassung durch ihre Haltung in der Systemzeit verwirkt hatten, auf

¹¹⁹ Kretz (2000), S. 64.

¹²⁰ vgl. Dachs (2000), S. 456-457.

*die Befreiung der Schule vom religiösen Zwang, auf die Beseitigung der schädlichen Privat- und Klosterschulen.*¹²¹

In Mödling wurde vor allem das „Staats-Realgymnasium in Mödling“ positiv beachtet. Es genoss in der Zeit des Nationalsozialismus einen sehr guten Ruf und besonders der 1938 eingesetzte Leiter der Schule wurde hochgelobt:

*„Lünemann, der mit warmbeseelter Klarheit und Anschaulichkeit die Entwicklung der Idee im Menschen zum echten und falschen Ideal darstellt, überzeugt das echte Ideal des Nationalsozialismus dem falschen, weil nicht naturgebundenen Idealen des Kommunismus und dem Dollfuß-Schuschnigg-System gegenüber stellt und schließlich den Kampf im Lehrkörper und in der Jugend für dieses echte Ideal kurz gekennzeichnet.“*¹²²

In derselben Zeitung wird auch die Tatsache gelobt, dass sich vor der Machtergreifung bereits 120 Schüler illegal betätigt hatten. Ein weiteres positiv hervorgehobenes Merkmal der Schule war der geringe Anteil an Juden im Vergleich mit Wiener Schulen. Seit dem „Anschluss“ waren anscheinend auch fast alle Schülerinnen und Schüler dem Deutschen Jungvolk, der Hitlerjugend, der SA oder der SS beigetreten.¹²³

¹²¹ zitiert nach: Dachs (2000), S. 458: Leherbauer: Über Aufbau und Verwaltung der „Höheren Schulen“ im Gau Wien, in: Wirtschaft und Recht, 6/1939, 2, S. 13.

¹²² zitiert nach Schalling (2002), S. 40: Mödliner Nachrichten vom 16. Juli 1938, S. 2.

¹²³ zitiert nach: Schalling (2002), S. 41: vgl. Mödliner Nachrichten vom 16. Juli 1938, S. 2.

IV Gegenbewegungen und Opfer in Mödling

Auch zu diesem Kapitel findet sich in der Literatur leider wenig spezifisches zum Thema Mödling. Zwar wird beispielsweise in Wolfgang Neugebauers „Der österreichische Widerstand 1938-1945“ von zeitlichen, regionalen und generationsmäßigen Unterschieden gesprochen, räumliche Definitionen findet man aber auch hier kaum. Es kann davon ausgegangen werden, dass in Gebieten mit jahrzehntelanger organisatorischer Struktur, wie im Bergbau oder bei Kommunalbetrieben, der Widerstand stärker und besser organisiert war, als in Gegenden, in denen in neu geschaffenen (Groß-) Industriebetrieben ein eher geringer Stammarbeiteranteil einem relativ hohen „Fremdarbeiter“ Prozentsatz gegenüber stand.¹²⁴

Im Bezirk Mödling kann man dennoch nicht von dieser Theorie ausgehen, da die Eingemeindung in Groß-Wien zur Folge gehabt haben könnte, dass die widerständischen Strukturen der Großstadt auch in die neuen Bezirke übergreifen konnten.

Da in der Literatur zu diesem Thema keine eindeutige Antwort zu finden ist, werden im Folgenden allgemein Parteiliche und Überparteiliche Gruppen aus Österreich, „Niederdonau“ und dem Bezirk Mödling vorgestellt, die Widerstand gegen das NS-Regime geleistet haben und aus eben diesen Gründen verfolgt wurden.

Speziell betrachtet wird auch die Situation der jüdischen Bevölkerung in Mödling und als Abschluss des Kapitels werden zwei über Mödlings Grenzen hinaus bekannt gewordene Widerstandskämpfer genauer beleuchtet.

¹²⁴ vgl. Neugebauer (2008) S. 48.

1. Widerstand

1.1 Revolutionäre Sozialisten

Bereits etwa vier Jahre vor dem März 1938 arbeitete in Österreich eine illegale Gruppe der Revolutionären Sozialisten. Der Einmarsch der deutschen Truppen bedeutete für diese Organisation das Ende, da von Anfang an klar war, dass der Widerstand nun nicht mehr in dem Umfang möglich sein würde, wie die Sozialisten ihn gegen die Regierungen unter Dollfuß und Schuschnigg geleistet hatten. Einige Führer dieser Bewegung, unter ihnen Joseph Buttinger, war es gelungen zu flüchten. Aus dem Ausland rieten sie den in Österreich verbliebenen, die Gruppe aufzulösen und größte Zurückhaltung zu üben, da ihre Namen bei der Gestapo teilweise bereits bekannt waren. Jene, denen das nationalsozialistische Regime ihre jüdische Abstammung zum Vorwurf machen konnten, wurden gleich nach der Eingliederung Österreichs ins Deutsche Reich verhaftet oder zumindest zu Einvernahmen zu diversen Polizeidienststellen gebracht.¹²⁵

Vor allem in den ersten Tagen wurde die Neuorganisation des Widerstandes aber auch aus den eigenen Reihen behindert, da ein Teil der sozialistischen Arbeiterschaft in der neuen Führung endlich eine Erlösung von der verhassten Regierung Schuschnigg und eine Beseitigung der hohen Arbeitslosigkeit erwartete.

Zunächst war das Ziel der Widerstände nicht die Wiederloslösung Österreichs aus dem Dritten Reich, sondern „in einer Revolution des gesamten deutschen Volkes“ Hitler zu stürzen und eine Wandlung in ein sozialistisches Deutschland zu erzielen. Ab 1943 machten sich aber Änderungen bei der Einstellung der Gruppierung bemerkbar.¹²⁶

¹²⁵ vgl. Gerhartl (1987), S. 9.

¹²⁶ ebd. vgl. S. 9-10.

Einer der ersten Revolutionären Sozialisten aus Niederösterreich, die dem nationalsozialistischen Regime zum Opfer fielen, war Ferdinand Tschürtz aus Mödling. Er wurde als erster von der Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar gebracht, wo er am 19. Jänner 1939 starb.¹²⁷

Aber schon viel früher kam es zu Opfern der Nationalsozialisten in Mödling. Auch der erste offiziell erfasste Mord passierte hier:

„Am 20. Mai 1925 überfielen nach einer ‚Hindenburgfeier‘ etwa 200 Nationalsozialisten das sozialistische Kinderfreundeheim in der Managettgasse. Der zum Schutz des Heimes mit einigen anderen herbeigeeilte Mödlinger Schutzbundkommandant und sozialdemokratische Gemeinderat Leopold Müller erkannte sofort die Übermacht der Angreifer und zog sich mit seinen Parteifreunden wieder zurück, doch wurde er von dem NS-Schlägertrupp eingeholt und so schwer verprügelt, daß er am 20. Mai 1925 verstarb. Müller war das erste Opfer des NS-Terrors in Österreich.“¹²⁸

Die Zahl der in Haft genommenen niederösterreichischen Sozialisten nahm im Jahr 1939 stark zu. Die Verhaftungen, die zuvor aus „rassischen“ Gründen getätigt wurden, standen bald unter dem Vorwand des „zwingenden Verdachtes staatsfeindlicher Umtriebe“ oder „böswilliger, gehässiger, hetzerischer und von niedriger Gesinnung zeigenden Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates“, „Zersetzung der Wehrkraft und staatsfeindlicher Gesinnung“ und Delikten des Abhörens von Feindsendern, Unterlassungen von Anzeigen gegen Verräter und ähnlichem. Als sehr gefährlich galten vor allem Aussagen über den Zweifel am Endsieg.¹²⁹

¹²⁷ vgl. Gerhartl (1987), S. 9-10.

¹²⁸ zitiert nach: Burger/Rinner/Strobl (1988), S. 124; Schubert (1980): Schauplatz Österreich, S. 54.

¹²⁹ vgl. Gerhartl (1987), S. 10.

Nach einer Verhaftung stand dem jeweiligen Sozialisten ein mehrmonatiger, oft auch mehrjähriger, Aufenthalt in den Konzentrationslagern Mauthausen, Buchenwald oder Dachau oder in einem der Gefängnisse in Wien, wie am Wiener Landesgericht, auf der Elisabethpromenade, in Wien-Margareten, etc., bevor.¹³⁰

Aus Klosterneuburg ist aus dem September 1940 eine Streuzettelaktion bekannt, bei der größere Mengen eines sozialdemokratischen Flugzettels aus dem Jahr 1934 am Hauptplatz verstreut wurden.

Das Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 bescherte den Sozialdemokraten eine regelrechte Welle an Verhaftungen. Vor allem ehemalige Funktionäre wurden zunächst im Landesgericht oder im Polizeigefangenenhaus an der Elisabethpromenade festgehalten und zu Verhören ins Hotel Metropol, dem Sitz der Gestapo, gebracht.

Gegen Ende des Krieges kam es immer wieder zu neuen Gruppenbildungen von gleich gesinnten Gegnern des Regimes. Diese Neugründungen hatten aber oft einen hohen Blutzoll zu zahlen und wurden nicht selten komplett vernichtet.

Der Pensionist Isidor Wozniczak, der aus Gars am Kamp stammte und nach seiner früheren Tätigkeit im Gemeinderat im Bezirk Horn sehr angesehen und gut bekannt war, hatte sich bereits im Jahr 1938 durch die Unterbringung von jüdischen Gästen in seiner Pension verdächtig gemacht und wurde deshalb zweimal verhaftet und eingekerkert. Kaum war er im März 1945 endlich wieder freigelassen worden und in seiner Heimat angekommen, wurde er am 24. April 1945 erneut abgeführt und im Bezirksgericht Horn untergebracht. Am 2. Mai 1945 wurde er schließlich - nach Anordnung der nationalsozialistischen Kreisleitung - in einem Wald erschossen.¹³¹

Sozialisten aus dem Bezirk Mödling, die dem nationalsozialistischen Regime zum Opfer fielen, waren Franz Rehmann aus Brunn am Gebirge und Johann

¹³⁰ vgl. Gerhartl (1987), S. 10.

¹³¹ ebd. vgl. S. 10-12.

Rühl aus Wiener Neudorf, die beide in Konzentrationslagern ums Leben kamen, sowie Eduard Göth, ein Schulleiter aus der Hinterbrühl, der am 13. März 1944 in Wien hingerichtet worden war, nachdem er in Zusammenhang mit einer revolutionärsozialistischen Organisation genannt worden war. Eine Inhaftierung in einem Konzentrationslager überlebt haben Leopold Petznek und Heinrich Radocz, die erst durch die Alliierten aus ihrer Haft befreit wurden.¹³²

1.2 Kommunisten

Nachdem die kommunistische Partei bereits seit dem 26. Mai 1933 verboten war, konnte sich im Untergrund eine beachtliche Organisation aufbauen. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich, verschärfte sich die Unterdrückung der Gruppe deutlich. Daher mussten die Kampfbedingungen deutlich verändert werden.

Die gesamte politische Tätigkeit verfolgte bis Mitte 1937 das Ziel, den „Anschluss“ Österreichs an Deutschland zu verhindern. Die Kommunisten sahen die Österreicher nicht als Deutsche, sondern kämpften um die Unabhängigkeit der Nation. Nach den Vorstellungen der KPÖ sollten die katholischen Arbeiter und Bauern in einer geeinten marxistischen Arbeiterbewegung zusammen finden: Die „Einheit der revolutionären Kräfte des Proletariats“ sollte der „Totalität des Hitlerregimes“ gegenübergestellt werden.

Innerhalb der Arbeiterbewegung gab es aber Schwierigkeiten. Das größte Hindernis, das ein bereits bestehendes Bündnis zwischen den Revolutionären Sozialisten und den Kommunisten zum Scheitern verurteilte, waren die Diskussionen über die Trotzlistenprozesse in der Sowjetunion und die jeweiligen politischen Schlussfolgerungen, die die Unterschiede bei der Auffassung über die Zugehörigkeit der Österreicher als Nation mit sich führten. Nach dem der Krieg bereits einige Zeit gedauert hatte und sich der Terror der Gestapo immer mehr verstärkte, rückten die widerständischen Kräfte in Österreich zusammen. Die Idee einer „Österreichischen Freiheitsfront“ (=ÖFF), wurde von den Kommunisten ins Leben gerufen und vom Sender „Freies

¹³² vgl. Schalling (2002), S. 117: Bericht des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Bezirksgruppe Mödling, DÖW 21.1336.

Österreich“ verbreitet. Der Sender, der seit 19. November 1941 von sowjetischem Terrain aus in Betrieb war, stand unter der Leitung des Chefredakteurs Erwin Zucker-Schilling. Die erste tatsächliche Gründung der ÖFF geschah aber erst im Herbst 1943 in einem Tal bei Trofaiach in der Steiermark. Bei dieser Gründer-Konferenz waren Widerstandsgruppen aus der ganzen Obersteiermark vertreten. Danach gelang es bewaffnete Widerstandsgruppen zu organisieren, die in den Bergen der österreichischen Südgrenze, der Obersteiermark, des Salzkammergutes und Tirols aufgestellt wurden.¹³³

Am 11. Juni 1944 gab die KPÖ ein Manifest mit ihren Zielen nach dem Krieg bekannt. So sollte eine provisorische Regierung aller Parteien gebildet werden und eine Entnazifizierung in allen Bereichen der Wirtschaft, Politik und Kultur stattfinden.

Partisanengruppen und Sabotagen an der Rüstungsproduktion unterstützten die militärische Befreiung Österreichs. Daneben galt für die Kommunisten in den letzten Monaten des Krieges das Hauptziel, die Politik der „verbrannten Erde“ der Nationalsozialisten zu verhindern. So wurden einige Betriebe und Verkehrswege vor der Zerstörung bewahrt.

Die KPÖ und ihre Organisationen waren in Niederösterreich vor allem in den Betrieben des Industriegebietes im Süden und Südosten Wiens und im Traisental zwischen Lilienfeld und St. Pölten verankert. Aus dem Raum Mödling sind ebenfalls einige Namen bekannt, die in der Kommunistischen Partei tätig waren oder mit ihr zumindest sympathisierten. Viele dieser Namen finden sich auf Listen des Sicherheitsdienstes des Reichsführers-SS.¹³⁴

„Ich erhielt am 21.3.1939 von SS-St. M. Fritz Ruschka folgende Mitteilung: In der Glasfabrik Brunn sind unter anderen (sic!) folgende

¹³³ vgl. Garscha/Streibel (1987), S. 33-50.

¹³⁴ ebd. vgl. S. 50-60.

KP-Führer beschäftigt: Millwisch Leopold [...] Huttary Albert [...] Kirsch Hermann [...]

*Diese drei Männer halten abwechselnd in ihren Wohnungen Besprechungen ab und veranstalten Zusammenkünfte mit ihren Gesinnungsgenossen im Gasthause Wildenauer, Brunn a. Geb., Gewerbelager. [...]*¹³⁵

1.3 Betriebe

Meistens war der Widerstand, der sich in Betrieben abspielte, durch die Bildung kommunistischer Gruppierungen oder Zellen der Roten Hilfe gekennzeichnet. Diese bestand hauptsächlich aus der Verbreitung von Flugzetteln, Herstellung von Druckschriften und Weitergabe von Zeitungen. Auch die finanzielle Hilfe, die zur Unterstützung von Familienangehörigen von Verhafteten ausgegeben wurde, galt als Hochverrat. Sonstige Delikte waren „Streiks, Arbeitsdienstpflichtverletzungen, antinationalsozialistische Äußerungen, unerlaubte Unterstützung von mitarbeitenden Kriegsgefangenen und Häftlingen sowie Sabotageakte in Rüstungsbetrieben“.

Vor allem im Gebiet um St. Pölten herum hatte die kommunistische Partei in vielen Betrieben Anhänger. Dementsprechend wurden hier viele Regimegegner verhaftet. Große Betriebe, in denen es Zellen der kommunistischen Partei gab, waren die Deutsche Reichsbahn in St. Pölten und die ebenfalls hier angesiedelte Maschinenfabrik Voith, die Straßenbahn AG, die Papierfabrik Salzer und die Glanzstofffabrik. Für das restliche Niederösterreich sind vor allem die Stahlwarenfabrik M. Schmid & Söhne, die Steingutfabrik Ostmarkkeramik und das Feilenwerk Furthof im Traisental, die Munitionsfabrik Enzesfelder Metallwerke, die Metallwarenfabrik Kromag in Hirtenberg, die Rax-Werke in Wiener Neustadt, die Schiffswerft Korneuburg und die Böhler-Werke

¹³⁵ zitiert nach: Garscha/Streibel (1987), S. 61-62: Anzeige von SS-Unterscharführer Josef Moder an den SD-Unterabschnitt Wien betreffend KP-Führer in der Glasfabrik Brunn, o.d. (März 1939), Zentrales Staatsarchiv, Potsdam, DÖW 1662.

bei Waidhofen an der Ybbs zu nennen. Natürlich gab es aber auch in Betrieben im Bezirk Mödling Widerstand:¹³⁶

„Im Einvernehmen mit der Abwehrstelle im Wehrkreis XVII wurde am 13.4.1943 der Wehrmichtsangehörige Leopold Hauer, Glas-schneider [...] 17.3.1909 [...] geb. [...] Wien 24., Brunn a. Geb. [...], wegen Betätigung für die KPÖ bei seinem Truppenteil festgenommen und zur hiesigen Verfügung dem Wehrmichtsuntersuchungs-gefängnis überstellt. Hauer hat vom Jahre 1940 bis Dezember 1942 der KPÖ als Mitglied angehört und in dieser die Funktion eines Unterkassierers ausgeübt.“¹³⁷

„Die Angeklagten haben in Niederdonau Beiträge für die Rote Hilfe geleistet, und zwar Karl Strobl, Franz Pfann, Gottfried Schnabl und Alois Andratschke vom Herbst 1940 bis Juni 1942, Erich Krammer vom November 1941 bis Februar 1942, Wenzel Matejka vom Sommer 1940 bis Ende Mai 1941. Sie werden wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt [...]

In der Rüstungsfabrik Klinger in Gumpoldskirchen leitete der gewesene Hilfsarbeiter Franz Zeidler im Herbst 1940 eine Sammelaktion [...] ein, womit er einem Auftrage des Funktionärs der illegalen KPÖ Franz Laaha nachkam. [...]“¹³⁸

1.4 Das katholisch-konservative Lager

Die Angehörigen des katholisch-konservativen Lagers erlebten nach der Annexion Österreichs eine schwere und opfervolle Zeit. Vor allem in den ersten Tagen waren die bis dahin im subversiven Kampf unerfahrenen Personen der

¹³⁶ vgl. Arnberger (1987), S. 266-268.

¹³⁷ zitiert nach: Arnberger (1987), S. 381: Tagesbericht der Gestapo Wien Nr. 6 vom 16-19.4.1943 DÖW 5734b.

¹³⁸ zitiert nach: Arnberger (1987), S. 286: Urteil des OLG Wien gegen Karl Strobl aus Traiskirchen und andere wegen Vorbereitung zum Hochverrat, 19.2.1943 DÖW 5038.

Polizei, Gestapo und SS als politisch orientierte „Justiz“ völlig ausgeliefert. Die neuen Verfolger agierten mit aller Härte gegen alle anderen politischen Gruppen.

Bei dem daraus resultierenden Widerstand lässt sich aber häufig nicht eindeutig feststellen, ob die betroffenen Personen der christlich-sozialen Partei, einer der legitimistisch-monarchistischen Gruppen oder den katholisch-konservativen Wehrverbänden wie Heimatschutz, Heimwehr oder Ostmärkische Sturm-scharen angehörten.

Die täglichen Berichte des „Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD in Wien“ über die Lage im Inland, an den „Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“, Josef Bürckel, meldeten zwischen dem 22. Oktober und dem 19. November 1939 vor allem aus dem Weinviertel und aus Mistelbach Versammlungen der „Schwarzen“. Extra herausgehoben wird hierbei, dass sich in der Marktgemeinde Bernhardstal eine „lebhaftige Gegnertätigkeit entfaltet“ habe.

So regten sich die ersten Widerstände, die bis 1945 andauern sollten und in erster Linie von Repräsentanten in Einzelaktionen und kleineren oder größeren Gruppen durchgeführt wurden, die sich für die Wiedererrichtung der Selbstständigkeit Österreichs stark machten.¹³⁹

„Die hiesige Polizei hat im Anschluß an Hausdurchsuchungen drei Systembonzen der Vaterländischen Front, nämlich Dr. Karl Pischhof, Dr. Karl Weinberger und Professor Dr. Karl Gunz, wegen staatsfeindlicher Umtriebe verhaftet.“¹⁴⁰

„1. Art des Einsatzes: Infolge seiner bekannten vaterlandstreuen Einstellung zu Österreich wurde er am 17. Juni 1938 in Haft genommen und dem Konzentrationslager Dachau überstellt.“

¹³⁹ vgl. Stundner (1987), S. 11-12.

¹⁴⁰ zitiert nach: Stundner (1987), S. 28: Meldung des „Kleinen Blatts“ betreffend Verhaftungen in Mödling, 30.6.1928, Kleines Blatt, 30.6.1938.

2. Art der Schädigung: Haftzeiten vom 17. Juni 1938 bis 20. September 1938 und verstorben am 28. September 1939 an den Folgen der seelischen und körperlichen Mißhandlungen, denen er im Strafblock des KZ Dachau dauernd ausgesetzt war, laut beiliegender Niederschrift vom 28.9.1946.¹⁴¹

1.5 Überparteiliche Widerstandsgruppen

1.5.1 Die Gruppe Hubatsch

Herr Ing. Hubatsch folgte im April 1943 der Aufforderung der Alliierten, in Österreich Widerstandsgruppen aufzubauen und begann daher mit der Bildung einer solchen Verbindung. Er arbeitete zur damaligen Zeit in den Flugmotorenwerken Ostmark und begann eben dort auch mit der Kontaktaufnahme zu ausländischen Arbeitern. Diverse Zusammenkünfte auch mit Vertretern des Franzosenlagers in Brunn und anderen Verbindungsleuten fanden statt. Im Wiener Leichtmetallwerk in Liesing lernte er Andre Hulin und Watjou Marynissen kennen, die ebenfalls in seinem Sinne handelten. Gemeinsam wurde eine Arbeitsflucht organisiert.

Mit Herrn Hief zusammen stellte er Kontakte zu einer Stelle in Klagenfurt her, „die Deserteure und Arbeitsflüchtige zu den Partisanen nach Jugoslawien weiterbefördern sollte“. Auch Verbindungen zu den Gruppen von Ing. Karl Schwarz aus Wien, Alexander Lastuvka aus Maria Enzersdorf, einigen Kriegsgefangenen und dem Kriegsgefangenenlager Kaisersteinbruch konnten hergestellt werden.

Eine Verbindung nach Frankreich gelang durch einen Herrn Köck, der ursprünglich zum Tode verurteilt worden war, dann aber aus dem Konzentrationslager hatte flüchten können und mit Hilfe falscher französischer Papiere ausreisen konnte. In Frankreich war er dann ebenfalls in einer Widerstandsgruppe tätig. Durch ihn konnten auch mit einigen französischen Gruppen Verbindungen aufgenommen werden.

¹⁴¹ zitiert nach: Stundner (1987), S. 31: Ermittlungsergebnis des Amtes der NÖ Landesregierung/ OF-Referat betreffend KZ-Haft und Tod von Adolf Sterz aus Brunn am Gebirge, 7.10.1946, OF/NÖ/4112, DÖW E 19.285.

Herr Hubatsch, Herr Hulin und ein Quartiergeber für Flüchtlinge, Herr Schreiber, wurden jedoch von Unbekannten verraten und am 16. Dezember verhaftet und der Gestapo übergeben. Sie konnten am 6. April 1945 durch die Rote Armee befreit werden.¹⁴²

1.5.2 Die Gruppe „Freies Österreich“

Die Mödlingerin Olga Fels wurde verhaftet und von 6. Oktober 1944 bis 5. April 1945 festgehalten, da sie Mitglied der geheimen Kampforganisation „Freies Österreich“ war und eine geheime Zeitung mit gleichem Namen verbreitete.¹⁴³

Ida Feld, auch eine Unterstützerin der geheimen Kampforganisation, galt als „Seele der Widerstandsbewegung“ im Bezirk Mödling und unterstützte alle Bestrebungen der Organisation bis zu ihrer Verhaftung am 6. Oktober 1944. Auch sie blieb aus politischen Gründen bis 5. April 1945 in Haft.¹⁴⁴

Auch Johann Mosbäck (oder Mostböck) aus Mödling gehörte der Widerstandsbewegung „Allumfassende Friedensbewegung, Freies Österreich“ seit dem Jahr 1942 an. Er wurde als erstes politisches Opfer von den Nationalsozialisten kurz nach dem „Anschluss“ 1938 für elf Tage inhaftiert und kam in der Folge im Juli 1938 in eine vierwöchige Untersuchungshaft am Morzinplatz. Als „Staatsfeind Nr. 1“ musste er daraufhin zwölf Monate Sonderhaft in Wels absitzen.¹⁴⁵

¹⁴² vgl. Neugebauer (1987), S. 330-331: Leistungsbericht über die Tätigkeit der Widerstandsgruppe Hubatsch, o.d. OF/NÖ/3813 (begl. Abschrift) DÖW E 19.285.

¹⁴³ vgl. Neugebauer (1987), S. 331: Bestätigung des Verbands „Freies Österreich“ betreffend Widerstandstätigkeit und Haft von Olga Fels aus Mödling, 1.6.1945 OF/NÖ/3946 DÖW E 19.285.

¹⁴⁴ vgl. Neugebauer (1987), S. 332: Bestätigung des Verbands „Freies Österreich“ betreffend Haft von Ida Fels aus Mödling, 11.10.1952 OF/NÖ/3944 DÖW E 19.285.

¹⁴⁵ vgl. Neugebauer (1987), S. 331-332: Bestätigung des Landesleiters des Verbands „Freies Österreich“, Oskar John, betreffend Zugehörigkeit von Johann Mostböck aus Mödling zur dortigen Widerstandsbewegung, 11.9.1946 OF/NÖ/4061 DÖW E 19.285.

2. Juden in Mödling

2.1 Vor 1938

Viele jüdische Flüchtlinge strömten in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg nach Österreich. Sie ließen sich vor allem in Wien und dessen näherer Umgebung nieder. Bald konnte man eine stärker werdende judenfeindliche Stimmung bemerken, die sich rasch in den ersten Zeichen von Antisemitismus zeigten. Auch die Presse stachelte immer stärker gegen die jüdische Bevölkerung auf, wie sich deutlich in einem Gedicht zeigt, das „Der Eiserne Besen“ bereits im August 1919 druckte:¹⁴⁶

*„Ihr deutschen Wiener! Rafft euch auf
Ein jeder greif zum Besen!
Er kostet nur 10 Heller! Lauf,
Ihn aufmerksam zu lesen.*

*Er fegt alle Straßen rein,
Und kehr in alle Buden!
Er dringt in jeden Winkel ein,
Schreckt auf habgierige Juden.*

*Auch im Gerichtssaal, auf der Börs',
Da wirbel Mist in Massen.
Verschließ dein Herz du Wiener - hör's
Und lern den Juden hassen!*

*Verscheuch die milde Denkungsweis'
Aus deinem weichen Wesen;
Streif ab die Wanzen und die Läuse'
Mit diesem eisern Besen.*

¹⁴⁶ vgl. Györgyfalvai (1994), S. 120.

*Ja lies den Besen, gib nicht nach,
Bring ihn in alle Schichten.
Nun drauf und dran! Werd endlich wach
Hilf deutschen Mut aufrichten.*

*Nur rasche Arbeit führt zum Ziel -
Drum überleg nicht lange.
Doch wo der Mist nicht weichen will,
Da greif zur Besenstange.*

*Bricht dir dabei oft auch der Stiel,
So tröst' dich mit den Sachsen:
In unserm Wienerwald gar viel
Läßt unser Herrgott wachsen.*

*Gewöhne dir für immer ab,
Mit Juden zu verkehren,
Dann wird man bis zum kühlen Grab
Dich wieder schätzen, ehren.¹⁴⁷*

Die ersten jüdischen Familien ließen sich um 1840 in Mödling nieder. Bereits im Jahr 1848 existierten in der Stadt eine Fabrik, die einem gewissen Elias Steiner gehörte und in der Babenbergerstraße 18 stand und die Fabrik eines Herrn Rosenberg in der Brühlerstraße 21.

Der um 1840 einsetzende Eisenbahnverkehr förderte die Industrie und machte Mödling als Ort der Sommerfrische und Villenvorort Wiens bekannt. Einige dieser Villenbesitzer waren jüdische Familien, die aus dem burgenländischen Mattersburg, das damals noch Mattersdorf hieß, stammten. Zu diesen zählte beispielsweise die Familie Moses. Bernhard Moses wurde später ein Diener der Kultusgemeinde.

¹⁴⁷ Der eiserne Besen (1919), S. 1.

Nachdem an der Guntramsdorferstraße der Friedhof Mödlings angelegt worden war - dieser existiert auch heute noch - kaufte der jüdische Bethausverein ein angrenzendes Stück Land, auf dem im Mai 1876 die erste Beerdigung abgehalten worden war.

Um 1880 lag die Zahl der jüdischen Bevölkerung im Gerichtsbezirk bei 139.

Ab 1892 sind die ersten Funktionäre der neu entstandenen Israelitischen Kulturgemeinde nachweisbar.¹⁴⁸

Dem Statut von 1926 nach umfasste die Israelitische Kultusgemeinde Mödling den „Sprengel des Bezirksgerichtes Mödling (mit Ausnahme der Gemeinde Gumpoldskirchen), den gesamten Sprengel der Bezirkshauptmannschaft Bruck a.L. und den Sprengel des Bezirksgerichtes Liesing“.¹⁴⁹

Im Jahr 1928 zählte sie 550 Beitragspflichtige. Nach starken Schwankungen - einen Niedrigstand erreichten die Zahlen 1931 mit nur 350 Beitragspflichtigen - waren 1938 530 beitragszahlende Mitglieder verzeichnet. Der Rabbiner der Gemeinde war durchgehend Dr. Albert Schweiger.¹⁵⁰

Dr. Albert Schweiger, ab 1926 der Rabbiner der Israelitischen Kultusgemeinde in Mödling, trat drei Jahre nach seiner Installation auch in den Schuldienst ein und unterrichtete am Bundesrealgymnasium. Hier unterrichtete er etwa 20 bis 30 Kinder. Diese Tätigkeit musste er aber am 15. Oktober 1938 einstellen.

Bereits in den Jahren davor war es, wie in ganz Österreich, zu immer stärker auftretenden Anzeichen der herannahenden Katastrophe für die Juden gekommen. Die immer öfter stattfindenden Veranstaltungen des Antisemitenbundes erfreuten sich regen Zustromes und mehr und mehr wurden die Juden zu allgemeinen Hassobjekten abgestempelt. Viele Mödlinger Juden

¹⁴⁸ vgl. Schildböck (1988), S. 22-24.

¹⁴⁹ ebd. vgl., S. 40.

¹⁵⁰ ebd. vgl. S. 51-53.

wanderten bald aus, vor allem jene, die aus wohlhabenden Familien stammten, da sie noch dazu Neider auf den Plan riefen.

Ab März 1938 wurden nun sogar Häuser durchsucht und viele Juden mussten ihre Arbeitsplätze verlassen, so auch Dr. Viktor Frankl, der zu dieser Zeit an einer Mödlinger Schule unterrichtet hatte. Jüdische Geschäfte wurden als nichtarisch gekennzeichnet und die Mödlinger, die größtenteils ziemlich rasch zu begeisterten Hitler-Anhängern geworden waren, verspotteten die nun an den Pranger gestellten Juden.¹⁵¹

Leider sind in der Literatur keine genauen Angaben über eine genaue Anzahl der Synagogen bzw. Tempel zu finden. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die einzige Synagoge in der Enzersdorferstraße 6 in Mödling stand. Diese war 1913 erbaut worden.¹⁵²

2.2 Die Novemberpogrome

Die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 steht in der Geschichte für den dramatischen Wendepunkt der nationalsozialistischen Herrschaft gegenüber der jüdischen Bevölkerung. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ausgrenzungen, die bereits seit 1933 an der Tagesordnung standen, wurden nun durch eine immer radikalere Politik ersetzt, die in Deportationen und der systematischen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung gipfelte.

Am 7. November verübte der polnische Jude Herschel Grynszpan ein Attentat auf Ernst vom Rath, der zu diesem Zeitpunkt Legationssekretär der Deutschen Botschaft in Paris war. Vom Rath starb zwei Tage danach an seinen schweren Verletzungen und die Nationalsozialisten nahmen diesen Umstand als Anlass für diverse „antijüdische Aktionen“. Zu diesen zählten, dass diverse Staaten zu mehr Einreisemöglichkeiten für jüdische Emigranten aus Deutschland gezwungen wurden - somit sollte eine Massenflucht der als „Juden“ Definierten ausgelöst werden - und die Beschleunigung der „Arisierung“, der Konfiszierung

¹⁵¹ vgl. Burger/Rinner/Strobl (1988), S. 112-131.

¹⁵² vgl. Schildböck (1988), S. 26.

von Besitztümern unter anderem um die deutsche Rüstungspolitik finanziell zu unterstützen.¹⁵³

In Wien wurden in dieser Zeit 17 Tempel und 61 Bethäuser, die meisten durch Brandlegung, zerstört. Sehr oft wurden diese Brände durch das Anzünden des Mobiliars oder Werfen von Handgranaten ausgelöst. Auch jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden zerstört, die Bewohner verhaftet. Zunächst brachten die Nationalsozialisten die jüdische Bevölkerung in Sammelstellen unter, die sehr schnell übertoll waren. Bald darauf wurden die ersten Menschen in Konzentrationslager gebracht. Den in der „Reichskristallnacht“ - so wurden die Vorgänge der Nacht vom 9. auf den 10. November von nationalsozialistischer Seite genannt - entstandenen Schaden musste die jüdische Bevölkerung selbst zahlen. Dafür und für den Tod Ernst vom Rath wurde von Hermann Göring, dem damaligen Wirtschaftsminister, eine Strafe von 1 Milliarde Reichsmark verhängt.¹⁵⁴

Auch in Mödling kulminierten die Übergriffe auf jüdische Besitztümer und Juden in dieser Nacht, so wurden beispielsweise der jüdische Tempel in Mödling und jener im benachbarten Bezirk Liesing von der Bevölkerung niedergebrannt. Bei dieser Aktion durfte, Zeitzeugenberichten zufolge, die Mödlinger Feuerwehr nicht löschen!¹⁵⁵

„Der Judentempel in Mödling niedergebrannt. [...] In Mödling haben schon vormittag empörte Volksgenossen vor dem Judentempel in der Enzersdorferstraße demonstriert und die Inneneinrichtung zertrümmert. Dabei kam es durch einen Kurzschluß zu einem Brand, der noch vor Eintreffen der Feuerwehr gelöscht werden konnte. Bei den Abräumarbeiten im Inneren entstand nachmittags abermals

¹⁵³ vgl. Dock (2010), S. 18-19.

¹⁵⁴ vgl. Ganglmair (1988), S. 35.

¹⁵⁵ vgl. Burger/Rinner/Strobl (1988), S. 137-139.

ein Brand, der in dem umherliegenden Material reiche Nahrung fand und schließlich auch die Dachkonstruktion ergriff und einäscherte. Die auf dem Brandplatz erschienene Stadtfeuerwehr beschränkte sich darauf, die Nachbarhäuser zu sichern. Vor dem Tempel hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die gespannt den Verlauf des Brandes beobachtete.“¹⁵⁶

Die weiterhin stattfindenden Schließungen der Geschäfte, Verhaftungen,... wurden von den jeweiligen Ortsgruppenleitern der NSDAP ausgeführt. Die verhafteten Juden wurden in einer Sammelstelle im 7. Bezirk in Wien festgehalten.¹⁵⁷

2.3 Die Enteignung der Juden

Die „Arisierungen“, also Enteignungen der jüdischen Bevölkerung, wurden ebenfalls durch das Novemberpogrom vorangetrieben. Zur „Wiederherstellung des Friedens“ wurden eine Reihe von Verordnungen und Gesetzen durch die nationalsozialistische Führung erlassen, die die jüdische Bevölkerung endgültig aus der Wirtschaft, der Kultur und dem Gesellschaftsleben ausgrenzen sollten. Die „Arisierungen“ waren den Nationalsozialisten deshalb ein wichtiger Punkt, da sie die deutsche Rüstung mitfinanzierten. Im November 1938 wurde daher ein Gesetz erlassen, dass die Übergabe „nicht arischer Betriebe“ an „Nichtjuden“ bzw. Treuhänder bestimmte. Dem ehemaligen Eigentümer wurde dafür zwar eine Gutschrift ausgehändigt, diese lag aber meist nicht im Entferntesten beim tatsächlichen Wert der Immobilie.¹⁵⁸

Die „Arisierungen“, die sofort nach dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht begonnen hatten, fanden natürlich auch in Mödling statt. Alle Gewerbe, Wohnungen und sonstige Vermögenswerte, die Juden gehörten, wurden

¹⁵⁶ Mödlinger Nachrichten (12.11.1938), S. 2.

¹⁵⁷ vgl. Burger/Rinner/Strobl (1988), S. 140-141.

¹⁵⁸ vgl. Dock (2010), S. 21-22.

beschlagnahmt oder enteignet und „arischen Volksgenossen“ übergeben. Auch „wilde Arisierungen“ fanden statt, hierbei handelte es sich um selbst ernannte „Kommissare“ - in Wien trieben etwa 20.000-30.000 davon ihr Unwesen, die auf eigene Faust die Betriebe oder Geschäfte der Juden übernahmen. Die Zeitungen in Mödling berichteten über die regelmäßigen Vorfälle so oder in ähnlichem Tonfall:¹⁵⁹

„Wieder ein Jud' weniger. Der NSDAP ist es zu danken, daß die alte Herzogsstadt Mödling allmählich von den Judengeschäften befreit wird. So ging jetzt auch das Schnitt- und Wirkwarengeschäft Kohn in der Enzersdorferstr. 4 in den Besitz der Firma ... über.“¹⁶⁰

Diese Vorgänge waren zu der Zeit allmählich „normal“ geworden und niemand schämte sich dafür. Immer wieder berichteten die Zeitungen von Schließungen, oft auch gleichzeitig von Neueröffnungen der Geschäfte. Manche Gewerbebetriebe blieben zwar faktisch bestehen, wurden nun aber von „arischem Personal“ geführt. Bereits gegen Ende des Jahres 1938 berichteten die Mödlinger Nachrichten, dass es gelungen sei, dass die „Judengeschäfte“ nun komplett aus dem Stadtbild verschwunden waren.¹⁶¹

2.4 Die Vernichtung der jüdischen Gemeinde Mödlings

Bevor der Plan aufkam, die Juden insgesamt zu vernichten, wollte man sie finanziell auspressen und ins Ausland entkommen lassen. Die daher im August 1938 gegründete „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ funktionierte:

„...wie am Fließband; auf der einen Seite kommt der Jude herein ... Er geht durch das ganze Gebäude hindurch, von Schalter zu Schalter, von Büro zu Büro, dann kommt er auf der anderen Seite

¹⁵⁹ vgl. Burger/Rinner/Strobl (1988), S. 148-149.

¹⁶⁰ Mödlinger Nachrichten (10.9.1938), S. 3.

¹⁶¹ vgl. Burger/Rinner/Strobl (1988), S. 149-150.

heraus, ist aller seiner Rechte, seines Geldes und seines Kapitals beraubt. Nur einen Paß hat er.“¹⁶²

Aus Mödling dürfte es recht vielen Juden gelungen sein, ins Ausland zu fliehen. Auf das deuten zumindest Vergleiche des Geburtenbuches der Israelitischen Kultusgemeinde (=IKG) Mödling mit einer Deportationskartei hin. Kaum einer kam jedoch zurück.¹⁶³

Als prominentes Beispiel der Heimkehrer ist Dr. Albert Drach zu nennen, der zunächst nach Frankreich emigrierte und sich dort als Arier ausgeben konnte, indem er das Kürzel „IKG“ in seinem Heimatschein hinter seinem Geburtsdatum als „in katholischem Glauben“ übersetzte. Im Oktober 1947 besuchte er wieder Wien und Mödling und eröffnete in seinem Heimatort genau ein Jahr später seine Anwaltskanzlei. Später publizierte er erfolgreich einige Bücher und arbeitete weiter als Anwalt. Heute befindet sich in Mödling in der Hauptstraße 44 die Albert-Drach-Gedächtnisstätte. Im selben Haus starb Dr. Albert Drach im Alter von 92 Jahren im März 1995.¹⁶⁴

Die Zahl der in Mödling lebenden Juden hatte sich innerhalb eines Jahres vom 2. Mai 1938 (1.012 Mitglieder der Israelitischen Kultusgemeinde) bis zum 30. April 1939 (nur noch 35 Mitglieder) extrem dezimiert. Dieses Verschwinden wurde in der Presse unter anderem so erklärt:¹⁶⁵

„Verhältnismäßig am stärksten wirkte sich die Auswanderung natürlich in den Gauen außerhalb Wiens aus, weil sich der Großteil der Juden vor der beabsichtigten Auswanderung in der Großstadt Wien sammelndrängt, da ausschließlich hier die notwendigen

¹⁶² zitiert nach Burger/Rinner/Strobl (1988), S. 152; Maas: Die „Reichskristallnacht“ im Spiegel der Wiener Presse, S. 29.

¹⁶³ vgl. Burger/Rinner/Strobl (1988), S. 152.

¹⁶⁴ vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Albert_Drach (abgefragt am 16. Juni 2012).

¹⁶⁵ vgl. Burger/Rinner/Strobl (1988), S. 153.

*Formalitäten erfüllt werden können und auch nur in Wien die Jüdische Kulturgemeinde die Auswanderungspläne unterstützen kann.*¹⁶⁶

Am 7. August 1941 wurde ein Auswanderungsstopp für junge Männer zwischen dem 18. und 45. Lebensjahr eingeführt, wenig später folgte das komplette Verbot für jüdische Auswanderungen. Spätestens ab diesem Zeitpunkt fielen die noch verbliebenen jüdischen Menschen den Deportationswellen zum Opfer. Auch in Mödling sollten die Juden nicht nur aus ihren Gewerbetätigkeiten und Wohnungen getrieben werden, man wollte sie in ihrer gesellschaftlichen Existenz vernichten. Daher wurde von Ende Februar bis Anfang März 1941 auch in der Mödlinger Bühne der propagandistische Film „Der ewige Jude“ gezeigt. Dieser galt als ein „Dokumentarfilm über das Weltjudentum“ und verspottete und beschimpfte bekannte Persönlichkeiten aus dem kulturellen Bereich, wie Charlie Chaplin, Max Reinhardt oder Richard Tauber. Auch zu sehen waren in diesem Film bereits einige Gesichtspunkte der „Endlösung“.

Die groß angelegten Deportationen wurden unter dem Vorwand der Wohnungsnot ein Ende bereiten zu wollen durchgeführt. Daher musste die Israelitische Kultusgemeinde Listen erstellen, die zur Aushebung der Juden genutzt wurden. Vor das jeweilige Haus, das geräumt werden sollte, fuhren Lastwagen mit SS-Ordnern, die dann von Wohnung zu Wohnung gingen und die Insassen der Wohnungen, die auf ihren Listen verzeichnet waren, zur Abgabe ihrer Schlüssel aufzufordern. Sie mussten ihre Dokumente vorbereiten und innerhalb von 3-4 Stunden gepackt haben, um für den Abtransport bereit zu sein. Mit 1. November 1942 wurde die Israelitische Kultusgemeinde dann aber für diese Tätigkeit der Listenerstellung nicht mehr gebraucht und aufgelöst. Fortan war der Ältestenrat der Juden in Wien für die Betreuung der Juden und die sonstigen Aufgaben, die die IKG zuvor noch inne gehabt hatte, zuständig.¹⁶⁷

¹⁶⁶ zitiert nach Burger/Rinner/Strobl (1988), S. 153: St. Pöltner Anzeiger, 18.5.1939.

¹⁶⁷ vgl. Burger/Rinner/Strobl (1988), S. 153-156.

3. Beispiele für Opfer

3.1 Helene Kafka

3.1.1 Kindheit und Eintritt in den Orden

Die am 1. Mai 1894 geborene Helene Kafka stammte aus einfachen Verhältnissen. Der Vater und die Mutter hatten am 24. November 1887 geheiratet und neben Helene noch sechs weitere Kinder bekommen, fünf waren älter, eine Schwester jünger als Helene. Die Familie lebte in Wien und wurde vom Vater, der als Schuhmacher arbeitete, ernährt. Wie in vielen armen Familien auch, besuchten die Kinder der Familie Kafka die Schule nur solange die Pflicht dazu bestand. Danach arbeitete Helene kurz als Dienstmädchen bei verschiedenen Familien, fand dann aber einen Posten in einer Trafik und war fortan dort beschäftigt.

Nach zwei Jahren entschloss sie sich, im Krankenhaus Lainz in Wien als Aushilfsschwester zu arbeiten um ihren Wunsch, Menschen näher zu sein und ihnen helfen zu können, auszuleben. In diesem Krankenhaus traf sie auch auf die Franziskanerinnen von der christlichen Liebe, die wegen ihres Mutterhauses in Wien in der Hartmannngasse auch Hartmannschwwestern genannt wurden. Diese Kongregation bot Helene die Möglichkeit, trotz ihrer Herkunft aus eher ärmlichen Verhältnisse, die Ausbildung zur Krankenschwester zu machen. Durch den nun täglichen Kontakt mit den Schwestern des Ordens, reifte in Helene der Wunsch auch Klosterschwester zu werden. Trotz ihrer religiösen Einstellung wehrten sich ihre Eltern vorerst, die Zustimmung zum Eintritt in den Orden zu geben. Um tatsächlich Ordensschwester zu werden, sah Helene keinen anderen Ausweg als aus dem Elternhaus davon zu laufen. Nach diesem mutigen Vorstoß gaben ihr die Eltern jedoch die Zustimmung und Helene konnte ins Kloster eintreten. Am 23. Oktober 1915 wurde sie endgültig als Schwester Restituta in den Orden aufgenommen.¹⁶⁸

¹⁶⁸ vgl. Sagardoy (1996), S. 11-19.

3.1.2 Operationsschwester in Mödling und erster Kontakt mit dem Nationalsozialistischen Regime

Nach einigen Zwischenstationen in anderen Krankenhäusern, wurde 1919 eine Stelle als Operationsschwester im Krankenhaus Mödling frei, die sie annahm. Bald wurde sie die rechte Hand des Chefarztes und erledigte Nachbehandlungen bei Patienten oft vor Ort.

Trotz der meist recht guten Stimmung im Krankenhaus, kamen von den vielen Ärzten, Schwestern und sonstigem Personal doch viele verschiedene Meinungen zusammen. Nach der politischen Wende 1938, kam es zu einigen Änderungen, die auch die Schwestern des Krankenhauses betrafen. So sollten die „Hartmann-Schwestern“ durch Parteiangehörige ersetzt werden. Der Oberarzt des Krankenhauses, Dr. Stöhr, setzte sich aber vehement für das Verbleiben der angestammten Schwestern ein, indem er einen Bericht schrieb, dass er und die anderen Ärzte mit den Schwestern schon eingespielte Teams wären und man sich auf die Person neben sich im Operationssaal verlassen können muss, da es sonst zu Missverständnissen und Fehlern kommen könnte. Unter den Ärzten und sonstigen Angestellten des Krankenhauses, befanden sich aber auch einige Nationalsozialisten. Bald kam es zu unerklärlichen Missverständnissen und Fehlinterpretationen, die wiederum zu Konflikten und Spannungen führten. Vor allem Schwester Restituta, die von ihren Kollegen und Kolleginnen als „nicht mundfaul“ bezeichnet wurde, konnte sich in Gegenwart der NS-Belegschaft nicht immer beherrschen und brachte wiederholt ihre Haltung zum Ausdruck. Ihr war klar, dass sie den Nationalsozialismus aus religiösen Gründen ablehnen musste. Auch die Warnungen ihrer Mitschwestern brachten Helene nicht zum Verstummen.¹⁶⁹

Zwischen ihr und dem deklarierten Nazi und SS-Arzt, Dr. Stumfohl, entwickelte sich zunehmend eine immer größer werdende Kluft. Er erlaubte den Schwestern beispielsweise nicht mehr, einen Priester zu holen um einem sterbenden die letzten Sakramente zu erteilen und sagte sogar aus Angst vor politischen Schwierigkeiten die Taufe eines seiner Kinder ab.

¹⁶⁹ vgl. Sagardoy (1996), S. 36-45.

Der lautstark reagierenden Schwester Restituta das Wasser zu reichen, schaffte Dr. Stumfohl selten. Immer wieder musste er schweigen, wenn er einsah, dass die Schwester Recht hatte oder schluckte Bemerkungen hinunter. Immer wieder kam es daher zu Besprechungen unter den nationalsozialistisch gestimmten Ärzten, die Schwester Restituta gerne mal „eines auswischen“ wollten. Unter den Schwestern wurde mit der Zeit die Angst immer größer und das Vertrauen, das zuvor im Krankenhaus geherrscht hatte, war dahin. Jeder misstraute bald dem anderen.¹⁷⁰

3.1.3 Anzeige, Verhaftung und Gefängnisaufenthalt

Dr. Stumfohl zeigte Schwester Restituta kurz vor Fasching des Jahres 1942 bei der Gestapo an und am 18. Feber kamen vier Gestapo-Männer um die Schwester abzuholen. Hinter vorgehaltener Hand nannte man einen Streit über Kreuze in den Krankenzimmern als Grund für die Verhaftung der Schwester. Nachdem die Nationalsozialisten Kruzifixe in öffentlichen Gebäuden verboten hatten (siehe dazu auch Kapitel „III 5.4 Gleichschaltung im Schulsektor“), hatte Schwester Restituta begonnen, selbstständig in allen Krankenzimmern Kreuze aufzuhängen. Ein weiterer Grund für ihre Anzeige und Verhaftung könnte gewesen sein, dass sie von einem Soldaten ein Gedicht gegen Hitler bekommen hatte und es einer anderen Schwester diktierte, damit diese es auf einer Schreibmaschine mit Durchschlag tippen konnte. Da das Gedicht aber diktiert wurde, während die Zimmertüre offen war, konnte es wohl von Parteispitzeln gehört worden sein, die sie dann diffamierten. Die Schwestern waren sich aber untereinander einig, dass - was es auch gewesen war - es eine Falle für die Schwester war, um sie vom Krankenhaus wegzubekommen.

Auch das Mutterhaus überlegte, wie man sich im Fall Restituta verhalten solle, die Schwester Oberin Wenefrieda rief aber noch am selben Tag alle Schwestern zusammen und teilte ihnen mit, dass absolutes Stillschweigen zu herrschen habe. In den nächsten Wochen erfuhr man nichts über den Verbleib der Schwester. Erst an einem Morgen Anfang März wurde bekannt gegeben, dass Helene Kafka aus dem Polizeigefangenenhaus in das Landesgericht Wien

¹⁷⁰ vgl. Sagardoy (1996), S. 45-53.

überstellt worden war. Das Gefängnis entpuppte sich für die Ordensschwester bald als neue Wirkungsstätte. Viele ihrer Mitgefangenen brauchten Trost, Ermutigung und einen neuen Lebenssinn, um im Kerker bestehen zu können. Ihre täglichen Essensrationen teilte sie mit denen, die nichts bekamen. Zu dieser Zeit war es üblich, dass gefangene Österreicherinnen Butter und Milch bekamen, Frauen aus anderen Ländern gingen leer aus. Also teilte Schwester Restituta ihre Zuteilungen auf, sodass auch die mitgefangenen Ausländerinnen und Jüdinnen etwas Butter und Milch bekamen. Einige Frauen versuchten aber die Klosterschwester mit ungunstigen Bemerkungen oder in ordinärer Weise zu beleidigen. Sie ließ sich aber auf keine Diskussionen ein, sondern blieb aus tiefstem Herzen gelassen.¹⁷¹

3.1.4 Verhandlung und Verurteilung

Die Anklageschrift vom 4. Juni 1942 zeigte zwei Punkte auf, die zu ihrer Verhaftung geführt hatten:

- ein Hetzgedicht
- eine Flugschrift mit staatsfeindlichem Inhalt

Auch die Vervielfältigung dieser Schriften wurde der Schwester vorgeworfen. Dementsprechend wurde sie wegen Vorbereitung zum Hochverrat vor das Gericht gebracht und am 29. Oktober 1942 zum Tod durch Enthauptung verurteilt. Sie war ab diesem Zeitpunkt nicht mehr mit den vorherigen Zellengenossinnen zusammen, sondern abgesondert in einer Todeszelle eingesperrt. Einige darauffolgende Versuche Gnade zu erwirken, schlugen fehl, sie wurde am 30. März 1943 hingerichtet.¹⁷²

3.2 Karl Staudacher

Der Angehörige des Franziskanerordens wurde am 6. Jänner 1901 in der Steiermark geboren und trug nach seinem Eintritt in den Orden den Namen

¹⁷¹ vgl. Sagardoy (1996), S. 53-72.

¹⁷² ebd. vgl. S. 73-97.

Pater Hermann. Er lebte im Franziskanerkloster in Maria Enzersdorf, in der Hauptstraße 5.

Aus der Abschrift seines Aktes bei der Gestapo geht hervor, dass er am 18. Mai 1936 mit einem Brief an den Gauleiter Bürckel um die Aufhebung des Verbotes seiner Zeitung „Die Heimstunde“ bat.

In seiner politischen Beurteilung durch das Gaupersonalamt vom 11. Feber 1939 wurde vermerkt, dass er zwar seit 1932 Parteimitglied sei, seinem Antrag auf Aufnahme in die NSDAP aber nicht stattgegeben werden sollte, da er dem katholischen Klerus angehöre und es sein Ziel sei „Personen mit betont katholischer Weltanschauung in der NSDAP einzuschieben und zersetzend zu wirken“.

Im Oktober 1943 wurde Pater Hermann in Schutzhaft genommen. Ihm wurde hochverräterische Betätigung vorgeworfen: ¹⁷³

„Er gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellung durch sein Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem er der hochverräterischen Betätigung durch Unterstützung und Förderung staatsfeindlicher Organisationen dringend verdächtig ist. Gez.: Dr. Kaltenbrunner“¹⁷⁴

Am 10. November 1943 wurde er daraufhin in das Landesgericht Wien eingeliefert, dies ist aus einer Bestätigung der Gefangenenhausdirektion ersichtlich. Einem Bericht der Gestapo zufolge wurde er bereits am 23. August 1943 gemeinsam mit dem mitangeklagten Dr. Wilhelm Pieller festgenommen. Seine Hauptverhandlung, bei der auch die Schicksale zwölf weiterer Männer entschieden wurden, fand jedenfalls vom 9. bis zum 11. August statt. Bei dieser wurde festgestellt:

„Daß auch der Angeklagte Staudacher von dem staatsfeindlichen Treiben seiner Mitangeklagten Kenntnis gehabt hat, ist nicht

¹⁷³ vgl. Schalling (2002), S. 83-84.

¹⁷⁴ Loidl/Amberger (1987), S. 254-255.

festgestellt. Vielmehr hat die Hauptverhandlung seine Unschuld ergeben.“

Demnach wurde Karl Staudacher zwar freigesprochen, doch knapp nach dem Ende der Hauptverhandlung wieder an die Gestapo überstellt. Aus dem Jahr 1954 ist weiters ein Bericht erhalten, der bestätigt, dass Karl Staudacher vom 5. Oktober bis zum 6. Dezember 1944 im Gerichtsgefängnis Margareten inhaftiert war.¹⁷⁵

¹⁷⁵ vgl. Schalling (2002), S. 84-86.

V. Die Folgen des Krieges

Das letzte Kapitel ist dem Ende des Krieges in der Region um Mödling gewidmet. Die Armeen kämpften sich nach und nach Richtung Wien vor. Um die Großstadt einnehmen zu können, musste davor natürlich Niederdonau, das ja Wien umschloss, eingenommen werden. Damit dies gelingen konnte, setzten die Alliierten vor allem auf die Zerstörung der Infrastruktur und der Wege des Nachschubs aus dem Deutschen Reich.

Durch die in Mödling verankerte Industrie, die nahe gelegene Autobahn und die Südbahnlinie, war der Bezirk stark von Luftangriffen betroffen.

Nach Ende des Krieges wurde ganz Österreich von den Alliierten Mächten aufgeteilt. Mödling fiel in den Sektor der Sowjetunion. Die österreichische Regierung hätte die Eingemeindung bereits kurz nach Kriegsende wieder aufgehoben, das Veto der Siegermächte verhinderte dies jedoch. Die Alliierten hatten das Gebiet Österreichs in langwierigen Verhandlungen aufgeteilt und befürchteten durch die Aufhebung der Eingemeindung ein neues Ungleichgewicht der Sektoren.

Mödling blieb somit noch einige weitere Jahre ein Teil von Wien.

1. Das Ende der NS-Herrschaft in Mödling

1.1 Die Endphase des Krieges in Niederdonau

In den ersten Jahren des Krieges konnte die Deutsche Wehrmacht große Erfolge erzielen und Polen, Dänemark, Norwegen, Belgien, Holland, Frankreich, Jugoslawien und Griechenland erobern. Als Verbündete taten sich Italien, Finnland, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Kroatien und die Slowakei hervor. Neben diesen Kriegsschauplätzen in Europa wurde auch in Nordafrika und auf dem Atlantik gekämpft. Das Kriegsglück der deutschen Streitmacht wendete sich aber, als der Angriff auf die Sowjetunion gestartet und den USA der Krieg erklärt wurde. Die Rote Armee drängte die schon weit ins Land eingezogenen Deutschen Truppen zurück, befreiten damit das Land wieder und drang in der

Folge nach Polen, Slowakei, Rumänien, Bulgarien und Ungarn vor. Somit kam die Front immer näher an das Großdeutsche Reich. Ab dem Spätherbst 1944 wurde daher mit dem Bau des „Ostwalls“ begonnen, der die Ostgrenze des Deutschen Reiches, also ebenfalls die Ostgrenze Österreichs, vor der Roten Armee schützen sollte. Dieser wurde in Niederdonau „Reichsschutzstellung“ und „Südostwall“ genannt und in drei Abschnitten erbaut:

- Pressburg bis zum Nordende des Neusiedler Sees (entlang der heutigen Ostgrenze des Burgenlandes),
- Nordende des Neusiedler Sees bis zum Südende und weiter nach Ödenburg
- Südlich von Ödenburg bis zum Geschriebenstein im Mittelburgenland.¹⁷⁶

Mit der Durchführung der Befestigungsbauten wurde die Organisation Todt (OT) betraut. Diese war eine Bautruppe unter der Führung von Fritz Todt und unterstand dem Reichsminister für Bewaffnung und Munition. Todt starb am 8. Feber 1942 unter ungeklärten Umständen. Ab diesem Zeitpunkt übernahm Albert Speer die leitende Funktion der OT.

Die Arbeiter der Organisation waren uniformiert und sehr streng hierarchisch geordnet. Nachdem die Organisation den „Westwall“, ein über 600 km langes Sperrwerk an der deutsch-französischen Grenze, den „Atlantikwall“, eine Linie von etwa 2.600 km befestigter Stellungen entlang der Küste des Atlantiks, des Ärmelkanals und der Nordsee, und die Hauptquartiere Adolf Hitlers, „Wolfsschanze“ und „Werwolf“ erbaut hatten, begann sie im September 1944 mit dem Bau des „Südostwalls“.¹⁷⁷

Aus den angrenzenden Gebieten wurden viele „Dienstverpflichtete“, also „für militärische Belange“ verpflichtete Bevölkerung, weiters auch Hitlerjungen und aus Rüstungsbetrieben abgezogene Arbeitskräfte für den Bau herangezogen. Diesen gegenüber stand eine große Zahl an ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern, die nicht nur ständig unter Bewachung standen, sondern

¹⁷⁶ vgl. Schäffer (1991), S. 250.

¹⁷⁷ vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_Todt (abgefragt am 8. September 2012).

auch keinen Kontakt zur Bevölkerung, zu den „Dienstverpflichteten“ und den Hitlerjungen haben durften. Sie waren vor Ort in Ställen oder Scheunen untergebracht, die aus der Umgebung stammenden Arbeitskräfte hingegen wurden täglich mit den sogenannten „Schanzerzügen“ zu ihren Einsatzorten gebracht.¹⁷⁸

Das Kontaktverbot wurde unter anderem auf Grund der schlechten körperlichen Zustände der Zwangsarbeiter ausgesprochen, weiters auch wegen der immer wieder grassierenden Seuchen und Krankheiten. Diesen fielen sehr viele ungarisch-jüdische Arbeiter zum Opfer. Wie viele Menschen in welcher Form am Bau des „Südostwalls“ beschäftigt waren, lässt sich nicht mehr genau feststellen, da sich die Arbeitslager und die Linienführung teilweise auf österreichischer, teilweise auf ungarischer Seite befanden.¹⁷⁹

Neben Schützengräben, Feuerstellen und Erdbunkern, wurde vor allem ein tiefer und breiter Panzergraben ausgehoben, der als Haupthindernis dienen sollte. Die sowjetischen Gegner waren von diesen Vorgängen recht gut informiert, da nicht alle ihrer Fallschirmaufklärer, die Ende 1944 und Anfang 1945 im Raum Steinamanger-Güns abgesprungen waren, in die Hände der deutschen Sicherungskräfte fielen, sondern einige bei Anwohnern Unterstützung und Unterkunft fanden und so in die Heimat funken konnten. Diesem Umstand verdankte die Sowjetische Armee auch die Informationen, dass der mühsam erbaute Wall quasi unbesetzt war. Die wenigen Volkssturmeinheiten, die ihn bewachen sollten, bestanden hauptsächlich aus alten oder kranken Männern und Hitlerjungen, die allesamt schlecht ausgerüstet waren und fast ohne Munition und Waffen dastanden.

Die Rote Armee setzte dementsprechend gerade in diesem Raum zum Durchbruch an und konnte ihre Offensive mit überlegenen Kräften beginnen.

¹⁷⁸ vgl. Strassl/Vosko (1999), S. 91.

¹⁷⁹ ebd. vgl. S. 92.

Die Einkesselung der deutschen Wehrmacht gelang aber nicht, da diese nach Westen ausweichen konnten.¹⁸⁰

Bereits in der Karwoche 1945 erreichte der Krieg aber die Bucklige Welt und schon am 29. März, dem damaligen Gründonnerstag, rollten die sowjetischen Panzer ungehindert über die damalige Reichsgrenze, die „Große Linie“. Hin und wieder stellte sich ihnen in den einzelnen Gemeinden schwacher Widerstand entgegen, dieser wurde aber schnell überwunden und so konnte die Rote Armee fast ungehindert nach Westen und Nordwesten vorrücken. Am folgenden Tag hatten sie bereits den gesamten Bezirk Oberpullendorf eingenommen und rückten am Nachmittag desselben Tages auch in Kirchschatz in der Buckligen Welt, dem ersten größeren Ort des heutigen Niederösterreichs, ein.

Am 31. März wurde ein Widerstand von Kriegsschülern aus Wiener Neustadt mit Hilfe der Artillerieunterstützung zurückgeworfen und so das Tor in den Westen weiter geöffnet. Nach weiteren Widerständen, die vor allem im Norden an der Leitha stark waren, konnte die Sowjetarmee an diesem Tag die gesamte Bucklige Welt einnehmen. Die darauffolgenden zwei Tage führten die Rote Armee bis zum Semmering. Mit der Einnahme von Gloggnitz war dann die wichtige Südbahnlinie unterbrochen, die Front aber kam zum Stehen. Erst nachdem Deutschland am 8. Mai kapituliert hatte, war auch im Semmeringgebiet der Krieg vorbei.¹⁸¹

Sollenau, Ebreichsdorf und Reisenberg wurden am 2. April von der Roten Armee eingenommen. Das Piestingtal wurde vom IX. Garde-mech. Korps der 6. Garde-Panzer-Armee abgeriegelt und diese folgten - zusammen mit dem XXXVIII. Garde-Schützenkorps - der 1. SS-Panzer-Division. Reste der 12. SS-Panzer-Division standen bei Traiskirchen und einige wenige Kämpfer der 3. SS-Panzer-Division hatten sich Richtung Wien zurückgezogen. Um die Sowjetische

¹⁸⁰ vgl. Schäffer (1991), S. 250.

¹⁸¹ ebd. vgl. S. 250.

Armee am weiteren Vorrücken zu hindern, wurden Alarmeinheiten der 6. Panzer-Armee, die in der Linie Guntramsdorf-Laxenburg standen, zur Aufklärung Richtung Süden vorgeschickt. Gleichzeitig besetzten Regimenter der 2. SS-Panzer-Division den Raum von Gramatneusiedl bis zum Wiener Neustädter Kanal.¹⁸²

Mit dem 4. April erreichten die Kampftruppen nun den Bezirk Mödling. Hochrotherd, Dornbach und Grub fielen kampfflos, während in Gaaden, Gumpoldskirchen, Guntramsdorf, Hennersdorf, Hinterbrühl, Münchendorf und Sittendorf erheblicher Widerstand für Opfer unter der militärischen und zivilen Bevölkerung sorgte.

Diese ersten Kampftruppen der Roten Armee kamen als Befreier und verhielten sich der Bevölkerung gegenüber korrekt. In der nachfolgenden Besatzungszeit kam es aber immer wieder zu Plünderungen, Vergewaltigungen oder anderen Gewalttaten.¹⁸³

1.2 Die Kriegstage in Mödling

Ab dem Jahr 1944 sorgten die Alliierten mit ihren Luftangriffen auch im Bezirk Mödling für Angst und Schrecken. Diese verstärkten Angriffe sind vermutlich weniger auf die Eingemeindung in Groß-Wien, als vielmehr auf die große industrielle Konzentration im Süden Wiens zurückzuführen.

Im Gegensatz zur Gemeinde Brunn am Gebirge kamen die Bewohner der Stadt Mödling aber relativ gut davon, da sie nie das direkte Ziel von Angriffen waren. Zwar wurden die Flugzeugwerke in Wiener Neudorf und der Seegrotte in der Hinterbrühl attackiert, die Mödlinger Bevölkerung konnte sich aber bei Fliegeralarm in die großen Luftschutzstollen der Vorderbrühl retten. Zusätzlich waren am Eichkogel, ein Hügel, an dessen Fuße Mödling liegt, FLAK-Geschütze installiert um die kriegswichtige Industrie zu schützen.

¹⁸² vgl. Rauchensteiner (1984), S. 143-144.

¹⁸³ vgl. Schäffer (1991), S. 250.

Der erste solche Angriff geschah am 29. Mai 1944, der schwerste folgte einige Monate später am 10. September 1944. An diesem Tag starben in Mödling 21 Menschen. Da auch viele Häuser beschädigt worden waren, mussten etliche Mödlinger auf Notunterkünfte ausweichen. Dafür wurden zunächst ab Juli 1944 die Jakob-Thoma-Schule, ab September auch die Volksschule Babenbergergasse genutzt. Im harten Winter des Krieges gingen dann aber auch in den Mödlinger Schulen die Brennstoffe zu Ende, weswegen die Bombenopfer auf die Fürsorge der Bezirkshauptmannschaft angewiesen waren.¹⁸⁴

Kurz bevor die Rote Armee in Mödling einmarschierte kam es am 3. April zu einem Vorfall, bei dem das vormalige Kreishaus der NSDAP in der Pfarrgasse angezündet wurde. Dies geschah durch Männer der Kreisleitung, die auch die folgende Löschaktion zu verhindern versuchten. Es ist anzunehmen, dass dies geschah, um einerseits kriegswichtige Informationen zu zerstören, andererseits kann auch angenommen werden, dass so Teile Mödlings zerstört werden sollten. Im Gebäude der Kreisleitung wurden später Waffen und Munition gefunden, die eine große Explosion hätten auslösen können. Den Mitarbeitern der Kreisleitung traten bei ihrem Versuch das Bauwerk abzubrennen allerdings zwei Mödlinger entgegen:

„Am 3. April 1945 um ca. 5 Uhr früh, unmittelbar nach Ausbruch des Brandes im Gebäude der ehemaligen Kreisleitung, nahmen die Herren Hofrat Dr. Peter Widmann und Ministerialrat Dr. Anton Widmann, von ihrem auf der anderen Straßenseite gelegenen Hause aus allein die Brandbekämpfung auf. Viele Stunden hindurch bespritzten sie mit Hilfe eines Gartenschlauches von ihrem Haushydranten aus die angrenzenden Gebäude, um ein Übergreifen des Brandes zu verhindern... [...]

Ganz abgesehen von der Löscharbeit haben die Genannten außerdem durch das Bergen der im Kreisleitungsgebäude verstreut herumliegenden Panzerfäuste, durch Räumung der Waffenkammer

¹⁸⁴ vgl. Csendes/Schicht (1975), S. 182-183.

und des Munitionslagers wirklich die Stadt Mödling vor großem Schaden bewahrt. Im Falle einer Explosion der ca. 20 Panzerfäuste und des Munitionslagers wäre sicherlich ein erheblicher Teil des Stadtzentrums zerstört worden.“¹⁸⁵

Auch Mödling wurde evakuiert. Am Weg der Bevölkerung in ländlichere Gegenden, kam es lediglich auf der Straße über Sulz und Hochrotherd bei Pressbaum zu Verstopfungen, da der Weg hier in die westliche Bundesstraße mündete. Der zurückgebliebene Volkssturm bestand aus alten Männern und halbwüchsigen Kindern, die sich am Eichkogel postierten. Oft waren sie nur mit einer einzigen Panzerfaust bewaffnet. Die wenigsten dieser letzten Verteidiger kamen zurück und selten konnten die Verwandten an einem Grab trauern, da sie ja im Gegensatz zu den Soldaten keine Erkennungsmarken trugen und daher in anonymen Gräbern begraben wurden.¹⁸⁶

Am 6. April nahm die 100. Garde-Schützendivision Mödling bis zum südöstlichen Rand von Perchtoldsdorf ein. Schon am nächsten Tag waren die Kampfverbände Wiens vollständig von der Roten Armee umkreist.¹⁸⁷

Viele Häuser und Wohnungen der Stadt standen leer und wurden schnell Ziel der ersten Plünderungen. Neben der Roten Armee, waren aber auch viele Mödlinger an diesen Aktionen beteiligt. An der Tagesordnung standen auch viele Selbstmorde, von denen jener des Primarius Dr. Stöhr, der bereits in Kapitel 3.1 „Helene Kafka“ als Chefarzt des Mödlinger Krankenhaus beschrieben wurde, noch heute vielen Mödlingerinnen und Mödlingern in Erinnerung ist, da er neben seinem Leben auch das seiner Kinder und seiner Frau auslöschte.¹⁸⁸

¹⁸⁵ Mödlinger Nachrichten (10.7.1948).

¹⁸⁶ vgl. Csendes/Schicht (1975), S. 190.

¹⁸⁷ vgl. Karner/Stelzl-Marx/Tschubarjan (2005), S. 71-73.

¹⁸⁸ vgl. Csendes/Schicht (1975), S. 189-191.

In Mödling quartierte sich eine sowjetische Kommandantur ein, die die Besatzungsverhältnisse regelte. Den Soldaten der Roten Armee wurden Bestimmungen im Verhalten gegen die Zivilbevölkerung auferlegt und bei besonderen Übertretungen dagegen, folgten exemplarische Strafen.¹⁸⁹

Dies war auch schriftlich vom Kommandanten des 335. Grenzregiments und dem provisorischen Chef des Stabes der Regierung festgehalten und an alle Bataillonskommandanten verteilt worden:¹⁹⁰

„Auf Grundlage der Weisungen des Chefs der Truppen des NKVD der 2. Ukrainischen Front BEFEHLE ich:

1. In sämtlichen Fällen ungesetzlicher Taten von Angehörigen der Roten Armee gegen die lokale Bevölkerung (Raub, Vergewaltigung von Frauen, usw.) die Schuldigen festzunehmen, einen Verhörakt oder ein Verhörprotokoll aufzusetzen und [dieses] mit den Ergebnissen der Ermittlung entweder an die Einheit [des Festgenommenen] oder an die Abteilung für Gegenspionage „Smerš“ zu übersenden, wobei ein Exemplar beim Stab zu verbleiben hat.

[...]

*Der Kommandant des 335. Grenzregiments der Truppen des NKVD
Oberstleutnant Zacharčuk*

*Der provisorische Chef des Stabes des Regiments
Hauptmann Kudrjavcev“¹⁹¹*

Diverse Arbeitskommandos wurden aus ehemaligen Mitgliedern der NSDAP gebildet, die zwar den ganzen Tag vorbestimmten Tätigkeiten nachgehen

¹⁸⁹ vgl. Csendes/Schicht (1975), S. 191-192.

¹⁹⁰ vgl. Karner/Stelzl-Marx/Tschubarjan (2005), S. 607.

¹⁹¹ Karner/Stelzl-Marx/Tschubarjan (2005), S. 607.

mussten, aber am Abend meistens wenigstens ein Stück Brot oder eine Konservendose der Familie nach Hause bringen konnten.¹⁹²

¹⁹² vgl. Csendes/Schicht (1975), S. 191-192.

2. Aufhebung der Eingemeindung

Die Wien-Frage verzögerte die Verhandlungen der Alliierten über das Kontroll- und Zonenabkommen maßgeblich. Einer der wesentlichen Diskussionspunkte hierbei war die Ziehung bzw. Änderung der Stadtgrenze. Nur sehr mühsam konnten die beiden Seiten - die Sowjet-Union bestand auf die Beibehaltung der Grenzziehung von 1937, da „ihre“ Zone damit größer gewesen wäre, die Westmächte hingegen traten für die Grenzen ab 1938 ein, da so Flugplätze, Übungs- und Erholungsräume für das Militär innerhalb der gemeinsam kontrollierten Zone gelegen wären - sich auf einen Kompromiss einigen. Dieser sah zwar die Grenzziehung von 1937 vor, sicherte den westlichen Alliierten allerdings eine Absicherung der infrastrukturellen Bedürfnisse zu.

Diese Lösung kam zwar auch dem niederösterreichischen Interessensstandpunkt entgegen, die innerösterreichische Position der Grenzfrage zwischen Niederösterreich und Wien wurde dadurch aber nicht determiniert. Es war wahrscheinlich, dass ein möglicher Plan zur Änderung der Grenzen, von den Alliierten nicht problemlos angenommen werden würde.¹⁹³

Um schnell wieder eine funktionierende Verwaltung aufbauen zu können, wurden in vielen Ortsgemeinden noch im April und oft durch die sowjetische Armee Ortsvorsteher oder Bezirksbürgermeister eingesetzt. Innerhalb des Wiener Magistrates war man zu den ursprünglichen Ämterbezeichnungen zurückgekehrt, also übernahm in Mödling ein Magistratisches Bezirksamt die Verwaltungstätigkeiten. Zunächst wurde damit Dr. Otto Petznek betraut, bald löste ihn aber Dr. Theodor Rauch ab.¹⁹⁴

Am 1. Mai 1945 wurde das „Verfassungsüberleitungsgesetz“ erlassen, das alle nach 5. März 1933 durchgeführte verfassungsrechtliche Bestimmungen wieder aufhob. So konnte wieder an die Entwicklung der demokratischen Verfassung

¹⁹³ vgl. Seliger (1995), S. 212.

¹⁹⁴ vgl. Csendes/Schicht (1975), S. 183.

angeknüpft werden. Laut diesem Gesetz war die Ländereinteilung vom 5. März 1933 mit einer essentiellen Ausnahme gültig:¹⁹⁵

„Im Interesse einer ungebrochenen Rechtsentwicklung wird jedoch bis zur endgültigen Erledigung der maßgebenden Fragen durch die künftige frei gewählte Volksvertretung verfügt:

- 1. die Grenzen zwischen Niederösterreich und Wien bleiben vorläufig nach dem Stande von 10. April 1945 bestehen;*
- 2. das Gebiet des ehemals selbständigen Landes Burgenland bleibt nach dem Stande vom 10. April 1945 vorläufig zwischen den Ländern Niederösterreich und Steiermark aufgeteilt. (§3 Abs.2)“¹⁹⁶*

Die Frage der Grenzziehung war im allgemeinen eine innenpolitische Streitfrage. In den von der Eingemeindung betroffenen Gemeinden gab es überwiegend eine SPÖ-Mehrheit. Daher stimmte die Wiener SPÖ für den Verbleib in „Groß-Wien“, die niederösterreichische Fraktion dagegen. Bei der ÖVP war die Situation genau umgekehrt, weshalb es bei beiden Parteien zu gegenseitigen Vorwürfen der Landesorganisationen kam.¹⁹⁷

Wenige Wochen nach dem allgemeinen „Verfassungsüberleitungsgesetz“, am 10. Juli 1945, wurde das „Wiener Verfassungsüberleitungsgesetz“ beschlossen, das ebenfalls von 26 Bezirken ausging und als Grundlage die „Gaugrenzen“ annahm.

Rückblickend erklärte Staatskanzler Karl Renner, dass diese Ausnahmeregelung dazu dienen hätte sollen, das ehemalige Bundesland Burgenland aufgeteilt zu lassen. Der nördliche Teil tendierte wirtschaftliche eher zu Niederösterreich und sollte daher diesem Bundesland endgültig angeschlossen, der südliche Teil hingegen an Graz angegliedert werden. Dass der nördliche Teil

¹⁹⁵ vgl. Seliger (1995), S. 212.

¹⁹⁶ Seliger (1995), S. 212.

¹⁹⁷ vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Groß-Wien> (abgefragt am 26.9.2012).

des Burgenlands ja für die 1938 eingemeindeten Gebiete - sozusagen als Entschädigung - an Niederösterreich gegangen war, könnte mit der Beibehaltung der Grenze zwischen Niederösterreich und Wien daher in direktem Zusammenhang gestanden sein. Die meisten Gegenstimmen gegen die Wiedererrichtung des Burgenlandes gingen jedenfalls in den folgenden Diskussionen von Niederösterreich aus.¹⁹⁸

Nach den bereits am 25. November 1945 getätigten Landtagswahlen in ganz Österreich, traten auch in Mödling die Parteien zusammen und wählten einen provisorischen Gemeindeausschuss, der Mödling in der Politik vertreten sollte, solange die Stadt noch an Wien angeschlossen war.

Die erste Bürgermeisterwahl fand am 18. Februar 1946 im Sitzungssaal des Mödlinger Rathauses statt und bestätigte den sozialdemokratischen Altbürgermeister Ferdinand Buchberger im Amt. Als Vizebürgermeister wurden einstimmig Carl Zwilling von der ÖVP und Josef Dworschak von der KPÖ gewählt.¹⁹⁹

Die Landtage von Wien und Niederösterreich beschlossen im Jahr 1946 eine weitgehende Rücknahme der Eingemeindungen von 1938. Das Parlament verabschiedete am 26. Juli desselben Jahres das „Gebietsänderungsgesetz“, das eben die Rückgliederung von 80 Gemeinden vorsah. Dieser Vorgang scheiterte jedoch am Veto der Besatzungsmächte, da das im Zonenabkommen ausgehandelte Gleichgewicht der Zonenverteilung keine Änderung erfahren sollte. Jene Teile, die nun als „Randgemeinden“ galten, also jeweils Gebiete des 22., 23., 24. und 26. Bezirks, wurden von diesem Zeitpunkt an zwar von Wien verwaltet, sie waren aber nicht mehr im Wiener Gemeinderat vertreten und Wien hielt sich dort mit Investitionen zurück.²⁰⁰

¹⁹⁸ vgl. Seliger (1995), S. 212-213.

¹⁹⁹ vgl. Csendes/Schicht (1975), S. 183-184.

²⁰⁰ vgl. Csendes (1990), S. 170.

Auf Grund der Rechtslage konnte das Land Niederösterreich Mödling keine Kredite gewähren und das Land Wien trieb vor allem den Wiederaufbau im eigenen Stadtgebiet voran.

Bürgermeister Buchberger hatte damit vorerst lediglich den Posten eines Ortsvorstehers inne, aus praktischen Überlegungen wurde dieses Amt aber mit den Tätigkeiten des Bezirksvorstehers für den 24. Bezirk zusammenzulegen. Der im Feber gebildete Gemeindevorstand übernahm in Folge dessen die Aufgaben der Bezirksvertretung.²⁰¹

Nachdem Ende des Jahres 1945 Dr. Erich Liemert das Magistratische Bezirksamt übernommen hatte und es bis 1952 behielt, folgten ihm Hugo Goldberger und im Jahr 1954, nach Ende der sowjetischen Besatzung, wurde Dr. Josef Holzapfel der erste Mödlinger Bezirkshauptmann nach dem Zweiten Weltkrieg.²⁰²

Im Jahr 1954 folgte dann die Zustimmung zur Rückgliederung der „Randgemeinden“ auch von Seiten der Besatzungsmächte. Aus den bei Wien verbliebenen Orten wurden der 22. Bezirk, Donaustadt, im Norden und der 23. Bezirk, Liesing, im Süden Wiens geformt.

Die industriellen Entwicklungen - die Errichtung von Satellitensiedlungen wie die Wienerfeldsiedlung im 10. Bezirk und die Großfeldsiedlung im 21. Bezirk wurden zur Ansiedlung der Industrie genutzt - verstärkten erneut eine Verflechtung von Wien mit Niederösterreich und dem nördlichen Burgenland.²⁰³

²⁰¹ vgl. Csendes/Schicht (1975), S. 184.

²⁰² ebd. vgl. S. 183.

²⁰³ vgl. Csendes (1990), S. 175.

VI. Zusammenfassung

Durch den „Anschluss“ Österreichs an Deutschland, änderte sich vieles in Mödling. Die kleine Stadt am Rande Wiens, wurde mit den Gemeinden, die ebenfalls zum gleichnamigen Bezirk gehörten Wien eingemeindet und verlor damit seine Stellung als eigenständige Stadt. Auch Österreich war kein selbstständiges Land bzw. Staat mehr, sondern vom großen Nachbarstaat übernommen worden. Das Schlagwort dieser Zeit war wohl „Gleichschaltung“, die sofort in allen Bereichen des Lebens - sei es in der Presse, der Schule oder bei den Gesetzen - durchgesetzt wurde.

Im Zuge dieser Veränderung wurden in der Gegend um Mödling herum große Industriegebiete errichtet und die geplante Reichsautobahn sollte ganz in der Nähe gebaut werden.

Neben neuen Gebäuden und Umbenennungen von Straßen und Plätzen, war aber vor allem der extrem radikale Umgang der neuen Führung mit den Menschen. Neben der katholischen und evangelischen Kirche, hatten auch alle politisch anders Gesinnten nun einen schwierigen Kampf vor sich, der für viele von ihnen tödlich ausgehen sollte.

Die jüdische Gemeinde in Mödling wurde komplett ausgeschaltet und auch von denjenigen, die sich gegen das Regime vorzugehen trauten, beispielsweise indem sie standhaft ihrer Meinung und ihren Grundsätzen treu blieben, oder aber verschiedene Protest- oder Sabotageaktionen vorbereiteten, blieben nur sehr wenige über.

Nachdem auch der Krieg über Mödling hereingebrochen war, verschlechterte sich das Leben der Bevölkerung dramatisch. Es gab keine Nahrung und keine Heizmittel mehr und Plünderungen standen an der Tagesordnung.

Durch die nahe gelegene Industrie und das nicht weit entfernte Wien, kam es hier auch öfters zu Bombenangriffen. Die wenigen Häuser die nach Kriegsende

noch standen, waren größtenteils zerstört. Dies ist einer der wenigen Punkte, der direkt der Eingemeindung zuzuschreiben ist, da durch diesen Vorgang in Mödling und Umgebung kriegswichtige Industrie aufgebaut wurde und Wien als ehemalige Hauptstadt ein großes - und daher wahrscheinlich recht einfaches - Ziel der Flugzeugangriffe war.

Nachdem Österreich von den Alliierten Mächten militärisch befreit worden war, teilten sich die vier Siegernationen - Frankreich, Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion - das Land auf.

Mödling befand sich im sowjetischen Sektor und die Bevölkerung erzählt aus dieser Zeit von einigen schlimmen Vorfällen.

Der Alliierten Rat erlaubte vorerst nicht, dass der Bezirk Mödling wieder zu Niederösterreich gehören sollte, weswegen es bald grobe finanzielle Schwierigkeiten in der Stadt gab.

Die SPÖ Niederösterreichs befürwortete eine Aufhebung der Eingemeindung immer besonders intensiv, da die Mehrheit der betroffenen Gemeinden eine SPÖ-Mehrheit bildete. Demgegenüber stand die SPÖ Wiens, die sich diese Mehrheit im politischen Kampf gegen den größten Widersacher - die ÖVP ebenfalls sicher wollte. Genau umgekehrt argumentierten die jeweiligen Landesorganisationen der Volkspartei. Diese Diskussionen führten zu größeren Zerwürfnissen und gegenseitigen Vorwürfen der Länder.

Noch heute gibt es über die Auflösung Groß-Wiens und die Aufteilung der Gemeinden in die teilweise neu geschaffenen Bezirke immer wieder politische Diskussionen und Probleme bei Verwaltungsfragen.

Am 11. Juni 1954, 16 Jahre und wenige Monate nach der Eingemeindung, konnte sich Mödling wieder eine „Stadt Niederösterreichs“ nennen.

Literaturverzeichnis

Monographien:

- Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt am Main: Fischer, 2006.
- Arnberger, Heinz/Garscha, Winfried/Miterrutzner, Christa (Hgg.): „Anschluß“ 1938, Wien: Österreichischer Bundesverlag, 1988.
- Arnberger, Heinz/Kuretsidis-Haider, Claudia (Hg.): Gedenken und Mahnen in Niederösterreich. Erinnerungszeichen zu Widerstand, Verfolgung, Exil und Befreiung. Wien: Mandelbaum, 2011.
- Bobek, Hans/Lichtenberger, Elisabeth: Wien. Bauliche Gestalt und Entwicklung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Graz/Köln: Böhlau, 1966.
- Botz, Gerhard: Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Planung und Verwirklichung des politisch-administrativen Anschlusses (1939-1940). Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte des Arbeiterbewegung, Band 1, Linz: Europaverlag, 1976.
- Botz, Gerhard: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1934. München: Fink, 1976.
- Botz, Gerhard: Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme und Herrschaftssicherung 1938/39. Buchloe: Obermayer, 1988.
- Botz, Gerhard: Wien vom „Anschluß“ zum Krieg, Wien/München: Jugend und Volk, 1980.
- Burger, Roland/Rinner, Franz/Strobl, Franz (Hgg.): Ausgelöscht. Vom Leben der Juden in Mödling. Mödling: St. Gabriel, 1988.
- Csendes, Peter: Geschichte Wiens, Wien: Verlag für Geschichte und Politik, 1990.
- Ganglmair, Siegwalt: Widerstand und Verfolgung in Österreich 1938-1945, Wien: Bundespressedienst, 1988.
- Gutkas, Karl: Geschichte des Landes Niederösterreich, St. Pölten: Niederösterreichisches Pressehaus, 1974.
- Hamann, Brigitte: Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators. München: Piper, 1996.

- Holzschuh, Ingrid: Wiener Stadtplanung im Nationalsozialismus von 1938-1942. Das Neugestaltungsprojekt von Architekt Hanns Dustmann. Wien/Köln/Weimar: Böhlau, 2011.
- Karner, Stefan/Stelzl-Marx, Barbara/Tschubarjan, Alexander (Hgg.): Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945-1955. Dokumente. Graz/Wien/München: Oldenbourg, 2005.
- Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. Frankfurt am Main: Fischer, 2011.
- Kretz, Hans: Chronik der Evangelischen Gemeinde Mödling, Mödling: Evangelische Gemeinde Mödling, 2000.
- Luža, Radomír: Der Widerstand in Österreich 1938-1945, Wien: Österreichischer Bundesverlag, 1983.
- Luža, Radomír: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit, Wien/Köln/Graz: Böhlau, 1977.
- Mayer, Wolfgang: Die städtebauliche Entwicklung Wiens bis 1945, Wien: Verein für Geschichte der Stadt Wien, 1978.
- Perz, Bertrand: Projekt Quarz. Steyr-Daimler-Puch und das Konzentrationshaus Melk. Wien: Gesellschaftskritik, 1990.
- Petsch, Joachim: Baukunst und Stadtplanung im Dritten Reich, München/Wien: Hanser, 1976.
- Punz, Wolfgang: Der Dechant. Adalbert Kowatschitsch. Pfarrer von Mödling 1935-1969. Mödling: Alt-Mödling, 2003.
- Rauchensteiner, Manfred: Der Krieg in Österreich 1945, Wien: Österreichischer Bundesverlag, 1984.
- Sagardoy, Antonio: Gelegen und ungelegen. Die Lebenshingabe von Sr. Restituta. Wien: Christliche Innerlichkeit, 1996.
- Schausberger, Norbert: Rüstung in Österreich 1938-1945. Eine Studie über die Wechselwirkung von Wirtschaft, Politik und Kriegsführung. Wien: Brüder Hollinek, 1970.
- Stiglbauer, Karl: Biedermannsdorf. Der Wandel eines Bauerndorfes zur Stadtrandgemeinde von Wien. Biedermannsdorf: Eigenverlag der Marktgemeinde, 2004.

- Weihsmann, Helmut: Bauen unterm Hakenkreuz. Architektur des Untergangs. Wien: Promedia, 1998.

Beiträge in Sammel- und Nachschlagewerken:

- Arnberger, Heinz: Widerstand in Betrieben, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934-1945, Band 2, Wien: Jugend und Volk, 1987, S. 266-390.
- Bailer-Galanda, Brigitte/Bliminger, Eva/Kowarc, Susanne: „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, in: Österreichische Historikerkommission (Hg.): Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. Band 14, Wien/München: Oldenbourg, 2004.
- Besler, August: Industrie in Mödling, in: Stein, Erwin (Hg.): Die Städte Deutschösterreichs: eine Sammlung von Darstellungen der deutschösterreichischen Städte und ihrer Arbeit in Wirtschaft, Finanzwesen, Hygiene, Sozialpolitik und Technik. Berlin: Deutscher Kommunal-Verlag, 1933, Band 9: Mödling.
- Csendes, Peter: Die Wiener Stadtverwaltung im März 1938 und ihre Entwicklung unter der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Czeike, Felix (Hg.): Wien 1938, in: Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte, Band 2, Wien: Verein für Geschichte der Stadt Wien, 1978.
- Csendes, Peter/Schicht, Elisabeth: Mödling als Randgemeinde Wiens 1938-1954, in: Stadtgemeinde Mödling (Hg.): Mödling. Landschaft, Kultur und Wirtschaft. Mödling: Missionsdruckerei St. Gabriel, 1975, S. 181-192.
- Dachs, Herbert: Schule in der „Ostmark“, in: Tálos, Emmerich/Hanisch, Ernst/Neugebauer, Wolfgang/Sieder, Reinhard (Hgg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Wien: ÖBV, 2000, S. 446-466.
- Foelsche, Gudrun: Unruhige Zeiten 1921-1970, in: Das evangelische Mödling. Wurzeln und Visionen. Horn: Ferdinand Berger & Söhne, 2000, S. 51-88.

- Garscha, Winfried/Streibel, Robert: Kommunisten, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934-1945, Band 2, Wien: Jugend und Volk, 1987, S. 33-258.
- Gerhartl, Gertrud: Sozialisten, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934-1945, Band 2, Wien: Jugend und Volk, 1987, S. 9-32.
- Hausjell, Fritz: Die gleichgeschaltete österreichische Presse als nationalsozialistisches Führungsmittel (1938-1945), in: Tálos, Emmerich/Hanisch, Ernst/Neugebauer, Wolfgang/Sieder, Reinhard (Hgg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Wien: ÖBV, 2000, S. 627-641.
- Kunzenmann, Werner: Schwester Restituta. Vom Operationssaal zum Hinrichtungsraum. In: Franziskanerinnen von der christlichen Liebe (Hg.): Sr. Maria Restituta Kafka. Märtyrin aus dem Widerstand, Innsbruck: Kirche Innsbruck, 1998.
- Lind, Christoph: Die „Arisierungsbehörden“ in Niederdonau von 1938 bis 1945, in: Rosner, Willibald/Motz-Linhart, Reinelde (Hgg.): Forschungen zur NS-Zeit in Niederösterreich 1938-1945, Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde, Band 43, St. Pölten: Selbstverlag des NÖ Instituts für Landeskunde, 2007.
- Loidl, Franz/Arnberger, Heinz: Die katholische Kirche, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934-1945, Band 3, Wien: Jugend und Volk, 1987, S. 100-267.
- Mayer, Wolfgang: Die nationalsozialistische Gebietsreform, in: Czeike, Felix (Hg.): Wien 1938, in: Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte, Band 2, Wien: Verein für Geschichte der Stadt Wien, 1978.
- Neugebauer, Wolfgang: Überparteiliche Widerstandsgruppen, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934-1945, Band 3, Wien: Jugend und Volk, 1987, S.307-334.

- Perz, Bertrand: Der Todesmarsch von Wiener Neudorf nach Mauthausen. Eine Dokumentation. Und: Die Errichtung eines Konzentrationslagers in Wiener Neudorf. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Jahrbuch 1988, Wien: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 1988, S. 88-116 und 117-137.
- Perz, Bertrand: Konzentrationslager Mauthausen, in: Gedenkstätte Flossenbürg (Hg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 4 Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück, München: Beck, 2006, S. 289-470.
- Pucher, Siegfried: „...in der Bewegung führend tätig“. Odilo Globočnik - Kämpfer für den „Anschluß“, Vollstrecker des Holocaust. Klagenfurt: Drava, 1997.
- Rebentisch, Dieter: Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945. In: Frankfurter Historische Abhandlungen, Band 29, Stuttgart: Steiner, 1989.
- Schäffer, Martin: Die Endphase des Zweiten Weltkrieges im südöstlichen Niederösterreich, in: Niederösterreichisches Bildungs- und Heimatwerk (Hg.): Industrieviertel Hausbuch, Wien: Niederösterreichisches Bildungs- und Heimatwerk, 1991, S. 250-259.
- Schürff, Hans: Die zukünftige Großgemeinde Mödling, in: Stein, Erwin (Hg.): Die Städte Deutschösterreichs: eine Sammlung von Darstellungen der deutschösterreichischen Städte und ihrer Arbeit in Wirtschaft, Finanzwesen, Hygiene, Sozialpolitik und Technik. Berlin: Deutscher Kommunal-Verlag, 1933, Band 9: Mödling.
- Seliger, Maren: NS-Herrschaft in Wien und Niederösterreich, in: Tálos, Emmerich/Hanisch, Ernst/Neugebauer, Wolfgang/Sieder, Reinhard (Hgg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Wien: ÖBV, 2000, S. 237-259.
- Stadler, Karl: Provinzstadt im Dritten Reich, in: Botz, Gerhard (Hg.): Wien vom „Anschluß“ zum Krieg, Wien/München: Jugend und Volk, 1980.
- Steiner, Klaus: Planungen für Wien in der NS-Zeit, in: Ganglmair, Siegwald (Hg.): Wien 1938, Historisches Museum der Stadt Wien, Sonderausstellung 110, Wien: Österreichischer Bundesverlag 1988, S. 431-450.

- Stundner, Franz: Das katholisch-konservative Lager, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934-1945, Band 3, Wien: Jugend und Volk, 1987, S. 11-99.
- Stürzenbaum, Karl: Volks- und Hauptschulen, in: Stein, Erwin (Hg.): Die Städte Deutschösterreichs: eine Sammlung von Darstellungen der deutschösterreichischen Städte und ihrer Arbeit in Wirtschaft, Finanzwesen, Hygiene, Sozialpolitik und Technik. Berlin: Deutscher Kommunal-Verlag, 1933, Band 9: Mödling.
- Tálos, Emmerich: Von der Liquidierung der Eigenstaatlichkeit zur Etablierung der Reichsgaue der „Ostmark“. Zum Umbau der politisch-administrativen Struktur. In: Tálos, Emmerich/Hanisch, Ernst/Neugebauer, Wolfgang/Sieder, Reinhard (Hgg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Wien: ÖBV, 2000, S. 55-72.
- Winzierl, Erika: Kirche und „Anschluß“, in: Arnberger, Heinz/Garscha, Winfried/Mitternutzner, Christa (Hgg.): „Anschluß“ 1938, Wien: Österreichischer Bundesverlag, 1988, S. 41-50.
- Zelfel, Margarete: Auf Spurensuche in Israel, in: Jahresbericht 2001 des BG/BRG Keimgasse Mödling, Wien: Donau Forum Druck, 2001, S. 2-13.

Hochschulschriften:

- Bugl, Robert/Grabenschweiger, Andreas: NS-Zwangsarbeit in `Groß-Wien` 1939-1945. Zivile ausländische ZwangsarbeiterInnen in der Rüstungsindustrie. Diplomarbeit Universität Wien, 2007.
- Dock, Elisabeth: „Was konnte bzw. sollte und durfte man darüber lesen?!“ Die Politik des NS-Regimes gegenüber Juden und ihre propagandistische Begleitung in Zeitungen des ehemaligen Gebietes Österreich 1938-1943. Diplomarbeit Universität Wien, 2010.
- Györgyfalvay, Heide: Mödling in der Zwischenkriegszeit 1918-1938, Diplomarbeit Universität Wien, 1994.
- Schalling, Ulrike: NS-Herrschaft in Mödling (1938-1945), Diplomarbeit Universität Wien, 2002.

- Schildböck, Barbara: Geschichte der Juden in Mödling, Diplomarbeit Universität Wien, 1988.
- Strassl, Harald/Vosko, Wolfgang: Das Schicksal ungarisch-jüdischer Zwangsarbeiter am Beispiel des Südostwallbaus 1944/45 im Bezirk Oberwart unter besonderer Berücksichtigung der Massenverbrechen bei Rechnitz und Deutsch-Schützen, Diplomarbeit Universität Wien, 1999.
- Weinberger, Ingeburg: „Siedeln heißt nicht bauen, sondern viel mehr!“ Ideologietransfer im Siedlungsbau des Nationalsozialismus in Groß-Wien, Dissertation Universität Wien, 2010.

Aufsätze in Zeitungen und Zeitschriften:

- 75 Jahre Höhere Technische Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt Mödling 1919-1994, Mödling: HTL Mödling, 1994.
- Meschenmoser, Alfred: Österreich und das Dritte Reich - Januar 1933 bis März 1938. Eine philatelistisch-zeitgeschichtliche Darstellung. In: Studien zur Philatelie und Postgeschichte, Heft 11, Schwalmtal: Phil*Creativ, 1999.
- diverse Artikel aus den Mödlinger Nachrichten und der Wienerwald Post (inkl. Bote aus Stadt und Land), sowie dem Eisernen Besen - genaue Angabe jeweils in der Fußnote.

Bilder im Kapitel IV 3.1 Maria Kafka:

- Kunzenmann, Werner: Schwester Restituta. Vom Operationssaal zum Hinrichtungsraum. In: Franziskanerinnen von der christlichen Liebe (Hg.): Sr. Maria Restituta Kafka. Märtyrin aus dem Widerstand, Innsbruck: Kirche Innsbruck, 1998.

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Mödling, am 28. September 2012



Unterschrift
(Teresa Galbavy)



TERESA GALBAVY

teresa@galbavy.at

geboren am 11. Mai 1984;

Eltern: Ing. Erich Galbavy († 03.04.07)
 Ilse Galbavy

schulische Laufbahn: 1990-1994 VS in Mödling;
 1994-1998 Musik HS in Gumpoldskirchen;
 1998-2002 ORG in Wien, 23.;
 Abschluss mit Matura im Juni 2002

Studium: Wirtschaftsuniversität Wien:
 WS 2005 ordentl. Studentin: Studiengang: Wirtschaft und Recht;

Universität Wien:
 SS 2006 ordentl. Studentin: Studiengang Germanistik;
 ab WS 2008/09 ordentl. Studentin: Lehramtsstudium Deutsch +
 Geschichte und Politische Bildung

seit September 2012 Lehrerin für Deutsch und Geschichte/Politische Bildung an der HTL
Mödling;